



# Monatsbericht des BMF

Oktober 2014

## Monatsbericht des BMF

Oktober 2014

### Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

## Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Bundespolitik und Kommunalfinanzen	6
Ursachen der deutschen Exportstärke: Zur Bedeutung von Vorleistungsimporten und nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit	
Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland	
Zwischenbilanz Finanzmarktregulierung: Bestandsaufnahme und Perspektive	
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	49
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	49
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2014	56
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2014	
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2014	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Termine, Publikationen	71
Statistiken und Dokumentationen	73
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	127

#### **Editorial**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland hat 2013 das zweite Jahr in Folge einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreicht. Hiervon ist auch für das laufende und das kommende Jahr auszugehen. Alle Ebenen des Staates tragen zu diesem positiven Gesamtergebnis bei: Bund und Länder setzen die Konsolidierung ihrer Haushalte fort und die Haushalte der Sozialversicherungen sind nahezu ausgeglichen. Vor allem die kommunale Finanzsituation hat sich bereits deutlich verbessert. Seit 2012 übersteigen die Einnahmen der kommunalen Ebene deren Ausgaben. Auch für dieses und die kommenden Jahre werden für die Kommunen insgesamt Überschüsse erwartet.

Gemäß unserer Finanzverfassung liegt die Zuständigkeit für die Kommunen und deren Finanzausstattung bei den Ländern. Dennoch engagiert sich der Bund in besonderem Maße für die Kommunen. Mit den Entlastungen, insbesondere bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, bei der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und bei den Kosten der Unterkunft und Heizung, hat der Bund einen nennenswerten und vor allem nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation geleistet. Der Bund hat gerade eine weitere finanzielle Entlastung der Kommunen um 1 Mrd. € pro Jahr für die Jahre 2015 bis 2017 auf den Weg gebracht. Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung wird damit auch in dieser Legislaturperiode fortgesetzt.

Die Kommunen sind der wichtigste Träger öffentlicher Investitionen in Deutschland. Die Entlastungsmaßnahmen des Bundes eröffnen



Spielräume für zusätzliche kommunale Investitionen. Dies zeigt sich bereits in den aktuellen Zahlen der Kassenstatistik des Statistischen Bundesamts: Im ersten Halbjahr 2014 stiegen die kommunalen Investitionen um fast 17 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Schon 2013 waren die Investitionen deutlich gegenüber dem Vorjahr erhöht worden.

Die Verbindung solider Finanzen und kluger Investitionen auf kommunaler Ebene ist Zukunftsvorsorge im besten Sinne. Die Kommunen leisten damit einen wichtigen Beitrag zur dauerhaften Sicherung von Wachstum, Beschäftigung und damit Wohlstand in Deutschland. Der Bund wird den Kommunen auch in Zukunft ein zuverlässiger Partner sein.

h. St. -

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

## Überblick zur aktuellen Lage

#### Wirtschaft

- Die Bundesregierung erwartet für 2014 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um preisbereinigt 1,2 % (2015: 1,3 %). Das Wachstum fällt geringer aus als im April prognostiziert.
   Zahlreiche Indikatoren haben sich bereits seit mehreren Monaten verschlechtert, sodass von einer vorübergehenden Wachstumspause im mittleren Jahresabschnitt auszugehen ist.
- Der Arbeitsmarkt befindet sich weiterhin in einer soliden Verfassung. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen saisonbereinigt weiter zu und überschreiten das Vorjahresniveau deutlich. Die Stimmungsindikatoren deuten auf einen sich moderat fortsetzenden Beschäftigungsaufbau hin.
- Im September belief sich die j\u00e4hrliche Inflationsrate auf 0,8 %. Weiterhin d\u00e4mpften die Preise f\u00fcr Mineral\u00f6lprodukte die Gesamtpreisentwicklung.

#### Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im September 2014 im Vorjahresvergleich insgesamt um 4,7 % gestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 % zu. Zu dieser Entwicklung trugen alle gemeinschaftlichen Steuern, bis auf die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, bei.
- Nach wie vor entwickeln sich die Einnahmen und Ausgaben des Bundes positiv. Bis einschließlich September stiegen die Einnahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,4 %, die Ausgaben sanken um 0,2 %. Eine belastbare Vorhersage des voraussichtlichen Jahresergebnisses lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht ableiten.
- Die Einnahmen der Ländergesamtheit stiegen bis einschließlich August im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,6 %, während sich die Ausgaben um 3,3 % erhöhten.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende September 0,95 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,08 %.

Bundespolitik und Kommunal finanzen

## Bundespolitik und Kommunalfinanzen

# Kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung wird fortgesetzt

- Die kommunale Finanzsituation hat sich deutlich verbessert. Seit 2012 erzielen die Kommunen insgesamt wieder Überschüsse. Hiervon ist auch für das laufende Jahr und die Folgejahre auszugehen.
- Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung hat daran einen bedeutenden Anteil. Neben den bereits umgesetzten Maßnahmen im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Kosten der Unterkunft und Heizung sowie der Kinderbetreuung für unter Dreijährige wird der Bund die Kommunen auch in dieser Legislaturperiode weiter entlasten.
- Die Kommunen sind der wichtigste öffentliche Investitionsträger in Deutschland. Die Entlastung der kommunalen Ebene durch den Bund eröffnet Spielräume für zusätzliche kommunale Investitionen.

1	Kommunale Finanzsituation	6
1.1	Finanzierungssalden	6
1.2	Entwicklung wesentlicher Einnahme- und Ausgabepositionen	7
1.3	Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen	8
1.4	Investitionen	10
1.5	Kassenkredite und Gesamtverschuldung	13
1.6	Ausblick	14
2	Entlastung der Kommunen durch den Bund	15
2.1	Bereits umgesetzte Maßnahmen	
22	Vorgesehene Maßnahmen	17

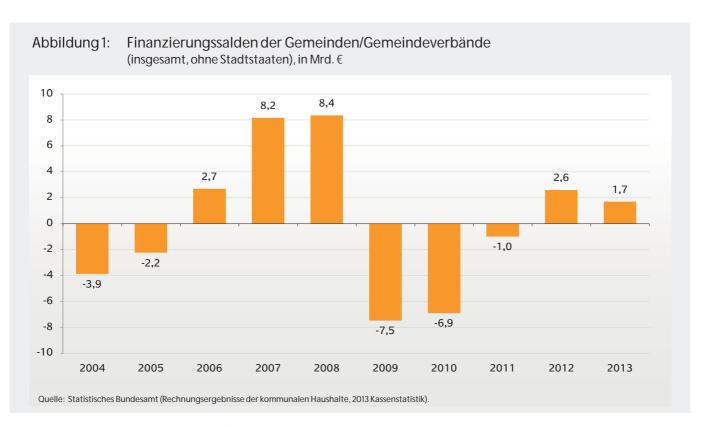
#### 1 Kommunale Finanzsituation

#### 1.1 Finanzierungssalden

Seit dem Jahr 2011 hat sich die finanzielle Lage der Kommunen – bezogen auf ihre Kernhaushalte – insgesamt deutlich verbessert. Die Kommunen haben von der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen, den nennenswerten und nachhaltigen Entlastungen durch den Bund bei den Ausgaben für soziale Leistungen sowie günstigen Finanzierungsbedingungen profitiert. Im Jahr 2012 erzielten die Kommunen insgesamt einen Finanzierungsüberschuss von 2,6 Mrd. €, im Jahr 2013 belief sich der Überschuss der kommunalen Ebene insgesamt auf 1,7 Mrd. €. Zur Entwicklung der Jahre 2004 bis 2013 wird auf Abbildung 1 verwiesen.

Auch für das laufende Jahr und die kommenden Jahre sind die Aussichten positiv: Die Projektion des BMF für den Stabilitätsrat geht beispielsweise für die Jahre 2014 und 2015 von Finanzierungsüberschüssen der Kommunen insgesamt zwischen 2 Mrd. € und 3 Mrd. € aus. Auch die kommunalen Spitzenverbände erwarten Finanzierungsüberschüsse.

Bundespolitik und Kommunal finanzen



## 1.2 Entwicklung wesentlicher Einnahme- und Ausgabepositionen

Abbildung 2 zeigt über einen Zeitraum von zehn Jahren die Entwicklung der Finanzierungssalden und der Gewerbesteuereinnahmen (netto) sowie der Ausgaben für Sachinvestitionen und der Ausgaben für soziale Leistungen. Es zeigen sich folgende Tendenzen:

Die Entwicklung der kommunalen Finanzierungssalden ist stark konjunkturabhängig. Dies zeigt sich insbesondere bei den Schwankungen der Einnahmen aus der Gewerbesteuer. So erhöhten sich die Gewerbesteuereinnahmen (netto) im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um 20,9 %. 2009 kam es – auch infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise – zu einem Einbruch um 6,4 Mrd. € auf 25 Mrd. € (- 20,5 %). Ab 2010 erhöhten sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto) wieder und erreichten im Jahr 2013 für die Kommunen insgesamt ohne Stadtstaaten den bisherigen Höchstwert von 32,6 Mrd. €.

Die im Zeitablauf stark schwankende Entwicklung der Gewerbesteuer beeinflusst unmittelbar die kommunalen Finanzierungssalden. Die Entwicklung der Finanzierungssalden – Defizitjahren folgen Überschussjahre – ist konjunkturellen Entwicklungen geschuldet, geht aber auch auf Konsolidierungsmaßnahmen von Kommunen zurück.

Die kommunalen Sachinvestitionen sind die wesentliche "Stellschraube" für Konsolidierungsmaßnahmen von Kommunen, da dieser Ausgabeposten am stärksten gestaltbar ist. Dies zeigt die Entwicklung der Jahre 2004 bis 2013. Die positive Entwicklung der Jahre 2009 und 2010 wurde wesentlich vom Zukunftsinvestitionsprogramm getragen; die Ausweitung der Investitionen im Jahr 2013 reflektiert die insgesamt verbesserte Haushaltslage der Kommunen.

Die Ausgaben für soziale Leistungen erhöhen sich im Bruttoausweis Jahr für Jahr. Die Bruttozahlen überzeichnen jedoch die

Bundespolitik und Kommunal finanzen

Belastungswirkung der kommunalen Ebene, da sie die Entlastungen durch den Bund nicht abbilden (z. B. die sukzessive und ab 2014 vollständige Übernahme der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung).

Die Erhöhung der kommunalen Sachinvestitionen im Jahr 2013 um 5,3 % weist darauf hin, dass die Entlastungen bei den Ausgaben für soziale Leistungen durch den Bund kommunale Spielräume bei den Sachinvestitionen eröffnen.

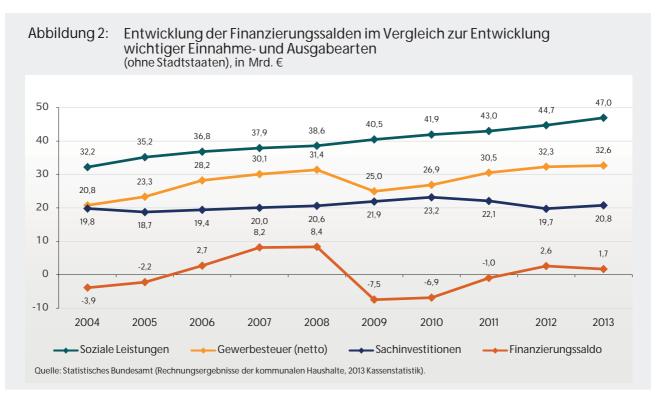
## 1.3 Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen

Zentral für die Entwicklung der Kommunalfinanzen sind die kommunalen Steuereinnahmen. Im Jahr 2009 gingen die Steuern (netto) insgesamt um 11,9 % zurück. Ab dem Jahr 2010 erhöhten sich die kommunalen Steuern (netto) insgesamt – aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung – wieder Jahr für Jahr. Zur durchweg positiven

Entwicklung seit dem Jahr 2011 vergleiche Tabelle 1.

Die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen wurde seit dem Jahr 2011 vom Nettoaufkommen der Gewerbesteuer, d. h. nach Abzug der an Bund und vor allem an die Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage, geprägt. Dem Einbruch im Jahr 2009 (- 20,5 %) aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise folgten ab dem Jahr 2010 jährliche Zuwächse, insbesondere im Jahr 2011 (+ 13,5 %). Im Jahr 2013 wurde mit Gewerbesteuereinnahmen (netto) in Höhe von 32,6 Mrd. € ein neuer Höchststand erreicht (vergleiche Abbildung 3).

Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer werden – infolge des stabilisierend wirkenden Anteils an Lohnsteuern – in geringerem Umfang als die Gewerbesteuer von konjunkturellen Entwicklungen beeinflusst. Auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde im Jahr 2013 mit 28,4 Mrd. € ein Höchststand erreicht. Die Einnahmen aus dem



Bundespolitik und Kommunal finanzen

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und die Einnahmen aus Grundsteuern sind durch

stetige Zuwächse gekennzeichnet (vergleiche Tabelle 1).

Tabelle 1: Kommunale Steuereinnahmen der Jahre 2011 bis 2013<sup>1</sup>

	2011	2012	2013		
Steuerart	Aufkommen in Mrd. €				
Gewerbesteuer (netto)	30,5	32,3	32,6		
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	24,6	26,9	28,4		
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3,5	3,5	3,6		
Grundsteuern	10,3	10,6	11,0		
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	0,8	1,0	1,1		
Steuern (netto) insgesamt	69,7	74,3	76,8		
	Vera	änderung gegenüber Vorjahr	in%		
Gewerbesteuer (netto)	+ 13,5	+5,9	+1,1		
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+6,9	+9,2	+5,8		
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	+6,6	+2,5	+1,5		
Grundsteuern	+3,4	+3,0	+3,7		
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	+11,6	+16,6	+9,9		
Steuern (netto) insgesamt	+9,2	+6,6	+3,3		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Ohne Stadtstaaten; Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2013 Kassenstatistik).



Bundespolitik und Kommunal finanzen

Tabelle 2: Anteile der kommunalen Sachinvestitionen an den öffentlichen Sachinvestitionen insgesamt der Jahre 2007 bis 2013<sup>1</sup>

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mrd. €						
öffentliche Sachinvestitionen insgesamt	33,1	34,3	37,5	38,3	36,7	34,0	35,1
Sachinvestitionen der Gemeinden/Gemeindeverbände	20,0	20,6	21,9	23,2	22,1	19,7	20,8
				in%			
Anteil der kommunalen Sachinvestitionen an den öffentlichen Sachinvestitionen	60	60	58	61	60	58	59

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts, ab 2012 Kassenstatistik; Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2013 Kassenstatistik).

#### 1.4 Investitionen

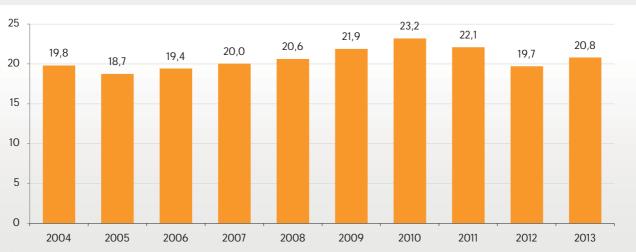
Die Kommunen sind der wichtigste öffentliche Investitionsträger in Deutschland. Auf die kommunalen Sachinvestitionen entfallen regelmäßig in etwa 60 % aller öffentlichen Investitionen. Die nachhaltigen Entlastungen der kommunalen Ebene durch den Bund eröffnen Spielräume für zusätzliche kommunale Investitionen. Die zusätzlichen Investitionen dürften sich auf die finanzstarken Kommunen konzentrieren. Finanzschwache Kommunen werden zunächst der Konsolidierung Vorrang einräumen. Dies ist auch auf Auflagen der Konsolidierungs- und Entschuldungs-

programme, die zahlreiche Länder für ihre Kommunen aufgelegt haben, zurückzuführen. Zur Entwicklung der Anteile der kommunalen Sachinvestitionen an den öffentlichen Sachinvestitionen insgesamt vergleiche Tabelle 2.

Die Entwicklung der kommunalen Sachinvestitionen 2004 bis 2013 ist in Abbildung 4 dargestellt. Die kommunalen Sachinvestitionen erhöhten sich in den Jahren 2009 und 2010 um 6,2 % beziehungsweise 5,8 %. Ursächlich hierfür waren die Finanzhilfen des Bundes im Rahmen des Konjunkturpakets II (Zukunftsinvestitionsgesetz). Der deutliche Rückgang im Jahr 2012 war aufgrund des

Abbildung 4: Sachinvestitionsausgaben¹ der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt, ohne Stadtstaaten), in Mrd. €

25
21.0
23,2
22.1



<sup>1</sup>Sachinvestitionsausgaben: Erwerb von Grundstücken, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens und Baumaßnahmen.

 $Quelle: Statistisches \ Bundesamt \ (Rechnungsergebnisse \ der \ kommunalen \ Haushalte, \ 2013 \ Kassenstatistik).$ 

Bundespolitik und Kommunal finanzen

Auslaufens des Zukunftsinvestitionsgesetzes und der Vorzieheffekte in den Jahren 2010 und 2011 zu erwarten. Der Zuwachs bei den Sachinvestitionen im Jahr 2013 um 5,3 % ist Ergebnis der – auch vom Bund getragenen – positiven Entwicklung der Kommunalfinanzen insgesamt.

Die investiven Ausgaben der Kommunen gehen über die Sachinvestitionen (Baumaßnahmen, Erwerb von Grundstücken, Erwerb von beweglichen Anlagevermögen) hinaus, die sich im Jahr 2013 auf 20,8 Mrd. € beliefen. Zu nennen sind die wesentlichen Beträge der Kommunen, die sie für eigene Investitionszuweisungen aufwenden, sowie der Erwerb von Beteiligungen und Kapitaleinlagen (vergleiche Tabelle 3). Den Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen und Kapitaleinlagen liegen häufig Sondereffekte zugrunde, z. B. im Zusammenhang mit Rekommunalisierungsmaßnahmen und auch Stützungs- und

Umstrukturierungsmaßnahmen für Landesbanken als Folge der Finanzkrise.

Wesentlicher Bestandteil der Sachinvestitionen sind die Baumaßnahmen, auf die regelmäßig rund 80 % der Sachinvestitionen entfallen. In Tabelle 4 sind wesentliche Aufgabenbereiche, in denen Baumaßnahmen anfielen, aufgeführt. In den Jahren 2010 und 2011 fielen die Ausgaben im Schulbereich besonders hoch aus. Ursächlich hierfür waren die Finanzhilfen des Bundes im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes. Die Ausgaben für Baumaßnahmen für Einrichtungen der Jugendhilfe erhöhten sich als Folge des Ausbaus der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder, wesentlich finanziell unterstützt durch den Bund. Weitere Schwerpunkte sind die Aufgabenbereiche "Gemeindestraßen, Kreisstraßen, Parkeinrichtungen" sowie "Abwasserbeseitigung". Die weiteren Baumaßnahmen verteilen sich auf zahlreiche übrige Aufgabenbereiche.

Tabelle 3: Ausgaben für kommunale Investitionen der Jahre 2007 bis 2013 nach Arten¹ in Mrd. €

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Sachinvestitionen gesamt	20,0	20,6	21,9	23,2	22,1	19,7	20,8
davon:							
Baumaßnahmen	15,5	15,8	16,8	18,6	17,7	15,3	15,9
Erwerb von Grundstücken	2,6	2,8	2,6	2,3	2,1	2,2	2,3
Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	1,9	2,0	2,5	2,3	2,3	2,2	2,6
Investitionszuweisungen der Kommunen	2,8	2,4	2,5	2,8	2,8	2,3	2,5
zusammen	22,8	23,0	24,4	25,9	24,9	22,0	23,3
nachrichtlich:							
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	1,1	1,1	3,7	1,6	1,7	1,8	1,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2013 Kassenstatistik).

Bundespolitik und Kommunal finanzen

Tabelle 4: Kommunale Ausgaben für Baumaßnahmen nach Aufgabenbereichen der Jahre 2007 bis 2012¹ in Mrd. €

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Baumaßnahmen gesamt	15,5	15,8	16,8	18,6	17,7	15,3
darunter:						
Gemeindestraßen, Kreisstraßen, Parkeinrichtungen	4,3	4,6	4,5	4,1	4,3	4,2
Grund- und Hauptschulen, übrige allgemeinbildende Schulen	2,7	2,6	3,0	4,0	3,5	2,4
Abwasserbeseitigung	1,3	1,3	1,2	1,1	1,1	1,1
Einrichtungen der Jugendhilfe (inklusive Tageseinrichtungen für Kinder)	0,4	0,5	0,9	1,2	1,1	1,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte).

Tabelle 5 zeigt die Einnahmen der Kommunen im Vermögenshaushalt. Wesentlicher Einnahmeposten sind die Investitionszuweisungen der Länder. In diese Zuweisungen gehen auch die Finanzmittel ein, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt (z. B. Zukunftsinvestitionsgesetz). Bezogen auf die Sachinvestitionen deckten die Investitionszuweisungen im Jahr 2013 38 % der kommunalen Sachinvestitionsausgaben. In den Jahren 2010 und 2011 belief sich der entsprechende Deckungsgrad – wohl auch aufgrund der Finanzmittel des Bundes (Zukunftsinvestitionsgesetz) – auf 47 % beziehungsweise 48 %. Des Weiteren

fließen den Kommunen Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken, Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen (z.B. bei Privatisierungsmaßnahmen) und aus Beiträgen zu.

In allen dargestellten Jahren erzielten die Kommunen insgesamt einen positiven Saldo aus dem Verkauf und dem Erwerb von Grundstücken, der somit rechnerisch zur Investitionsfinanzierung beitrug. Bei der Veräußerung beziehungsweise dem Erwerb von Beteiligungen und Kapitaleinlagen war das nur 2007 der Fall (vergleiche Tabelle 3 und Tabelle 5).

Tabelle 5: Einnahmen der Kommunen im Vermögenshaushalt der Jahre 2007 bis 2013¹ in Mrd. €

Einnahmeart	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken	3,7	3,5	3,0	3,4	3,7	3,7	3,6
Investitionszuweisungen	9,0	9,0	9,4	11,0	10,6	8,0	7,9
Beiträge	1,5	1,4	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4
zusammen	14,2	13,8	13,7	15,7	15,8	13,1	12,9
nachrichtlich:							
Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Rückflüssen von Kapitaleinlagen	1,2	0,6	0,5	1,0	0,6	0,7	0,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $Quelle: Statistisches \, Bundesamt \, (Rechnungsergebnisse \, der \, kommunalen \, Haushalte, \, 2013 \, Kassenstatistik).$ 

Bundespolitik und Kommunal finanzen

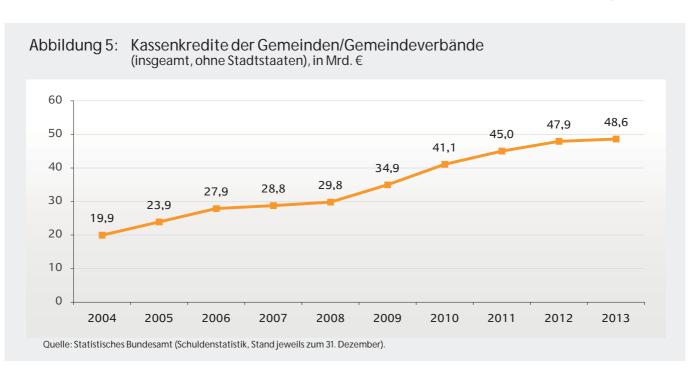
## 1.5 Kassenkredite und Gesamtverschuldung

Die Höhe der Kassenkredite kann einen Indikator für Haushaltsprobleme darstellen: Wenn die laufenden Ausgaben (Personal, Sachaufwand, Zinsen, Transfers) nicht durch laufende Einnahmen (Steuern, Zuweisungen, Gebühren) zu decken sind, erfolgt die Finanzierung über Kassenkredite, da (reguläre) Verschuldung nur für Investitionen zulässig ist.

Der Bestand an Kassenkrediten - die eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe verwendet werden dürfen - erhöhte sich mit deutlich abgeschwächten Steigerungsraten (2011: + 9,7 %, 2012: + 6,5 %, 2013: + 1,4 %). Ende 2013 betrugen die Kassenkredite 48,6 Mrd. € (vergleiche Abbildung 5). Der trotz positiver Entwicklung der Finanzierungssalden weiter leicht gestiegene Bestand an Kassenkrediten deutet auf eine Spreizung der Finanzsituation von finanzstarken und finanzschwachen Kommunen innerhalb und zwischen den Ländern hin. Auch eine unterschiedliche Handhabung von Kassenkrediten in der kommunalaufsichtlichen Praxis kann hier eine Rolle spielen.

Die Kassenkredite sind kein flächendeckendes, sondern ein regional konzentriertes Problem in einigen Ländern. Mehr als die Hälfte der Kassenkredite - 25,3 Mrd. € (52 %) - wurde Ende 2013 von einer Anzahl Kommunen in Nordrhein-Westfalen in Anspruch genommen. Neben Nordrhein-Westfalen konzentrierten sich die Kassenkredite - mit regionalen Schwerpunkten - vor allem auf Rheinland-Pfalz und Hessen (jeweils 14 %). Die durchschnittliche Belastung mit Kassenkrediten je Einwohner war im Saarland am höchsten (1985 €); es folgten Rheinland-Pfalz (1713 €), Nordrhein-Westfalen (1442 €) und Hessen (1099 €). Im Bundesdurchschnitt betrug der Bestand an Kassenkrediten 650 € je Einwohner (vergleiche Tabelle 6).

Die Länder haben die Probleme im Zusammenhang mit der Kassenkreditverschuldung erkannt. Mit Konsolidierungs- und Entschuldungsprogrammen kommen die Länder ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen nach. Eine dauerhafte Lösung der Probleme der betroffenen Kommunen muss sowohl den Schuldenabbau (Tilgung der Kassenkredite) als auch den Haushaltsausgleich



Bundespolitik und Kommunal finanzen

Tabelle 6: Kassenkredite der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Jahren 2011 und 2013<sup>1</sup>

Deutschland insgesamt	604	650	+46	45 037	48 606
Baden-Württemberg	21	17	- 4	223	179
Bayern	31	19	-12	383	244
Sachsen	13	25	+12	52	100
Thüringen	66	97	+31	145	210
Schleswig-Holstein	276	271	- 5	774	760
Brandenburg	327	327	+0	802	801
Mecklenburg-Vorpommern	343	419	+76	552	669
Niedersachsen	640	488	- 152	4981	3 803
Sachsen-Anhalt	434	495	+61	992	1 1 1 3
Hessen	1 074	1 099	+25	6 416	6 623
Nordrhein-Westfalen	1 263	1 442	+179	22 141	25 302
Rheinland-Pfalz	1 447	1 713	+266	5 775	6 834
Saarland	1 803	1 985	+182	1 801	1 969
Gebietseinheit	Kassenkredite (ir	n € je Einwohner)	(in € je Einwohner)	Kassenkredi	te (in Mio. €)
	2011	2013	Veränderung 2013 gegenüber 2011	2011	2013

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Schuldenstatistik, Stand jeweils zum 31. Dezember).

umfassen. Es ist daher konsequent, dass die Entschuldungshilfen mit strikten Konsolidierungsauflagen verknüpft werden.

Die Erhöhung der kommunalen Gesamtverschuldung ging im Zeitraum 2004 bis 2013 nahezu ausschließlich auf die steigende Inanspruchnahme der Kassenkredite zurück. Die stagnierenden Kreditmarktschulden dürften auf Konsolidierungsmaßnahmen, aber auch auf die Investitionsschwäche von Kommunen mit angespannter Haushaltssituation zurückzuführen sein. Der Anteil der Kassenkredite an der kommunalen Gesamtverschuldung erhöhte sich weiter von 30 % im Jahr 2009 auf 37 % im Jahr 2013 (vergleiche zur Entwicklung Abbildung 6). Auch dies zeigt die Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen.

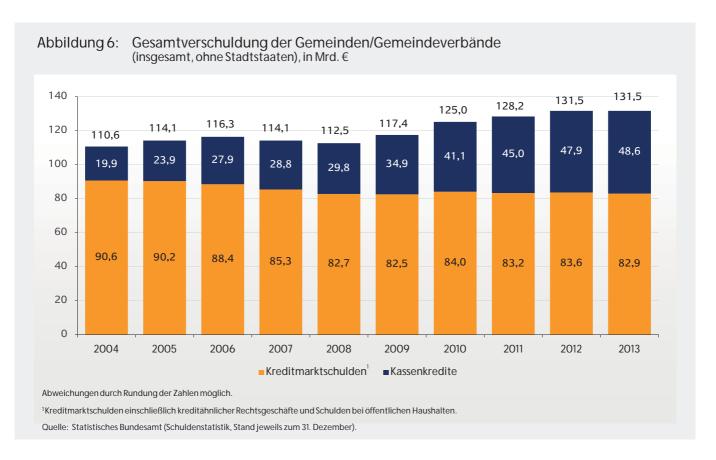
#### 1.6 Ausblick

Auch das laufende Jahr wird bei den Kommunen insgesamt positiv verlaufen. Die Projektion des BMF für den Stabilitätsrat geht für 2014 und die Folgejahre von Überschüssen der Kommunen insgesamt aus. Laut der Steuerschätzung vom Mai 2014 werden sich die kommunalen Steuereinnahmen in den Jahren 2014 bis 2018 – ausgehend vom hohen Niveau des Jahres 2013 – weiter erhöhen. Auch die kommunalen Spitzenverbände gehen von einer positiven Entwicklung aus.

Es ist zu erwarten, dass die Kommunen – wie auch in der Vergangenheit – in Überschussjahren aufgelaufene Defizite zurückführen werden. Die Bundespolitik hat dafür im Rahmen ihrer Zuständigkeiten gute Voraussetzungen geschaffen (siehe Kapitel 2). Mit der nachhaltigen Entlastung der Kommunen leistet der Bund einen deutlichen Beitrag zur Verbesserung der Kommunalfinanzen und schafft Spielräume für weitere Investitionen.

Ein besonderes Augenmerk ist in den betroffenen Ländern und Kommunen aber auf die sehr hohen kommunalen Kassenkredit-

Bundespolitik und Kommunal finanzen



bestände zu richten. Zum Abbau der Kassenkredite haben zahlreiche Länder Entschuldungs- und Konsolidierungsprogramme auf den Weg gebracht. Damit nehmen die Länder die ihnen nach der Finanzverfassung obliegende Verantwortung für die Kommunalfinanzen wahr. Hierbei ist entscheidend, dass strukturelle Defizite durch strenge Auflagen und konsequente Überwachung nachhaltig abgebaut werden.

#### 2 Entlastung der Kommunen durch den Bund

#### 2.1 Bereits umgesetzte Maßnahmen

## Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Mit der schrittweisen Anhebung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (auf 45 % im Jahr 2012 und 75 % im Jahr 2013) und deren

Weiterentwicklung von einer Erstattung der Nettoausgaben des Vorvorjahres zu einer vollständigen Erstattung der Nettoausgaben des laufenden Kalenderjahres durch den Bund seit dem Jahr 2014 wurden die Kommunen in ihrer Funktion als örtlicher Sozialhilfeträger nachhaltig entlastet. Die gesamte Entlastung, also das vom Bund für die Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung den Ländern zur Verfügung gestellte Finanzvolumen, beträgt im Zeitraum 2012 bis 2017 voraussichtlich etwa 30 Mrd. €. Bis zum Jahr 2017 wird die jährliche Entlastung auf 6,7 Mrd. € anwachsen und sich damit gegenüber dem Jahr 2012 fast vervierfachen.

Von der Entlastung der kommunalen Ebene profitieren insbesondere finanzschwache Kommunen. Aufgrund der zu erwartenden Dynamik der Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, dürfte diese Maßnahme des

Bundespolitik und Kommunal finanzen

Bundes mittel- bis langfristig sogar eine noch größere Bedeutung erlangen.

#### Kosten der Unterkunft und Heizung

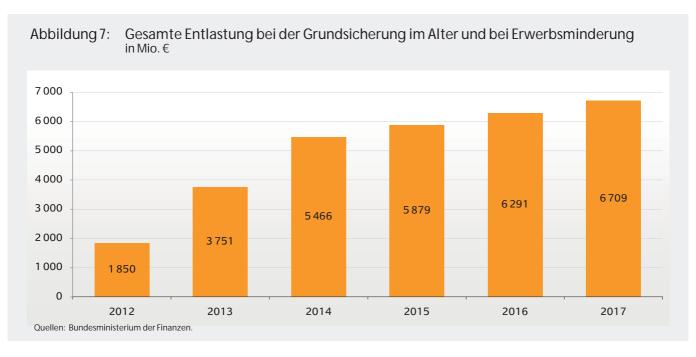
Ein weiterer großer Posten bei den Sozialausgaben der Kommunen sind die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU), die im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gezahlt werden. Die im Jahr 2005 eingeführte Bundesbeteiligung wurde ab dem Jahr 2011 auf hohem Niveau verstetigt. Mit der Festlegung einer festen Quote, die sich bundesdurchschnittlich auf 28,2 % beläuft, wurde ein über mehrere Jahre hinweg kontrovers geführter Diskussionsprozess um die jährliche Anpassung der Höhe der Bundesbeteiligung beendet.

Für die Jahre 2011 bis 2013 hat der Bund diese Quote zusätzlich um weitere 2,8 Prozentpunkte erhöht, um die Kommunen in diesem Zeitraum auch bei den Aufwendungen für Mittagessen für Hortkinder sowie für Schulsozialarbeit zu unterstützen. Im Zeitraum 2011 bis 2017 führen all diese Maßnahmen zu voraussichtlichen Entlastungen der Kommunen in Höhe von 5,4 Mrd. €. Darüber hinaus sorgt der Bund seit 2011 über eine erhöhte Bundesbeteiligung für einen umfassenden finanziellen Ausgleich der Kommunen für die Erbringung der neu eingeführten Bildungs- und Teilhabeleistungen für bedürftige Kinder durch die Kommunen. Dies entlastet die Kommunen im Zeitraum 2011 bis 2017 voraussichtlich um weitere 3,3 Mrd. €.

## Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige

Am Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige beteiligte sich der Bund bereits aufgrund der auf dem sogenannten Krippengipfel im Jahr 2007 gemachten Zusagen bis zum Jahr 2013 mit 4 Mrd. € an der Finanzierung der Investitions- und Betriebskosten.

Im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Fiskalvertrags hat der Bund im Jahr 2012 einen zusätzlichen Betrag von 581 Mio. € für Investitionen bereitgestellt. Auch die Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten wurde sukzessive erhöht und beträgt 845 Mio. € pro Jahr ab 2015.



Bundespolitik und Kommunal finanzen

#### 2.2 Vorgesehene Maßnahmen

## Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Entsprechend dem Koalitionsvertrag sollen im Rahmen der für diese Legislaturperiode vorgesehenen Verabschiedung eines Bundesleistungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz) Entlastungen im Umfang von 5 Mrd. € pro Jahr erfolgen. In der Finanzplanung des Bundes wurde entsprechend Vorsorge getroffen und der Betrag von 5 Mrd. € ab dem Jahr 2018 eingestellt.

Unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und unter Mitwirkung u. a. der kommunalen Spitzenverbände hat die Arbeitsgruppe "Bundesteilhabegesetz" im Juli 2014 ihre Arbeit aufgenommen. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, bis zum Frühjahr 2015 einen Bericht vorzulegen und die Reform der Eingliederungshilfe vorzubereiten.

## Entlastung von jährlich 1 Mrd. € in den Jahren 2015 bis 2017

Bereits im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz erhalten die Kommunen vom Bund in den Jahren 2015 bis 2017 eine Entlastung von 1 Mrd. € pro Jahr. Nach dem am 20. August 2014 von der Bundesregierung verabschiedeten Entwurf für ein Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung sollen jeweils 500 Mio. € über eine erhöhte Bundesbeteiligung an den KdU und über einen erhöhten Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer realisiert werden (vergleiche Abbildung 8). Der Gesamtbetrag wurde gesplittet, da beide Entlastungswege ihre Vorteile besitzen. Während von einer Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer unmittelbar die Gemeindeebene profitiert, kommt die erhöhte Bundesbeteiligung an den KdU den kreisfreien Städten und den Landkreisen zu Gute. Von der Entlastung bei

den KdU profitieren zudem überproportional Kommunen mit einer insbesondere auch wegen hoher Sozialausgaben angespannten Finanzsituation.

## Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige

Der Bund wird seinen Anteil an den Kosten des Ausbaus der Kinderbetreuung für unter Dreijährige nochmals erhöhen. Gemäß dem am 20. August 2014 von der Bundesregierung verabschiedeten Gesetzentwurf soll in den Jahren 2016 bis 2018 ein zusätzlicher Betrag von 550 Mio. € für Investitionen gewährt werden. An den Betriebskosten wird sich der Bund in den Jahren 2017 und 2018 mit jeweils zusätzlich 100 Mio. € beteiligen (vergleiche Abbildung 8).

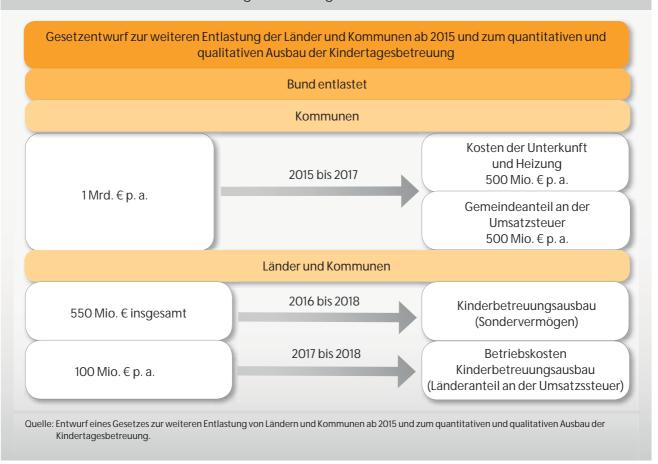
#### EU-Zuwanderer und Asylsuchende

Im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen insbesondere Zuwanderer aus EU-Mitaliedstaaten, auf die seit 1. Januar 2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ausgedehnt wurde. Nach Vorlage eines Zwischenberichts des hierzu eingesetzten Staatssekretärsausschusses wurden bereits im März 2014 Hilfen für die besonders betroffenen Kommunen in einer Gesamthöhe von über 200 Mio. € beschlossen. Zu diesem Zweck wird der Bund das Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" und die Programme aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) entsprechend finanziell ausstatten und, wo nötig, zielgerichtet auf die kommunalen Probleme zuschneiden.

Mit der Vorlage des Abschlussberichts des Staatssekretärsausschusses hat die Bundesregierung am 27. August 2014 weitere Maßnahmen beschlossen, die z. B. darauf abzielen, gegen einen Missbrauch des Freizügigkeitsrechts wirkungsvoll vorzugehen. Im Bereich der Familienleistungen sollen beim

Bundespolitik und Kommunal finanzen

Abbildung 8: Finanzielle Auswirkungen des vorgesehenen Gesetzes zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung in den Jahren 2015 bis 2018



Kindergeld Doppelzahlungen und Missbrauch unterbunden werden. Das Einkommensteuergesetz soll künftig eine Regelung enthalten, die die Kindergeldberechtigung von der eindeutigen Identifikation von Antragstellern und Kindern abhängig macht.

Zur Unterstützung besonders von Zuwanderung betroffener Kommunen ist für das Jahr 2014 eine weitere Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung um 25 Mio. € vorgesehen. Im Gesundheitswesen sollen die Kommunen um schätzungsweise 10 Mio. € jährlich entlastet werden. Hierzu trägt u. a. eine geplante Änderung des Sozialgesetzbuch V (SGB V) bei, durch die gesetzliche Krankenkassen verpflichtet werden,

die Impfstoffkosten für Kinder und Jugendliche aus EU-Mitgliedstaaten zu übernehmen, deren Krankenversicherungsstatus noch nicht geklärt ist. Außerdem werden in diesem Jahr noch einmal 40 Mio. € für zusätzliche Integrationskurse zur Verfügung gestellt. Die Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes wird zu einer weiteren Entlastung der Kommunen von voraussichtlich 31 Mio. € im Jahr 2015 und 43 Mio. € pro Jahr in den Folgejahren führen. Hierbei werden bestimmte Personengruppen mit humanitären Aufenthaltstiteln aus dem personellen Anwendungsbereich des Gesetzes herausgenommen mit der Folge, dass sie zukünftig bei Bedürftigkeit Leistungen nach SGB II oder SGB XII erhalten.

Ursachen der deutschen Exportstärke

# Ursachen der deutschen Exportstärke: Zur Bedeutung von Vorleistungsimporten und nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit

Kurzfassung einiger Ergebnisse eines Forschungsvorhabens des Kieler Instituts für Weltwirtschaft im Auftrag des BMF<sup>1</sup>

- Verbesserungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit (realer effektiver Wechselkurs) haben nur einen geringen Teil zum Exportzuwachs Deutschlands beigetragen (2,9 % des gesamten Exportzuwachses).
- Die Erhöhung des Anteils ausländischer Wertschöpfung hat hingegen in erheblichem Umfang zum deutschen Exportzuwachs beigetragen (33 %); vor allem die importierte Wertschöpfung aus den mittel- und osteuropäischen Ländern (15,7 % des gesamten Exportzuwachses).
- Die zunehmende Aufgliederung und grenzüberschreitende Organisation von Wertschöpfungsketten erfordern ein Umdenken der nationalen und europäischen Wirtschaftspolitik.

1	Einleitung	19
	Überblick über die Studie	
	Ergebnisse	
	Die Rolle ausländischer Wertschöpfung	
	Die Rolle nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit	
	Diskussion und Politikempfehlungen	
	Riblingraphie	27

#### 1 Einleitung

Deutschland weist seit mehreren Jahren einen anhaltenden Leistungsbilanzüberschuss auf. Im Vorfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise stieg dieser Überschuss über mehrere Jahre deutlich an und hatte im Jahr 2007 über 7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreicht. Neben Deutschland wiesen auch weitere EU-Länder, z. B. Österreich, Schweden oder Finnland, anhaltende und steigende Leistungsbilanzüberschüsse auf. Gleichzeitig wiesen andere, vor allem südeuropäische,

EU-Länder wachsende und anhaltende Leistungsbilanzdefizite auf. Seit 2007 haben sich zwar die Leistungsbilanzsalden fast aller europäischen Länder wieder verringert, Deutschland verzeichnet jedoch nach wie vor einen hohen Überschuss von 6 bis 7 % des BIP.

Leistungsbilanzungleichgewichte sind oftmals Ausdruck unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit. Gerade Deutschland wird häufig vorgeworfen, seine Wettbewerbsfähigkeit mittels übermäßiger Lohnzurückhaltung gestärkt zu haben. Deutschlands Exporte seien dadurch relativ preiswert

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der vorliegende Artikel wurde von Dennis Görlich, Eckhardt Bode und Tillmann Schwörer vom Kieler Institut für Weltwirtschaft verfasst. Die vollständige Studie ist als Kieler Beitrag zur Wirtschaftspolitik Nr. 6 erschienen (https://www.ifw-kiel.de/pub/wipo/volumes/wipo06.pdf).

Ursachen der deutschen Exportstärke

geworden und der Leistungsbilanzüberschuss gewachsen. Gleichzeitig hätten andere Länder an Wettbewerbsfähigkeit verloren (z. B. durch zu hohe Lohnabschlüsse). Ihre Exporte seien deshalb relativ teuer geworden und ihre Leistungsbilanzdefizite gewachsen. So hätten die Ungleichgewichte zugenommen.

Verschiedene Studien haben allerdings gezeigt, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nur einen geringen Teil der Exportleistung erklären kann (z. B. Europäische Kommission 2012; Danninger und Joutz 2007). Exporte und Leistungsbilanz werden neben der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auch

- durch die Einbindung des Landes in globale Wertschöpfungsketten sowie
- durch die nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst.

Nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist als Sammelbegriff für verschiedene Faktoren zu verstehen, die Exporte unterstützen oder die Nachfrage nach Exportgütern erhöhen, darunter die Qualifikation der Beschäftigten, die Verfügbarkeit von produktions- und exportrelevanten Dienstleistungen, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung und die Qualität der Exportprodukte. Die Einbindung in globale Wertschöpfungsketten wird oft – auch in dieser Studie – mittels des Anteils ausländischer Wertschöpfung in den Exporten eines Landes beziehungsweise einer Industrie gemessen. Dieser ist in den vergangenen Jahrzehnten weltweit deutlich angestiegen, in Deutschland von 16 % im Jahr 1995 auf 25 % im Jahr 2007 (neuere Daten waren zum Zeitpunkt der Studie nicht verfügbar).

Vor diesem Hintergrund hinterfragt die Studie, ob tatsächlich vor allem die Lohnzurückhaltung für die deutsche Exportstärke verantwortlich ist, oder ob andere Faktoren, die unter Umständen gänzlich andere politische Maßnahmen zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte erfordern, ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

#### 2 Überblick über die Studie

Mit Hilfe von deskriptiven und ökonometrischen Analysen wurde untersucht, in welchem Umfang die Exporte über preisliche Faktoren hinaus auch durch die Intensität von Vorleistungsimporten sowie durch nichtpreisliche Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst werden, und ob sich Deutschland im Hinblick auf diese Faktoren von anderen hochentwickelten Ländern unterscheidet. Die Studie umfasste drei maßgebliche Untersuchungsschritte. Im ersten Schritt wurde für die Jahre 1995 bis 2007 ein Vorleistungsindikator erstellt, der den Anteil ausländischer Wertschöpfung an den Exporten eines Landes beziehungsweise einer Industrie zeigt. Dieser Indikator wurde für die acht größten Exporteure der Welt sowie für 14 EU-Länder berechnet (EU-15-Länder, wobei Belgien und Luxemburg zusammengefasst wurden). Die Datengrundlage für die Berechnung dieses Indikators ist die World Input-Output Database (WIOD). Die WIOD ermöglicht es, den Exportwert jeder Industrie eines Landes in Wertschöpfungsanteile zu zerlegen und diese den jeweiligen Herkunftsländern der Wertschöpfung zuzuordnen. Es konnte somit zwischen Vorleistungsimporten aus Hochlohn- und Niedriglohnländern (darunter die mittel- und osteuropäischen Länder) unterschieden werden. Anschließend wurden Unterschiede zwischen Ländern in Bezug auf die ausländische Wertschöpfung in einer deskriptiven Analyse untersucht.

Im zweiten Schritt wurde ein ökonometrisches Modell entwickelt und geschätzt. Das Modell erklärt die realen Exporte von Industrien des verarbeitenden Gewerbes in den 14 EU-Ländern durch (i) die Welt-Außennachfrage nach den entsprechenden Gütern (exportgewichtete Summe der Importe durch Partnerländer), (ii) die preisliche

Ursachen der deutschen Exportstärke

Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure (realer effektiver Wechselkurs) und (iii) die Einbindung der Exporteure in internationale Wertschöpfungsketten (Indikator für die Intensität von Vorleistungsimporten, s. o.). Auf Grundlage der Schätzergebnisse wurde dann berechnet, welchen Beitrag die einzelnen Faktoren zur Erklärung des Zuwachses der Exporte in Deutschland und den anderen EU-15-Ländern liefern.

Im dritten Schritt wurde schließlich versucht, den Teil der Exporte, der mit den obigen drei Faktoren nicht erklärt werden kann, mit Faktoren der nicht-preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu erklären. Im Vordergrund standen dabei (i) die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten, (ii) die Verfügbarkeit von exportrelevanten Dienstleistungen, (iii) die

Ausgaben für Forschung und Entwicklung, und (iv) die Qualität der Exportprodukte.

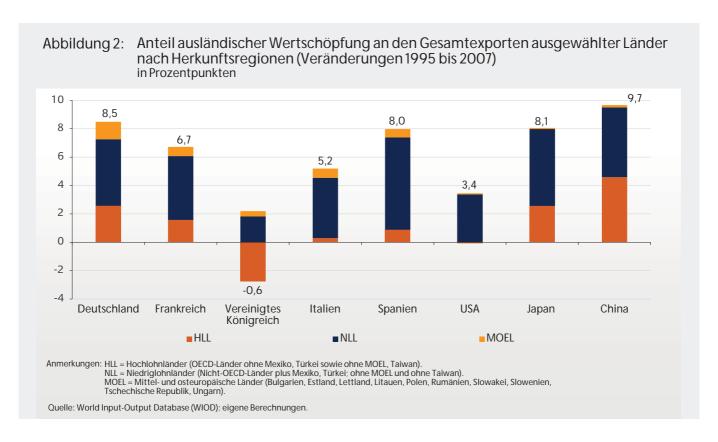
#### 3 Ergebnisse

## 3.1 Die Rolle ausländischer Wertschöpfung

Die deskriptive Analyse des Anteils ausländischer Wertschöpfung an den Exporten gibt erste Hinweise auf Alleinstellungsmerkmale Deutschlands, die einen Erklärungsbeitrag für den hohen deutschen Leistungs- beziehungsweise Handelsbilanzüberschuss liefern könnten. Erstens kauft Deutschland, gemessen an seiner Größe, einen besonders hohen Anteil seiner Exporte aus dem Ausland zu.

Abbildung 1: Anteil ausländischer Wertschöpfung an den Exporten, der nicht durch die Ländergröße erklärt werden kann (2007) in Prozentpunkten Deutschland 5,2 China 4,0 3,9 Frankreich Spanien 3,2 1,5 Italien Vereinigte Staaten 0,6 Vereinigtes Königreich -3,5 Japan -3,7 -5 -4 -3 -2 -1 0 1 2 3 4 5 Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Residuen (e) von acht großen Exportnationen der Regression AW = a + b \* In(BIP) + e, wobei AW den Anteil ausländischer Wertschöpfung an den Exporten, In(BIP) den natürlichen Logarithmus des Bruttoinlandprodukts sowie a und b die Regressionskoeffizienten beschreibt. Die Regression verwendet Daten von 35 Ländern aus dem Jahr 2007. Lesebeispiel: Der Anteil ausländischer Wertschöpfung an den Exporten ist in Deutschland um 5,2 Prozentpunkte größer, als man es unter Berücksichtigung seiner Größe erwarten würde. Quelle: World-Input-Output Database (WIOD); eigene Berechnungen.

Ursachen der deutschen Exportstärke



Typischerweise hängt der Anteil ausländischer Wertschöpfung stark von der wirtschaftlichen Größe der Länder ab, wobei große Länder tendenziell einen niedrigeren ausländischen Wertschöpfungsanteil aufweisen, da sie auf ein relativ größeres Angebot an inländischen Vorleistungen zurückgreifen können. Legt man einen linearen Zusammenhang zwischen Größe (BIP) und Anteil ausländischer Wertschöpfung zugrunde, kann man den nicht durch die Ländergröße erklärten Anteil ausländischer Wertschöpfung berechnen. Abbildung 1 zeigt, dass Deutschland im Vergleich zu den anderen großen Ländern einen überdurchschnittlichen Anteil der Wertschöpfung importiert.

Zweitens ist der Anteil ausländischer Wertschöpfung an den Exporten in Deutschland sehr stark gestiegen. Abbildung 2 zeigt die Veränderung des Anteils ausländischer Wertschöpfung in den größten Exportnationen zwischen 1995 und 2007. Nur China verbuchte hier einen noch

höheren Anstieg als Deutschland. Besonders beachtenswert ist der starke Zuwachs der deutschen Wertschöpfungsimporte aus den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL).

Abbildung 3 verdeutlicht dies. Die Abbildung zeigt den Anteil importierter Wertschöpfung aus den MOEL im Zeitverlauf. Auch wenn der Anteil der Wertschöpfung aus den MOEL am Gesamtwert der deutschen Exporte mit rund 2 % (2007) nach wie vor vergleichsweise niedrig ist, könnte sein starker Anstieg doch darauf hindeuten, dass Deutschland stärker von der wirtschaftlichen Integration der MOEL in die EU profitiert hat als andere große EU-Länder.

In den Regressionsanalysen wurden die (logarithmierten) realen Exporte von 12 Industrien des verarbeitenden Gewerbes in den EU-15-Ländern durch die jeweilige Außennachfrage, den realen effektiven Wechselkurs (auf Basis von Produzentenpreisen) und die Anteile

Ursachen der deutschen Exportstärke



ausländischer Wertschöpfung erklärt. Gleichung 1 zeigt die Schätzergebnisse für Deutschland, Gleichung 2 die für die anderen EU-Länder<sup>2</sup>.

Wie erwartet zeigen die Regressionsergebnisse zunächst einmal, dass die realen Exporte positiv mit der Außennachfrage (AN) und negativ mit dem Preis der Exportgüter eines Landes (realer effektiver Wechselkurs, REER) zusammenhängen. Darüber hinaus zeigen sie, dass die deutschen Exporte stärker als die anderer europäischer Länder vom Ausbau globaler Wertschöpfungsketten durch die

Gleichung 1:				
InX = 0,390 InAN -	0,644 InREER +	O,141 AW <sub>MOEL</sub> +	0,0198 AW <sub>NLL</sub> +	0,0463 AW <sub>HLL</sub>
(0,056)***	(0,09)***	(0,04)***	(0,018)	(0,015)***
Gleichung 2:				
InX = 0,390 InAN -	0,644 InREER +	0,0304 AW <sub>MOEL</sub> -	+ O,O311 AW <sub>NLL</sub> +	0,0184 AW <sub>HLL</sub>
(0,056)***	(0,09)***	(0,039)	(0,009)***	(0,006)***

 $<sup>^2</sup>$  Belgien und Luxemburg wurden zu einem Land zusammengefasst. Robuste Standardfehler befinden sich in Klammern. Die Sterne geben das statistische Signifikanzniveau an: \* p < 0.10, \*\* p < 0.05, \*\*\* p < 0.01, AN = Außennachfrage: exportgewichtete Summe der realen Importe eines Produkts (= Industrie) durch Partnerländer, REER = Realer effektiver Wechselkurs auf Basis von Produzentenpreisen, AW $_{\rm MOEL}$  = Anteil der Wertschöpfung aus mittel- und osteuropäischen Ländern an Exporten, AW $_{\rm NLL}$  = Anteil der Wertschöpfung aus Niedriglohnländern an Exporten, AW $_{\rm HII}$  = Anteil der Wertschöpfung aus Hochlohnländern an Exporten.

Ursachen der deutschen Exportstärke

deutschen Industrien profitiert haben, hier gemessen durch den Anteil ausländischer Wertschöpfung an den Exporten (AW). Insbesondere für die importierte Wertschöpfung aus den mittel- und osteuropäischen Ländern (AW<sub>MOEI</sub>) zeigen die Ergebnisse für Deutschland einen recht hohen und signifikanten Zusammenhang mit den Exporten, während dieser Zusammenhang für die anderen europäischen Länder schwach und insignifikant ist. Den Schätzergebnissen zufolge geht ein Anstieg des Anteils importierter Wertschöpfung aus den MOEL um einen Prozentpunkt mit 14 % höheren deutschen Exporten einher. Die Exporte anderer europäischer Länder profitieren zwar signifikant von Vorleistungsimporten aus anderen Niedriglohnländern (AW<sub>NII</sub>), allerdings in geringerem Umfang (3,1% Exportwachstum je Prozentpunkt importierter Wertschöpfung).

Auch mit importierten Vorleistungen aus Hochlohnländern (AW<sub>HLL</sub>) hängen deutsche Exporte stärker zusammen als die anderer europäischer Länder: Ein Anstieg des Anteils importierter Wertschöpfung aus Hochlohnländern um einen Prozentpunkt geht in Deutschland mit 4,6 %, in anderen europäischen Ländern aber nur mit 1,8 % höheren Exporten einher.

Auf Basis dieser Regressionsergebnisse wurde der prozentuale Beitrag der erklärenden Variablen zu den deutschen und europäischen Exportzuwächsen im Zeitraum 1995 bis 2007 berechnet (Tabelle 1). Die deutschen Exporte sind um rund 140 % gewachsen, die der übrigen EU-14-Länder um 76 %. Verbesserungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, gemessen durch den realen effektiven Wechselkurs, tragen in unserem Modell nur

Tabelle 1: Beitrag der Regressoren zur Veränderung der Exporte 1995 bis 2007, verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup>, 14 EU-Länder<sup>2</sup>

		Deutschland			Andere EU-14		
	Veränderung 1995 bis 2007	Effekt auf Exporte (in %) <sup>3</sup>	Beitrag (in %) <sup>4</sup>	Veränderung 1995 bis 2007	Effekt auf Exporte (in %) <sup>3</sup>	Beitrag (in %) <sup>4</sup>	
Außennachfrage	0,886	41,3	29,4	0,858	39,7	52,0	
Realer effektiver Wechselkurs	-0,062	4,1	2,9	-0,015	1,0	1,3	
AW (kombiniert)		46,2	33,0		16,9	22,1	
$AW_{MOEL}$	1,410	22,0	15,7	0,867	2,7	3,5	
AW <sub>NLL</sub>	4,927	10,2	7,3	4,044	13,4	17,5	
AW <sub>HLL</sub>	2,821	14,0	10,0	0,432	0,8	1,0	
Erklärte Exportveränderung		91,6	65,3		57,6	75,4	
Tatsächliche Exportveränderung		140,2	100,0		76,4	100,0	

 $Außennach frage = Export gewichtete \, Summe \, der realen \, Importe \, eines \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Importe \, eines \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Importe \, eines \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Importe \, eines \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Importe \, eines \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Importe \, eines \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Importe \, eines \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Partner länder. \, der realen \, Produkts \, (Industrie) \, durch \, Produkts$ 

Realer effektiver Wechselkurs auf Basis von Produzentenpreisen.

AW = Anteil ausländischer Wertschöpfung an Gesamtexporten.

AW<sub>MOEL</sub> = Anteil der Wertschöpfung aus mittel- und osteuropäischen Ländern an Exporten.

AW<sub>NLL</sub> = Anteil Wertschöpfung aus Niedriglohnländern an Exporten.

 $AW_{HLL} = Anteil\,der\,Wertschöpfung\,aus\,Hochlohnländern\,an\,Exporten.$ 

Quelle: Eigene Berechnungen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Ohne "Kokerei und Mineralölverarbeitung"; 12 Industrien.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Belgien/Luxemburg, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich.

³ Mit Veränderung der Regressoren einhergehende prozentuale Änderung der Exporte = 100\* (exp(∆Logpunkte)-1), wobei ∆Logpunkte = (Veränderung 1995 bis 2007)\*Parameterwert aus Tabelle 6 Spalte 5 der vollständigen Studie.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Beitrag = (Effekt auf Exporte/tatsächliche Exportveränderung)\*100.

URSACHEN DER DEUTSCHEN EXPORTSTÄRKE

einen vergleichsweise geringen Teil zu diesen Exportzuwächsen bei (Deutschland: 2,9 % des gesamten Exportzuwachses, Europa: 1,3%). Veränderungen der Außennachfrage und des Anteils ausländischer Wertschöpfung haben hingegen erheblich zum deutschen und europäischen Exportzuwachs beigetragen, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Außennachfrage spielte für die europäischen Exportzuwächse (52%) eine größere Rolle als für die deutschen (knapp 30%), während die importierte Wertschöpfung für die deutschen Exportzuwächse bedeutsamer war (33%, verglichen mit 22%). Auch in der Struktur der Herkunftsländer unterscheiden sich die Effekte der importierten Wertschöpfung zwischen Deutschland und EU-14. Die deutschen Exportzuwächse wurden stärker durch Wertschöpfungsimporte aus MOEL und Hochlohnländern getrieben, die europäischen eher durch Wertschöpfungsimporte aus anderen Niedriglohnländern. Deutschland hat also in besonderer Weise von der Integration der MOEL in globale Wertschöpfungsketten profitiert, und diese Integration scheint für den deutschen Exporterfolg bedeutender zu sein als die preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

## 3.2 Die Rolle nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit

Auch die Rolle der sogenannten nicht-preislichen Wettbewerbsfähigkeit wurde untersucht. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die Außennachfrage und der Anteil ausländischer Wertschöpfung können zwar einen großen Teil der Exportentwicklung erklären. Ein Teil bleibt jedoch unerklärt. Es wurde versucht, diesen Teil des Exportzuwachses durch verschiedene Indikatoren für die Änderungen der nichtpreislichen Wettbewerbsfähigkeit zu erklären, darunter

- die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten,
- 2. die Verfügbarkeit von exportrelevanten Dienstleistungen, d. h. von Transport-,

- Kommunikations-, Finanz- und anderen Unternehmensdienstleistungen,
- 3. die Intensität von Forschung und Entwicklung, und
- 4. die Qualität der Exportprodukte.

Die Resultate haben allerdings gezeigt, dass die verfügbaren international harmonisierten Indikatoren nur eingeschränkt aussagekräftig sind. Ein großes Problem ergibt sich dabei aus dem hohen Aggregationsniveau der Analyse; in unserer Studie die Industrieebene. Künftige Forschung sollte sich auf die Firmenebene konzentrieren, um die Effekte nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit auf die Exportperformance besser zu identifizieren. Im Rahmen der hier vorliegenden Studie war dies nicht möglich.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass sicherlich auch die spezielle Sektorstruktur der deutschen Wirtschaft zum starken Exportwachstum beigetragen hat. In Deutschlang besteht ein ausgeprägter Fokus auf Investitionsgüter, die in Schwellenländern, insbesondere in den asiatischen Wachstumsmärkten, seit geraumer Zeit sehr stark nachgefragt werden (vergleiche Jannsen und Kooths 2012). Dieser Zusammenhang konnte in der Studie nicht explizit modelliert werden, da sie sich auf die Entwicklungen innerhalb von Industrien konzentriert und damit implizit für die Veränderungen der Industriestruktur kontrolliert.

## 4 Diskussion und Politikempfehlungen

Starkes Exportwachstum oder hohe Überschüsse in der Leistungsbilanz sind zunächst einmal nicht notwendigerweise ein Zeichen für eine hohe Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. In der Diskussion um die deutschen Handelsbilanzüberschüsse wird

Ursachen der deutschen Exportstärke

dies schon seit geraumer Zeit insbesondere von Hans-Werner Sinn betont, der in diesem Zusammenhang von einem "pathologischen Exportboom" und von Deutschland als "Basar Ökonomie" spricht (Sinn 2005, 2006). Angesichts eines Anteils ausländischer Wertschöpfung an den deutschen Exporten von 25 % (2007) mag dies übertrieben erscheinen. Richtig ist jedoch, dass ein starkes Exportwachstum nicht in jedem Fall mit entsprechend starken Einkommenssteigerungen (Steigerungen der Wertschöpfung) oder Beschäftigungszunahmen einhergehen müssen. Wie Timmer et al. (2013) zeigen, bestehen hier insbesondere für Deutschland erhebliche Diskrepanzen. Auf der Basis der auch in diesem Gutachten verwendeten WIOD berechnen Timmer et al. (2013) das Einkommen, das die einzelnen EU-Staaten über ihre Einbindung in die globalen Wertschöpfungsketten erzielen ("global value chain income", hier GVC-Einkommen). Timmer et al. argumentieren, dass die Entwicklung des GVC-Einkommens einen besseren Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie eines Landes darstellt als die Exportentwicklung.

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie hat, gemessen an diesem Indikator, im betrachteten Zeitraum abgenommen. Während die deutschen Exporte des verarbeitenden Gewerbes zwischen 1995 und 2008 nominal um 180 % gestiegen sind (zum Vergleich: Frankreich 121 %, Italien 135 %), ist das GVC-Einkommen in Deutschland in diesem Zeitraum nur um 52 % gestiegen (Frankreich 59 %, Italien 73 %). Für diese erhebliche Diskrepanz sind im Wesentlichen drei Entwicklungen verantwortlich: (i) der heimische Wertschöpfungsanteil an den deutschen Exporten hat erheblich abgenommen, (ii) die heimische Nachfrage ist nur geringfügig gewachsen und (iii) der Anteil der heimischen Nachfrage, der durch Endproduktimporte vor allem aus China und Osteuropa gedeckt wird, hat zugenommen. Keine dieser Entwicklungen schlägt sich in der deutschen Exportstatistik nieder (Timmer et al. 2013).

Ungeachtet dessen zeigen unsere Ergebnisse einige Möglichkeiten, wie Länder ihre Exportergebnisse, und damit zugleich eine wichtige Komponente ihrer Leistungsbilanz, stärken können. Vereinfacht lassen sich die Ergebnisse dahingehend interpretieren, dass es für die Wettbewerbsfähigkeit exportorientierter Unternehmen – und für die ihrer Heimatländer im Allgemeinen vorteilhaft ist, ihre globalen Wertschöpfungsketten auszubauen und effizient zu gestalten. Dabei müssen die internationalen Erfahrungen und Exporterfolge deutscher Unternehmen keineswegs zu Lasten der Exportchancen anderer europäischer Länder gehen. Wenn sich deren Unternehmen in die internationalen Wertschöpfungsketten bereits erfolgreicher "globaler" Unternehmen integrieren, bietet sich ihnen eine "Abkürzung" bei der Erschließung internationaler Märkte, die aufgrund hoher Eintrittskosten andernfalls jenseits ihrer Möglichkeiten lägen (Jannsen und Kooths 2012: 372).

Grundsätzlich sollten jedoch auch die Risiken nicht verschwiegen werden, die sich aus einer verstärkten Integration in die globalen Wertschöpfungsketten für die heimischen Arbeitsmärkte ergeben. Eine Vielzahl von Untersuchungen (u. a. für Deutschland) zeigt, dass dieses Offshoring die Ungleichheit auf Arbeitsmärkten erhöht. Während hochqualifizierte Arbeitskräfte profitieren, müssen geringqualifizierte Arbeitskräfte reale Lohnverluste hinnehmen (z. B. Geishecker und Görg 2008). Auch ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko spezifischer Arbeitnehmergruppen konnte auf Offshoring zurückgeführt werden (Bachmann und Braun 2011).

Was lässt sich aus der wirtschaftlichen Integration der MOEL für künftige europäische Integrationsprozesse lernen? Zum einen zeigen die Ergebnisse, dass diejenigen Mitgliedsländer besonders stark profitieren, die dem Integrationsraum geografisch und kulturell besonders nahe sind (vergleiche auch Marin 2008). Die Integration der MOEL hat Deutschland wirtschaftlich in den Mittelpunkt

Ursachen der deutschen Exportstärke

Europas gerückt. Entsprechend wird eine verstärkte Integration der heutigen EU-Nachbarstaaten in Südosteuropa und dem Mittelmeerraum vor allem für diejenigen EU-Mitglieder wirtschaftliche Vorteile bringen, die in deren unmittelbarer Nachbarschaft liegen. So dürften vor allem Spanien, Frankreich und Italien von einer stärkeren Integration der südlichen Mittelmeeranrainer profitieren. Aus verschiedenen Gründen werden diese Effekte allerdings wohl weniger stark sein als die Effekte der Osterweiterung auf Deutschland. Ein Grund ist, dass die Arbeitskräfte in den künftigen Integrationsländern weniger gut ausgebildet sind als die in den MOEL. Dies dürfte das Potenzial für vertiefte Arbeitsteilung über Wertschöpfungsketten mittelfristig stärker begrenzen. Ein weiterer Grund ist, dass die Integrationsprozesse mit den südosteuropäischen und mediterranen Beitrittskandidaten vermutlich längere Zeit in Anspruch nehmen werden, nicht zuletzt aufgrund der größeren kulturellen Unterschiede. Deutschland hat auch deshalb besonders stark von der Ostintegration profitiert, weil die grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastrukturen sehr zügig ausgebaut und die wirtschaftlichen und rechtlichen Institutionen der MOEL sehr schnell an westliche Standards angepasst wurden.

Insgesamt verdeutlicht die vorliegende Studie, dass die zunehmende Aufgliederung und grenzüberschreitende Organisation von Wertschöpfungsketten auch die nationale und europäische Wirtschaftspolitik vor veränderte Herausforderungen stellt. Die europäische Handelspolitik beispielsweise sollte nicht nur die Interessen heimischer Endverbraucher und Importkonkurrenten im Auge haben, sondern auch die Interessen der heimischen Importeure von Zwischenprodukten (siehe Baldwin und Evenett 2012, Marin 2008).

#### 5 Bibliographie

Bachmann, R. und S. Braun (2011). The Impact of International Outsourcing on Labour Market

Dynamics in Germany. Scottish Journal of Political Economy, 58(1): 1–28.

Baldwin, R.E. und S.J. Evenett (2012). Value Creation and Trade in the 21st Century Manufacturing: What Policies for UK Manufacturing? In D. Greenaway (Hrsg.), The UK in a Global World: How Can the UK Focus on Steps in Global Value Chains that Really Add Value?, 71–128, London: Centre for Economic Policy Research.

Danninger, S. und F. Joutz. (2007). What Explains Germany's Rebounding Export Market Share? IMF Working Papers 07/24, Washington D.C.: International Monetary Fund.

Europäische Kommission (2012). Current Account Surpluses in the EU. European Economy 9/2012. Brüssel: Europäische Kommission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs.

Geishecker, I. und H. Görg (2008). Winners and Losers: A Micro-Level Analysis of International Outsourcing and Wages. Canadian Journal of Economics/Revue canadienne d'économique, 41(1): 243–270.

Jannsen, N. und S. Kooths (2012). German Trade Performance in Times of Slumping Euro Area Markets. Intereconomics, 47(6): 368–372.

Marin, D. (2008). The New Corporation in Europe. bruegelpolicybrief, 2008(07).

Sinn H.-W. (2005). Basar-Ökonomie Deutschland: Exportweltmeister oder Schlusslicht. Ifo Schnelldienst, 58 (6/2005): 3–42.

Sinn, H.-W. (2006). The Pathological Export Boom and the Bazaar Effect: How to Solve the German Puzzle. The World Economy, 29 (9): 1157–1175.

Timmer, M.P., B. Los, R. Stehrer und G. de Vries (2013). Fragmentation, Income and Jobs. An Analysis of European Competitiveness. Economic Policy, 28: 613–661.

Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland

# Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland

#### Teil 2 einer Artikelserie zur aktuellen Lage im Euroraum

- Griechenland hat wichtige Fortschritte bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise gemacht. Nach sechs Jahren der Rezession wird dieses Jahr erstmals wieder ein leicht positives Wirtschaftswachstum erwartet. Das Vertrauen der Finanzmärkte kehrt langsam zurück. Im Frühjahr 2014 ist Griechenland erstmalig wieder an den Markt für Staatsanleihen zurückgekehrt.
- Griechenland hat eine der umfassendsten Haushaltskonsolidierungen umgesetzt, die ein EU-Land in den letzten 30 Jahren unternommen hat. Es ist gelungen, das Haushaltsdefizit von 2009 bis 2013 um 12,5 Prozentpunkte des Bruttoinlandprodukts (BIP) zu reduzieren. Im Jahr 2014 wird Griechenland voraussichtlich erstmals seit Beitritt zur Wirtschafts-und Währungsunion das 3 %-Maastricht-Kriterium unterschreiten.
- Erhebliche Fortschritte wurden bei der Wiedererlangung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erzielt. Die durchgeführten anspruchsvollen Arbeitsmarktreformen haben Griechenland ermöglicht, die im letzten Jahrzehnt verlorene Wettbewerbsfähigkeit hinsichtlich der Lohnstückkosten nahezu vollständig wiederzuerlangen. Im Bereich Produktmarktreformen wurden in Schlüsselbereichen Fortschritte erzielt und damit die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert.
- Das Programm der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) läuft Ende des Jahres aus. Die Reformagenda ist noch nicht vollständig umgesetzt. Daher bleibt die weitere Umsetzung notwendiger Strukturreformen auch nach 2014 die wesentliche Herausforderung für Griechenland. Wie die Unsicherheiten am aktuellen Rand zeigen, kann nur eine glaubhafte Fortsetzung des Reformkurses das langsam zurückkehrende Vertrauen dauerhaft absichern.

1	Ausgangslage	28
2		
2.1	Wirtschaftslage	30
	Abbau der Staatsschulden für tragfähige Staatsfinanzen	
	Strukturreformen in den Bereichen Arbeits- und Produktmärkte	
2.4	Bankensektor	36
3	Verbleibende Herausforderungen	36
4	Fazit und Aushlick	

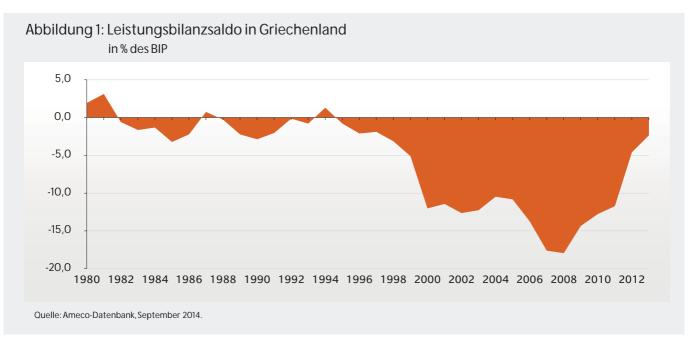
#### 1 Ausgangslage

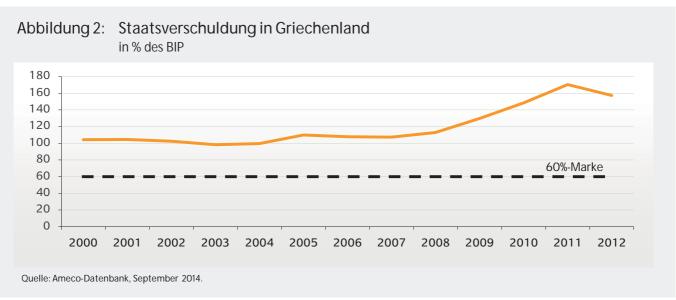
Die Staatsschuldenkrise in einigen Ländern des Euroraums resultiert aus einer Vielzahl verschiedener Faktoren, deren Gewichtung in der Bewertung unterschiedlich ausfällt. Im Fall Griechenlands haben eine gravierende Schwäche der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft infolge von nicht stabilitätsgerechten Preis- und Lohnentwicklungen sowie zu hohe öffentliche Haushaltsdefizite und in der Folge zu hohe öffentliche Schulden in die Krisensituation geführt. Im Zeitraum von 1995 bis 2010 stiegen

Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland

die griechischen Lohnstückkosten und der harmonisierte Verbraucherpreisindex HVPI um 21,1% beziehungsweise 17,0% im Vergleich zu den Handelspartnern des Euro-Währungsgebiets. Die Leistungsbilanz war bereits von 1982 bis 1998 negativ. Ab 1999 weitete sich das Leistungsbilanzdefizit jedoch massiv aus; 2008 erreichte das Defizit 18% des BIP (vergleiche Abbildung 1).

Sowohl der Schuldenstand als auch das Budgetdefizit des Staates bewegten sich bereits im Vorfeld der Krise auf äußerst hohem Niveau. Zwischen 2000 und 2008 betrug das jährliche staatliche Budgetdefizit durchschnittlich rund 6 % der Wirtschaftsleistung (gemessen am BIP). Die Schuldenquote, also das Verhältnis von Schuldenstand zum BIP, war bereits zu Beginn der vorangehenden Dekade auf einem sehr hohen Niveau, nahm dann trotz eines weitgehend stabilen Wirtschaftswachstums von 105 % im Jahr 2001 auf 113 % im Jahr 2008 weiter zu (vergleiche Abbildung 2). Als im Oktober 2009 Griechenland die bisher veröffentlichten Defizitzahlen deutlich nach oben revidierte, ging das Vertrauen der Investoren in die Solvenz von Griechenland





Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland

daraufhin verloren. Diese Situation markierte den Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise.

Die Bewältigung der Überschuldungssituation in Griechenland im Rahmen eines makroökonomischen Anpassungsprogramms wurde als Schlüssel zur Eindämmung der Ansteckungsgefahren im übrigen Euroraum gesehen. Die Eurogruppe wählte in ihren Beischlüssen für ein Anpassungsprogramm einen breiten Ansatz, der Instrumente der finanz- und wirtschaftspolitischen Anpassung innerhalb Griechenlands mit neuen Wachstumsimpulsen, einer Beteiligung privater Gläubiger und einer Finanzmarktabschirmung verbindet. Das 2010 vereinbarte griechische Reformprogramm mit einem Volumen von bis zu 110 Mrd. € (80 Mrd. € bilaterale Kredite von den Euro-Mitgliedstaaten und 30 Mrd. € vom Internationalen Währungsfonds (IWF)) folgte der von IWF, Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (der sogenannten Troika), und der im Kreis der Mitgliedstaaten geteilten Erkenntnis, dass eine Kombination aus Strukturreformen, Institutionenaufbau zur Verbesserung der Standortbedingungen sowie ein Abbau der hohen öffentlichen Haushaltsdefizite und hohen öffentlichen Schulden Voraussetzung dafür ist, dass die griechische Wirtschaft nachhaltig, d. h. ohne eine übermäßige Zunahme der öffentlichen und privaten Verschuldung, wachsen kann. Im Rahmen des ersten bilateralen Griechenlandprogramms wurden von Mai 2010 bis Dezember 2011 Hilfskredite von insgesamt 73 Mrd. € an Griechenland ausgezahlt, darunter 52,9 Mrd. € von den Mitgliedstaaten des Euroraums.

Griechenland konnte die Zielvorgaben des ersten makroökonomischen Anpassungsprogramms nur teilweise erreichen. Negativ wirkten sich instabile Verhältnisse, soziale Unruhen und eine unzureichende Leistungsfähigkeit der Verwaltungsbehörden aus. Infolgedessen litt Griechenland unter einem deutlich steileren wirtschaftlichen Abschwung als in den Prognosen vorausgesagt. Im

Februar 2012 einigte sich die Eurogruppe mit Griechenland deshalb auf ein zweites wirtschaftliches Anpassungsprogramm mit einem Volumen von insgesamt 164 Mrd. € (bis Ende 2014), darunter entfallen 144,6 Mrd. € auf Kredite der EFSF, verbunden mit einer umfassenden Umschuldung unter Beteiligung des Privatsektors. Die EFSF-Hilfen teilen sich auf in rund 48 Mrd. € für die Bankenrekapitalisierung, 30 Mrd. € zuzüglich 5,5 Mrd. € für die Privatsektorbeteiligung sowie aufgelaufener Zinsen und 61 Mrd. € für die allgemeine Haushaltsfinanzierung.

Auch die Anfangsphase des zweiten Programms im Jahr 2012 war von starker Unsicherheit im Umfeld von zwei Parlamentswahlen geprägt. Dies führte zu weiteren Verzögerungen in der Umsetzung. Im Juni 2012 brachte die zweite Wahl eine Drei-Parteien-Koalition hervor, mit einem Mandat, das wirtschaftliche Anpassungsprogramm konsequent umzusetzen. Die Eurogruppe war daraufhin bereit, Griechenland zwei Jahre mehr Zeit für die Haushaltskonsolidierung einzuräumen. Im November 2012 wurden demgemäß umfassende Änderungen des Anpassungsprogramms beschlossen, die seitdem die Grundlage für den Reformprozess in Griechenland bilden.

#### 2 Reformerfolge des Anpassungsprogramms

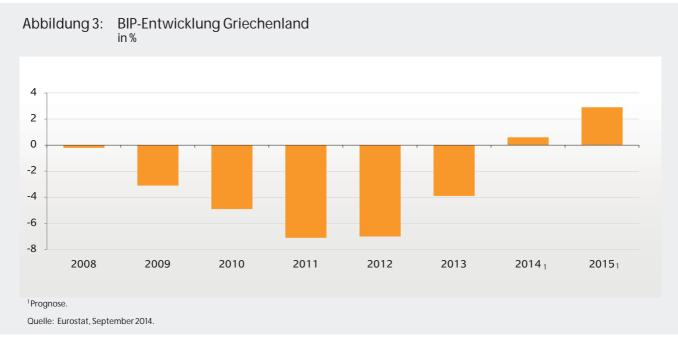
#### 2.1 Wirtschaftslage

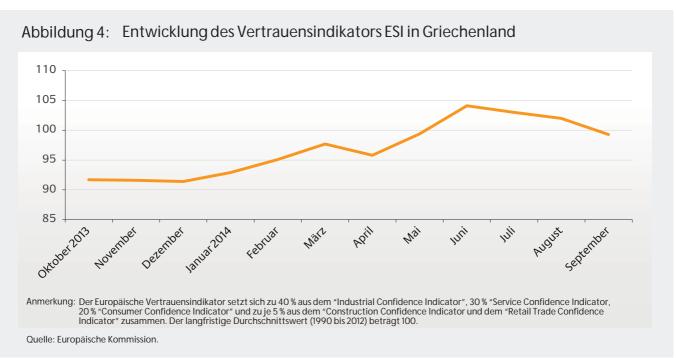
Griechenland hat bis heute wichtige Fortschritte bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise erzielt. Die Wachstumsperspektive hat sich deutlich stabilisiert (vergleiche Abbildung 3). Die Troika bestätigt, dass 2014 wieder mit leicht positivem Wirtschaftswachstum von 0,6 % in Griechenland zu rechnen ist. Das Rezessionstempo hat sich bereits 2013 mit einem Rückgang des negativen BIP-Wachstums von - 6,0 % im 1. Quartal 2013 (im Vorjahresvergleich) auf - 2,3 % im letzten Quartal 2013 deutlich

Zum Stand des Reformprozesses in Griechen I and

verlangsamt. Im 2. Quartal 2014 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt nur noch 0,2 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres: dies ist der beste Wert seit dem Jahr 2008 . Unter der Voraussetzung einer umfassenden Programmumsetzung ist 2015 laut Troika mit einer deutlichen Zunahme der Wachstumsdynamik zu rechen (+ 2,9 %).

Jüngste Wirtschaftsindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung hin. Der Vertrauensindikator ESI (Economic Sentiment Indicator) folgte in der ersten Jahreshälfte 2014 einem positiven Trend (vergleiche Abbildung 4). Ende des 3. Quartals 2014 fiel er allerdings, analog zu den Werten für den Euroraum insgesamt,





Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland

knapp unter den langfristigen Durchschnitt von 100.

Der sich abzeichnende Aufschwung wird wesentlich getragen durch den Tourismus, der in den vergangenen beiden Sommern dank der erhöhten Wettbewerbsfähigkeit und der vereinfachten Visaverfahren als Wachstumsmotor wirkte. Entsprechend führte die gute Urlaubssaison zu einem deutlichen Anstieg der Dienstleistungsexporte, wohingegen der Zuwachs bei den übrigen Exporten gering ausfiel. Zudem profitierte der private Konsum davon, dass die Preise etwas schneller sanken als erwartet, da sich der starke Rückgang der Lohnstückkosten zunehmend in den Verbraucherpreisen niederschlug. Dies wirkte sich positiv auf die Kaufkraft der Privathaushalte sowie die Dynamik der Wirtschaft aus. Diese Effekte trugen dazu bei, dass die temporären Folgen des Anstiegs der Grundsteuer und der Kürzung des Weihnachtsgelds für die verfügbaren Einkommen im zweiten Halbjahr 2013 aufgefangen werden konnten. Bei den Investitionen hat sich der Rückgang verlangsamt, dennoch blieben diese das ganze Jahr 2013 über weiterhin schwach.

Als Folge des zurückkehrenden Vertrauens ist Griechenland im April erstmalig nach vier Jahren wieder an den Markt für Staatsanleihen zurückgekehrt. Ein großes Interesse war Ausdruck des wiedergewonnenen Vertrauens der Anleger in den griechischen Staat und die griechische Wirtschaft. Im April 2014 wurde eine 5-jährige Anleihe mit einem Volumen von 3 Mrd. € zu 4,75 % platziert, gefolgt von einer 3-jährigen Anleihe im Umfang von 1,5 Mrd. € im Juli 2014 zu 3,375 %. Im September 2014 hat Griechenland ein Tauschangebot für T-Bills mit einer drei- bis sechsmonatigen Laufzeit gegen neue Staatsanleihen mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren unterbreitet und insgesamt 1,6 Mrd. € an T-Bills gegen 3-jährige (600 Mio. €) und 5-jährige (1 Mrd. €) Anleihen getauscht.

## 2.2 Abbau der Staatsschulden für tragfähige Staatsfinanzen

Aufgrund der nicht mehr tragfähigen Staatsfinanzen drohte Griechenland in den Jahren 2009 und 2010 die Staatsinsolvenz. Tragfähige Staatsfinanzen waren daher ein Hauptziel des Programms. Griechenland soll schrittweise, am Ende vollständig, an die Finanzmärkte zurückkehren. Erste Erfolge sind hier zu verzeichnen. Voraussetzung für die Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit war eine umfassende Schuldenumstrukturierung mit einem Schuldenschnitt für die privaten Anleihegläubiger. An dem Anleihetausch beteiligten sich im Ergebnis Anleihen im Wert von circa 199 Mrd. €. Private Gläubiger verzichteten bei dieser Transaktion auf 53.5 % des gezeichneten Nominalwerts der griechischen Staatsanleihen.

Auf diese Weise konnte Griechenland eine Perspektive zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit erhalten. Nach den Prognosen der Troika werden sich die Schulden im Jahr 2014 stabilisieren und ab 2015 vor dem Hintergrund einer Wachstumszunahme und eines deutlichen Primärüberschusses merklich zurückgehen. Ziel ist es, die Schuldenquote bis zum Jahr 2020 auf 124 % und bis 2022 auf unter 110 % des BIP zu senken. Der Anpassungspfad ist darauf ausgerichtet, gemäß den Bedingungen des Programms, einen gesamtstaatlichen Primärüberschuss von mindestens 1,5 % des BIP im Jahr 2014 und 3,0 % des BIP im Jahr 2015 zu erreichen. Für tragfähige Staatsschulden ist in Griechenland ein dauerhafter Primärüberschuss von rund 4.5 % des BIP erforderlich.

Griechenland hat 2012 die Haushaltsziele des Programms erreicht und im Jahr 2013 sogar das gesetzte Ziel eines ausgeglichenen Primärhaushalts gemäß

Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland

den Programmbedingungen übertroffen. Im Jahr 2014 wird Griechenland mit einem erwarteten Primärsaldo von 1.5 % und einem Defizit von 2,9 % des BIP (nach Programmdefinition) voraussichtlich das Maastricht-Defizitkriterium erstmals seit Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion unterschreiten (vergleiche Abbildung 5). Risiken bestehen nach Ansicht der Troika hinsichtlich der Effekte der umfassenden Einkommensteuerreformen, die im Jahr 2014 in Kraft getreten sind, aus Gerichtsurteilen zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit zuvor durchgeführter Lohn- und Rentenkürzungen für bestimmte Berufe sowie aus der angespannten Finanzlage im Gesundheitswesen.

Folgende Reformen sind die Eckpfeiler der griechischen Haushaltskonsolidierung:

 Eine Rentenreform, die als eine der bedeutendsten Leistungen des ersten Programms angesehen wird. Dabei wurde das tatsächliche Rentenalter um zwei Jahre auf 65 Jahre erhöht und die Mindestbeitragszeit zum Erhalt einer vollständigen Rente auf 40 Jahre festgelegt. Die in diesem Kontext getroffenen Maßnahmen haben die Lohnersatzquote gesenkt und führen zu einer Senkung des versicherungsmathematischen Defizits um 10 Prozentpunkte des BIP bis 2060. Im zweiten Anpassungsprogramm wurde die Reform durch Reformierung des Zusatzaltersvorsorgesystems und einer weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre fortgesetzt. Es wurde ein Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt, mit dem die Leistungen entsprechend den Beiträgen überprüft werden, um künftige Defizite im System zu vermeiden. Der geplante Anstieg der Rentenausgaben in den nächsten fünfzig Jahren wird auf 1,1 % des BIP bis 2060 begrenzt.

Im Gesundheitswesen wurden die öffentlichen Ausgaben für Arzneimittel durch entsprechende Reformen von 3,9 Mrd. € im Jahr 2010 auf rund 2,5 Mrd. € im Jahr 2013 gesenkt.



Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland

- Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor wurde seit 2010 um mehr als 20 % zurückgeführt. Durch Stellenabbau und Anpassungen der Löhne und Gehälter wurde eine erhebliche Senkung der Lohnund Gehaltskosten erzielt.
- Das Steuersystem und die Finanzverwaltung wurden im Laufe des vergangenen Jahres weitgehend umgestaltet und auf eine neue Basis gestellt. Die wichtigsten Reformen in diesem Kontext betreffen das Einkommensteuergesetz und die Steuerverfahrensordnung, mit denen die Bemessungsgrundlage verbreitert und die Vorschriften für die Steuerverwaltung modernisiert wurden.
- Ende 2013 wurde eine neue einheitliche Grundsteuer eingeführt. Die Steuer deckt sowohl Immobilien als auch Grundstücke ab und weitet die Steuerbemessungsgrundlage auf städtische und nichtstädtische Grundstücke sowie Wohn-, Gewerbe- und Industriegebäude aus. Zuvor wurden Grundstücke in städtischen Gebieten gering und Grundstücke in nichtstädtischen Gebieten gar nicht besteuert. Die Ausweitung der Bemessungsgrundlage auf Grundstücke soll zu mehr Gerechtigkeit und einer verbesserten wirtschaftlichen Effizienz bei der Grundstücksnutzung führen. Die Ausweitung der Bemessungsgrundlage ermöglicht geringere durchschnittliche Steuersätze auf Gebäude, womit wiederum Immobilieninvestitionen gefördert werden.
- Fortschritte wurden auch bei der Reform der Finanzverwaltung erzielt. Es wurde eine halbautonome Finanzverwaltung geschaffen mit Zuständigkeiten im Bereich Steuern und Zoll. Die Eintreibung von neu entstandenen Steuerschulden ist im Vergleich zu 2012 um 23 % gestiegen.

Demgegenüber verlief das griechische Privatisierungsprogramm enttäuschend.

Die erwarteten kumulierten Privatisierungserträge wurden bereits mehrfach nach unten korrigiert, zuletzt im Frühjahr 2014 auf kumuliert 22,3 Mrd. € bis 2020. Bis Ende 2013 hat Griechenland 2,6 Mrd. € Privatisierungserlöse erzielt. Durch die erfolgten Privatisierungen werden in den nächsten Jahren Investitionsimpulse erwartet.

## 2.3 Strukturreformen in den Bereichen Arbeits- und Produktmärkte

Erhebliche Fortschritte wurden in Griechenland bei der Wiedererlangung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erzielt. Die durchgeführten anspruchsvollen Arbeitsmarktreformen, etwa der umfassendere Einsatz dezentraler Tarifverhandlungen, ein geringerer Mindestlohn und die Senkung der Lohnnebenkosten, haben Griechenland ermöglicht, die Löhne und Gehälter anzupassen und die im letzten Jahrzehnt verlorene Wettbewerbsfähigkeit hinsichtlich der Lohnstückkosten nahezu vollständig wiederzuerlangen. Zwischen 2009 und 2014 beträgt der Rückgang der nominalen Lohnstückkosten in Griechenland voraussichtlich rund 15 % gegenüber einem Anstieg der Lohnstückkosten in diesem Zeitraum im Euroraum im Durchschnitt von rund 4 %.

Für die Wirkung von Strukturreformen ist es wichtig, dass Arbeitsmarktreformen und Gütermarktreformen gemeinsam umgesetzt werden, da sie – als komplementäre Reformen – im Zusammenspiel bessere Effekte erzielen: Arbeitsmarktreformen erhöhen das Arbeitsangebot; gleichzeitig steigern Gütermarktreformen durch Anreize für zusätzliche Investitionen die Arbeitsnachfrage. Zusammen führen sie zu höherer Beschäftigung.

Im Bereich Produktmarktreformen wurden in Schlüsselbereichen in Griechenland Fortschritte erzielt und damit die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert. In den Sektoren Baustoffe, Lebensmittelverarbeitung, Einzelhandel und Tourismus wurden in der ersten Jahreshälfte 2014

Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland

Wettbewerbshindernisse beseitigt. Mit Unterstützung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der griechischen Wettbewerbsbehörde deckte die Regierung über 300 Bestimmungen auf, die dem Wettbewerb in diesen Sektoren schaden. Das waren u. a. Beschränkungen für die Baustoffproduktion in den Bereichen Asphalt, Steinbrüche und Minen, für Bäckereien und Milcherzeugung, für die Lebensmittelbearbeitung, für Sonntagsverkauf, Sonderverkäufe und Rabatte, die Einrichtung von Apotheken und den direkten Kundenverkauf von rezeptfreien Medikamenten und deren Preisgestaltung sowie für Autovermietungen, Kreuzfahrten, Yachthäfen und Touristenbusse. In der Studie wurden außerdem Beschränkungen für Flächennutzung, Logistik und Lkw-Führerscheine sowie Drittparteiabgaben für Werbung, Zement und Mehl identifiziert. Es wird erwartet, dass die Abschaffung dieser Bestimmungen zu niedrigeren Preisen, besseren Produkten und höherer Produktivität führen werden. Ein ähnliches Vorgehen ist nun für die Branchen Großhandel, Telekommunikation, elektronischer Handel und verarbeitendes Gewerbe geplant. Die 2013 aktualisierten OECD-Indikatoren für die Gütermarktregulierung zeigen, dass Griechenland in den vergangenen fünf Jahren die größten Fortschritte erzielt hat, wenngleich es immer noch zu den OECD-Ländern mit einer relativ strengen Produktmarktregulierung gehört. Der OECD-Indikator für Produktmarktregulierung verbesserte sich um 0,47 Punkte (21%) während sich dieser im OECD Durchschnitt nur um 0,13 Punkte (8 %) verbesserte.

Auch die Vorschriften für freie Berufe in Griechenland gehörten Ende der 2000er Jahre zu den strengsten in den EU- und OECD-Ländern. Das schränkte den Wettbewerb ein, hielt die Firmengrößen klein und verhinderte Innovationen. Strikte Vorschriften führten auch zu hohen Aufschlägen und hohen Preisen für Dienstleistungen von Wirtschaftsprüfern, Architekten, Zollmaklern, Dockarbeitern,

Ingenieuren, Anwälten, Notaren und anderen. Die Dienstleistungen freier Berufe machten nur etwa 2,5 % der Wirtschaftsleistung und 7 % der Beschäftigten aus (OECD 2011); sie hatten aber große Ausstrahlungseffekte für die ganze Wirtschaft. Das erhöhte die Transaktionskosten von Unternehmen und verringerte die Kaufkraft der Verbraucher. In einem ersten Schritt verabschiedete die Regierung im Februar 2011 ein Rahmengesetz, mit dem der Grundsatz der Berufsfreiheit niedergelegt wurde. Durch die Gesetzesänderungen wurden u. a. Festpreise beziehungsweise obligatorische Mindestgebühren und die Vorschrift einer Verwaltungsgenehmigung für die Ausübung eines Berufs abgeschafft. Stattdessen ist nur eine einfache Mitteilung mit beigefügten entsprechenden Nachweisen erforderlich. Zunächst war der Geltungsbereich des Gesetzes nicht spezifiziert. Dieser wurde erst Anfang 2013 festgelegt. Die Regierung veröffentlichte im Juli 2013 eine Liste von über 150 Berufen, die unter das Gesetz fallen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Reformagenda stellt die Reform der unternehmensrechtlichen Vorschriften dar, insbesondere die Vereinfachung der Verfahren für Unternehmensgründungen. Zur Beseitigung der fragmentierten Registrierungsverfahren für Unternehmen und Datenbanken richtete die Regierung im Frühjahr 2011 ein allgemeines elektronisches Handelsregister ein. Neben der Vereinfachung der Verfahren für die Unternehmens-Registrierung führte Griechenland auch eine neue Unternehmensform ein: eine neue Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ohne Mindestkapitalvorschrift. Für solche Unternehmen gelten auch weitere Vereinfachungen, wie beispielsweise keine Sozialversicherungsbescheinigung, kein Beleg des offiziellen Firmensitzes und keine Erstellung einer Satzung durch einen Notar. Griechenlands Platzierung im Weltbank-Bericht zur Wirtschaftsfreundlichkeit 2014 ("Doing Business Report") hat sich dadurch im Bereich der Unternehmensgründungen um 111 Plätze von Position 147 auf 36 sprunghaft

Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland

verbessert, sodass Griechenland hier der weltweit schnellste Reformer ist. Verglichen mit anderen EU-Mitgliedstaaten ist die Platzierung allerdings immer noch relativ niedrig, was die Notwendigkeit unterstreicht, der vereinbarten Strukturreform-Agenda konsequent verpflichtet zu bleiben.

Das Anpassungsprogramm ist ferner ein Motor für die entscheidende Reform der öffentlichen Verwaltung. Griechenland fehlten zu Beginn des Anpassungsprogramms die Kapazitäten und Verfahren, um politische Strategien umzusetzen, die öffentlichen Finanzen zu verwalten, Steuern zu erheben, Märkte für den Wettbewerb zu öffnen, Wirtschaftsaktivität nicht durch unnötige Bürokratie zu belasten, das öffentliche Auftragswesen effizient und innovativ zu gestalten, Leistungen fristgerecht zu vergüten oder seinen Bürgern eine zeitnahe gerichtliche Überprüfung zu bieten.

#### 2.4 Bankensektor

Das griechische Bankensystem setzt sich aus rund 40 Kreditinstituten mit einer Bilanzsumme Ende 2013 von etwas mehr als 400 Mrd. € zusammen. Mehr als 85 % entfallen auf die vier signifikanten Kreditinstitute National Bank of Greece, Alpha Bank, Eurobank Ergasias und Piraeus Bank.

Für die Rekapitalisierung des griechischen Bankensektors wurden im Rahmen des zweiten makroökonomischen Anpassungsprogramms Mittel in Höhe von 48,2 Mrd. € in Form von EFSF-Anleihen zur Verfügung gestellt. Diese Anleihen wurden zur Kapitalisierung des griechischen Finanzmarktstabilisierungsfonds Hellenic Financial Stability Fund (HFSF) verwendet. Ende Juni 2013 wurde der HFSF durch die Rekapitalisierung der vier griechischen Kernbanken zum größten Aktionär dieser Institute. Drei Banken (National Bank of Greece, Alpha Bank und Piraeus) war es jedoch gelungen, mindestens 10 % des benötigten zusätzlichen Kapitals aus privaten Quellen zu gewinnen und damit unter privater Kontrolle zu bleiben, während eine Bank (Eurobank) vollständig

vom HFSF rekapitalisiert wurde. Anfang März 2014 wurde von der Bank of Greece das Ergebnis eines neuen Stresstests sowie einer Qualitätsprüfung der Bankaktiva zum Stichtag Juni 2013 veröffentlicht. Danach ergab sich im Basisszenario ein weiterer Kapitalbedarf der sechs wichtigsten griechischen Banken von rund 6,4 Mrd. €. Die Banken konnten in der ersten Jahreshälfte 2014 das benötigte Kapital vollständig von privaten Investoren einwerben. Die anhaltende Zuführung neuen Privatkapitals in die griechischen Banken ist ein Zeichen des Vertrauens und wird dazu beitragen, die privatwirtschaftliche Verwaltung griechischer Banken zu stärken. Nach den konsolidierten Bankdaten der Europäischen Zentralbank (EZB) hat sich die Kernkapitalquote (Tier 1) von Juni bis Dezember 2013 von 11,3 % auf 13 % erhöht.

Aktuell stehen dem HFSF für die Rekapitalisierung und Abwicklungen von griechischen Banken noch Mittel in Höhe von rund 11 Mrd. € zur Verfügung. Damit besitzt Griechenland eine ausreichende Risikovorsorge mit Blick auf die kommenden Bilanzprüfungen und Stresstests der EZB.

Eine große Herausforderung für die griechischen Banken stellt das hohe Niveau an notleidenden Krediten dar. Ende 2013 galten 32 % aller Kredite als notleidend. Das Niveau belastet die Banken, behindert die Vergabe neuer Kredite und beeinträchtigt damit die Finanzierung der Wirtschaft. Das aktuelle Memorandum des Anpassungsprogramms sieht in diesem Zusammenhang umfangreiche Maßnahmen wie ein verbessertes Management der notleidenden Kredite durch die Banken und verbesserte Regeln zur Privatinsolvenz vor.

# 3 Verbleibende Herausforderungen

In den kommenden Jahren muss sichergestellt werden, dass die notwendigen Strukturreformen weiterhin umgesetzt

Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland

werden. Die Verschiebung und unvollständige Umsetzung von Reformen könnten eine stetige Verbesserung des Beschäftigungs- und Produktivitätswachstums erschweren. Die zentralen Reformen in der Finanzverwaltung und der öffentlichen Verwaltung tragen erste Früchte. Verzögerungen könnten jedoch die Erzielung von Einnahmen gefährden, die den Haushaltsprognosen zugrunde liegen. Nach Einschätzung der Troika sind weitere Arbeitsmarktreformen erforderlich, um die Entwicklung hin zu einem modernen Regulierungsrahmen abzuschließen, der erforderlich ist, um in bedeutendem Umfang neue Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen anzulocken. Schließlich könnte die Fähigkeit der Banken, die Kreditversorgung auszuweiten und ein starkes und nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu unterstützen, durch unzureichende Fortschritte der Behörden und Banken bei der Abwicklung notleidender Kredite, der Bereinigung und Stärkung der Bankbilanzen mithilfe von privaten Anlegern und privatem Management und der Verbesserung der Zahlungsmoral ernsthaft untergraben werden.

Auf kurze und mittlere Sicht ist der Umgang mit der extrem hohen Arbeitslosigkeit eine der wichtigsten Herausforderungen. Griechenland verzeichnet mit 27 % (Juni 2014) die höchste Arbeitslosenquote in der EU. Ende 2013 haben die Behörden die Kriterien für die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung für Langzeitarbeitslose erweitert, dennoch ist weiterhin ein großer Teil dieser Personengruppe nicht berechtigt, diese erweiterte Leistung in Anspruch zu nehmen. Die Behörden haben einen Aktionsplan für Beschäftigung auf der Grundlage einiger aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen umgesetzt, um die sozialen Auswirkungen zu lindern. Kurzzeitige und befristete öffentliche Arbeitsprogramme wurden um 50 000 Stellen – hauptsächlich für Langzeitarbeitslose – erweitert und Praktika für 45 000 jugendliche Stellensuchende bei Arbeitgebern des privaten Sektors subventioniert. Im Juni 2014 betrug die Jugendarbeitslosigkeit 51,5 %. Die Einführung eines Jugendprogramms bis Ende 2014 ist nach Einschätzung der Troika von größter Bedeutung für die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und der Erleichterung des Übergangs von der Schule zum Arbeitsplatz.

Als weitere Herausforderung ist die Verbesserung der Finanzierungssituation von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Griechenland zu nennen. Weit über 90 % aller Unternehmen in Griechenland gehören dem KMU-Sektor an, sie stellen rund 80 % der Arbeitsplätze des Landes. Nach einer Studie der National Bank of Greece aus dem Jahr 2013 leiden etwa 30 % der KMU unter erheblichen Liquiditätsengpässen. Verbesserungen am Kapitalmarkt haben sich auch aktuell nicht auf die Kreditvergabe an KMU ausgewirkt. Es besteht ein großer Bedarf an flexibler Betriebsmittelfinanzierung, um den laufenden Geschäftsbetrieb aufrechterhalten zu können. Die Ablehnungsquote für Finanzierungsanfragen von KMU beträgt nach einer Studie der EZB rund 30 % und ist damit die höchste in der EU. Der Überwindung der Finanzierungs- und Liquiditätsengpässe kommt daher eine Schlüsselrolle für die Erholung der griechischen KMU und damit der ganzen Wirtschaft Griechenlands zu. Vor diesem Hintergrund wurde im Mai 2014 in Luxemburg die "Institution for Growth – Greek SME Finance" (IFG) gegründet. Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat hierzu technische Hilfe geleistet und wird ein Globaldarlehen von 100 Mio. € zum Aufbau effektiver Förderstrukturen bereitstellen. Diese Maßnahmen werden durch eine Garantie des Bundes abgesichert.

#### 4 Fazit und Ausblick

Das zweite makroökonomische Anpassungsprogramm läuft Ende des Jahres 2014 aus; das Programm des IWF Ende des 1. Quartals 2016. Die Finanzminister der Eurogruppe haben

Zum Stand des Reformprozesses in Griechen I and

wiederholt bekräftigt, zuletzt im Mai 2014, Griechenland während der Programmdauer und darüber hinaus bis zur Wiedererlangung des Marktzugangs unterstützen zu wollen, sofern Griechenland die Voraussetzungen und Ziele des Anpassungsprogramms erfüllt. Im Frühjahr 2014 hat die griechische Regierung für die nächsten Jahre eine Wachstumsstrategie "Greece 2021" präsentiert. Nach Auslaufen der Reformprogramme wird es wesentlich darauf ankommen, diese Strategie in ein konkretes Arbeitsprogramm für den weiteren Reformprozess zu überführen und konsequent umzusetzen.

Zwischenbil anz Finanzmarktregul ierung: Bestandsaufnahme und Perspektive

# Zwischenbilanz Finanzmarktregulierung: Bestandsaufnahme und Perspektive

- Die Bewältigung der globalen Finanzmarktkrise stellte die internationale Staatengemeinschaft vor eine große Herausforderung. Nur mit dem Einsatz von Steuergeldern konnte ein vollständiger Kollaps des gesamten Finanzsystems verhindert werden. Dies soll sich nicht wiederholen.
- Zur dauerhaften Stabilisierung des Finanzmarktes wurde in den vergangenen Jahren ein neuer Ordnungsrahmen geschaffen. Seit Herbst 2008 wurden auf europäischer und auf nationaler Ebene jeweils über 40 Maßnahmen zur Regulierung des Finanzsektors ergriffen. Die Märkte sind heute sehr viel stabiler als vor Ausbruch der Krise.
- Die Reformen sind noch nicht abgeschlossen. Weitere Reformmaßnahmen sind notwendig, um in Zukunft die Anfälligkeit gegenüber Finanzmarktkrisen zu vermindern.

1	Einleitung	.40
2	Hintergrund: Von der amerikanischen Subprime- zur globalen Finanzmarktkrise	
3	Herausforderung: Ein neuer Ordnungsrahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte	.42
4	Ausblick: Weitere Regulierungsmaßnahmen erforderlich	.45

# 1 Einleitung

Die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 markierte einen Höhepunkt der schwersten internationalen Finanzmarktkrise seit den 1930er Jahren. Erste Vorboten der amerikanischen Subprimekrise hatten bereits im Jahr 2007 auch europäische und deutsche Banken erfasst. Das ganze Ausmaß der Krise wurde jedoch erst offenbar, als – ausgelöst durch die Lehman-Insolvenz – rund um den Globus die Kapitalmärkte in Schockzustand gerieten und der Interbankenmarkt nahezu vollständig zum Erliegen kam.

Eine Bank nach der anderen meldete in ihrer Folge Milliardenabschreibungen; viele rutschten in tiefrote Zahlen. Traditionsreiche Finanzhäuser mussten mit staatlichen Mitteln gestützt oder über Nacht von Wettbewerbern übernommen werden. Weltweit versuchten die Regierungen und Zentralbanken, mit massiven Liquiditätshilfen die Märkte

zu beruhigen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Banken zu erhalten, z.B. indem sie das Schutzniveau für Spareinlagen erhöhten.

Auch in Deutschland mussten mit Steuermitteln Banken gerettet werden, um ein Ausbreiten der Krise auf den gesamten Finanzsektor mit unkalkulierbaren Folgen zu verhindern. In Rekordzeit wurden im Oktober 2008 Gesetzesvorhaben zur Bankenrettung verabschiedet, die Bürgschaften in einer Höhe von bis zu 400 Mrd. € und Beteiligungen an Kreditinstituten mit bis zu 80 Mrd. € erlaubten. Diese Hilfen wurden über den Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) geleistet, der bei der eigens gegründeten Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) eingerichtet wurde. Darüber hinaus dient der Fonds, dessen Laufzeit ursprünglich bis Ende 2009 befristet war, zur Abwicklung von Risikopositionen durch spezialisierte Abwicklungsanstalten. Diese "Bad Banks" haben maßgeblich zur Entlastung der

Zwischenbil anz Finanzmarktregulierung: Bestandsaufnahme und Perspektive

Bilanzen, namentlich der Hypo Real Estate und der Westdeutschen Landesbank, beigetragen.

Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise stellte die internationale Staatengemeinschaft vor große Herausforderungen. Dass ausgerechnet in Ländern, die traditionell in ihrer Wirtschaftspolitik einem liberalen Kurs folgen, Banken vom Staat gestützt werden mussten, wurde vielfach als "Sündenfall der Marktwirtschaft" beschrieben. Auch für Deutschland gilt: Die Rettung von Banken mit Steuergeldern darf sich nicht wiederholen. Gemeinsam mit ihren europäischen und internationalen Partnern hat die Bundesregierung daher in den vergangenen fünf Jahren einen neuen Ordnungsrahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Finanzsektors etabliert. Vertrauen in den Finanzsektor, das während der Krise verloren gegangen ist, wird so Schritt für Schritt wieder aufgebaut.

Im Folgenden werden die wichtigsten regulatorischen Maßnahmen dargestellt, die zur Neuordnung der Finanzmärkte ergriffen wurden (vergleiche auch Übersichten in Tabellen 1 und 2). Zur besseren Einordnung dieser Maßnahmen lohnt sich zunächst ein Blick auf die wichtigsten Auslöser und Ursachen der Finanzkrise. Abschließend werden im Rahmen eines Ausblicks künftige Regulierungsschwerpunkte skizziert.

# 2 Hintergrund: Von der amerikanischen Subprime- zur globalen Finanzmarktkrise

Als ein wesentlicher Auslöser der Finanzmarktkrise ab dem Jahr 2007 gelten die Verwerfungen auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt. Mit staatlichen Programmen waren dort über Jahrzehnte exzessive Anreize für den Kauf von Wohnimmobilien gesetzt worden. Hinzu kam nach dem 11. September 2001 eine

langandauernde Niedrigzinsphase, mit der die amerikanische Zentralbank die Konjunktur unterstützte.

Nachdem ab Ende 2005 das Zinsniveau wieder angestiegen war, wurden die Hauskäufer mit immer höheren Zinsen belastet. Das Modell, mit neuen Schulden fällige Schulden zu bedienen, konnte so nicht mehr funktionieren. Mitte 2006 brachen die Immobilienpreise im "Subprime"-Segment des amerikanischen Immobilienmarkts auf breiter Front ein mit der Folge, dass Hypothekendarlehen im großen Umfang notleidend wurden.

Diese Darlehen waren in komplexe Finanzprodukte strukturiert und weltweit an Investoren verkauft worden. Das regulatorische Umfeld für solche strukturierten Produkte war allerdings nicht ausreichend. Neben soliden Produkten entstanden zunehmend auch intransparente Produkte, sodass die zugrundeliegenden Risiken unterschätzt wurden. Bei der Strukturierung der Produkte waren die Banken von Ratingagenturen beraten worden, die diese sodann mit einem Rating versahen. Die Erstellung der Ratings war somit von einem Interessenkonflikt begleitet, und Investoren, die die strukturierten Produkte später erwarben, verließen sich zudem vielfach unkritisch auf die Ratings. Nach Ausbruch der Finanzmarktkrise wurden diese Papiere dann zum Teil kurzfristig und deutlich schlechter bewertet. Ihre Halter mussten daraufhin massive Abschreibungen vornehmen.

Zu den Erwerbern der Papiere gehörten auch Banken in Deutschland, die auf der Suche nach höchstmöglichen Renditen Investitionen in komplexe Finanzprodukte tätigten. Ob und inwieweit von den Banken die Risiken solcher Engagements in jedem Fall überschaut wurden, erscheint im Rückblick fraglich. Sicher ist jedoch, dass im Bankensektor falsche Anreizsysteme herrschten: Boni wurden auf Grundlage kurzfristiger Geschäftserfolge ausgeschüttet. Sie erreichten oftmals ein Vielfaches der Fixgehälter. Mittel- und

Zwischenbil anz Finanzmarktregul ierung: Bestandsaufnahme und Perspektive

langfristige Ergebnisse wurden nicht berücksichtigt. Festzuhalten bleibt, dass noch in den Jahren 2007 und 2008 – als Kleinanleger bereits massiv Geld verloren hatten – hohe Boni ausgeschüttet wurden.

Hohe Ausschüttungen an Mitarbeiter und Aktionäre trugen mit dazu bei, dass die Banken ihre Eigenkapitalbasis nicht hinreichend stärkten. Weltweit wurde während der Krise deutlich, dass die Banken zu stark verschuldet waren. Ihr Eigenkapital reichte nicht aus, eigene Verluste zu tragen. Gleichzeitig sahen Banken für sich wenig Anreize, risikoreiche Geschäfte zu vermeiden. In mehreren Fällen musste daher der Staat einspringen und Banken auffangen - die Institute waren "too big to fail". Den staatlichen Rettungsmaßnahmen lag dabei das Kalkül zugrunde, dass der Untergang einer systemrelevanten Bank für den Steuerzahler wesentlich kostspieliger gewesen wäre. Dennoch: Ein Grundpfeiler der Marktwirtschaft – das Haftungsprinzip – war damit im Bankensektor außer Kraft gesetzt worden.

Begünstigt wurde das Verhalten der Finanzmarktakteure durch ein politisches Umfeld, das die Grenzen einer Selbstregulierung der Märkte nicht hinreichend einschätzte. Die Risiken der global vernetzten Märkte wurden von den Regulatoren und der Politik nicht selten unterschätzt. Weltweit wurden die Regierungen daher ebenso wie die Märkte im Herbst 2008 von der Reichweite der Finanzmarktkrise überrascht.

# 3 Herausforderung: Ein neuer Ordnungsrahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte

Das globale Ausmaß der Krise erforderte eine globale Antwort. Im November 2008 trafen sich die G20-Staats- und -Regierungschefs erstmals zu einem Weltfinanzgipfel, um ihre Maßnahmen zur Bewältigung der Krise und ihrer Folgen aufeinander abzustimmen. Seitdem gibt es regelmäßige G20-Treffen. Entscheidungen der G20-Regierungschefs oder -Finanzminister bewirken wegen der Souveränität der vertretenen Staaten zwar keine unmittelbaren rechtlichen Bindungen. Als politische Selbstbindungen der Minister und Regierungs-bzw. Staatschefs sind diese Beschlüsse dennoch von überragender Bedeutung. Auf diese Weise haben die G20-Beschlüsse seit 2008 maßgeblich den Aufbau eines neuen, erstmals weltweit abgestimmten Regulierungsrahmens vorangetrieben. Ihre Empfehlungen haben in den vergangenen sechs Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass Risiko und Haftung wieder zunehmend zusammengeführt wurden, die Transparenz auf den Märkten erhöht und die Handlungsfähigkeit der Aufsichtsbehörden gestärkt wurde.

So beschloss die G20 zum Beispiel im November 2010, dass das neue Rahmenwerk des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht ("Basel III") global bis zum Jahr 2019 umgesetzt werden soll. Damit wird die Quantität, aber auch und nicht zuletzt die Qualität des haftenden Kapitals deutlich erhöht. Im Kern sehen die Regelungen vor, dass die Quote des harten Kernkapitals zukünftig auf 4,5 % mehr als verdoppelt wird. Für systemrelevante Banken gelten zudem weiter verschärfte Anforderungen. Darüber hinaus definiert "Basel III" erstmalig einheitliche globale Liquiditätsanforderungen. In der Europäischen Union wurden die neuen Baseler Anforderungen mit dem "Capital-Requirements-Directive-IV-Paket" zum 1. Januar 2014 umgesetzt.

Ebenfalls im Januar dieses Jahres ist in Deutschland das Trennbankengesetz in Kraft getreten. Kreditinstitute und Finanzgruppen, die Kundeneinlagen entgegennehmen, müssen ihr Eigengeschäft bis 2016 in eine selbständige Tochtergesellschaft ausgliedern, wenn sie bestimmte Schwellenwerte überschreiten. Auf europäischer Ebene wird zurzeit ein Verordnungsentwurf der

Zwischenbil anz Finanzmarktregul ierung: Bestandsaufnahme und Perspektive

Kommission diskutiert, der grundsätzlich das gleiche Ziel verfolgt.

Maßgeblich zur Überwindung der "too-bigto-fail"-Problematik trägt in Deutschland bereits das Restrukturierungsgesetz bei, das seit 2011 Instrumente für den Umgang mit Banken in Schieflage bereithält. Diese können danach unter Beteiligung der Anteilseigner sowie gegebenenfalls auch der Gläubiger saniert, reorganisiert und notfalls abgewickelt werden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) kann danach früher von einem Institut Sanierungsschritte fordern und durchsetzen. Kosten, die aus der Restrukturierung einer Bank entstehen, werden von der Gesamtheit der Institute getragen. Hierfür leisten sie eine "Bankenabgabe" an den Restrukturierungsfonds bei der FMSA.

Mit der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken (BRRD) wird nun europaweit verbindlich vorgeschrieben, dass zunächst Eigentümer einer Bank und dann ihre Gläubiger haften ("Bail-in"). Die Länder des Euroraums gehen dabei noch einen Schritt weiter: Ab 2015 bauen sie den "Single Resolution Fonds" (SRF) auf, der bis Ende 2023 mit circa 55 Mrd. € befüllt und von einer europäischen Abwicklungsbehörde verwaltet werden wird. Mit den Mitteln, die im SRF angespart werden, sollen in Zukunft systemrelevante Banken des Euroraums, die in Schieflage geraten sind, abgewickelt werden. Auch für den "Single Resolution Mechanism" (SRM) gilt dabei eine klare Haftungskaskade, nach der zunächst Eigentümer und Gläubiger haften. Erst wenn diese Mittel nicht ausreichen, kommt der SRF zum Einsatz. Der Steuerzahler wird geschützt, denn Steuergelder dürfen zukünftig erst dann zur Bankenrettung verwendet werden, wenn auch die Mittel des SRF vollständig aufgebraucht worden sind. Risiko und Haftung im Bankensektor werden so wieder zusammengeführt.

Der SRM tritt neben den einheitlichen Aufsichtsmechanismus ("Single Supervisory Mechanism", SSM), in dessen Rahmen die Europäische Zentralbank (EZB) und die nationalen Aufsichtsbehörden die Aufsicht über den Bankensektor im Euroraum gemeinsam ausüben. Dabei wird die EZB ab dem 4. November 2014 die unmittelbare Aufsicht über voraussichtlich mehr als 120 Banken und Bankengruppen (darunter rund 21 Banken und Bankengruppen in Deutschland) übernehmen. Die übrigen Banken im Euroraum werden weiterhin primär von den nationalen Aufsichtsbehörden. in Deutschland der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank), beaufsichtigt. Der SSM soll die einheitliche Umsetzung und Anwendung der Aufsichtsstandards im Euroraum gewährleisten und Aufsichtsarbitrage vermeiden.

Die einheitliche Bankenaufsicht und der einheitliche Bankenabwicklungsmechanismus bilden gemeinsam mit der überarbeiteten Einlagensicherungsrichtlinie die europäische Bankenunion. Diese löst Interessenkonflikte in der Bankenaufsicht und soll helfen, den Teufelskreis zwischen Bankenkrisen und Staatsverschuldung zu durchbrechen. Zusammen mit den erhöhten Eigenkapitalanforderungen und den Regelungen für Trennbanken trägt sie dazu bei, dass die Schieflage eines einzelnen Instituts in Zukunft nicht mehr das gesamte Finanzsystem bedrohen kann. Mit Hochdruck wird derzeit an den erforderlichen Gesetzen zur nationalen Implementierung der Bankenunion gearbeitet.

Auch die Regulierung der Vergütungssysteme des Finanzsektors schreitet voran. Das Financial Stability Board (FSB) hat 2009 Vergütungsstandards verabschiedet, mit dem Ziel, Anreizsysteme bei Banken zu etablieren, die übermäßige Risiken vermeiden. In der Europäischen Union (EU) sind seit Anfang dieses Jahres variable Vergütungsbestandteile auf die Höhe des Fixgehalts limitiert. Nur mit Zustimmung der Hauptversammlung kann die maximale Höhe eines Bonus auf die zweifache Höhe des Fixgehalts angehoben werden. Die Auszahlung von variablen Bonifikationen wird

Zwischenbil anz Finanzmarktregul ierung: Bestandsaufnahme und Perspektive

zudem zeitlich gestreckt, sodass langfristige Erfolge stärker berücksichtigt werden.

Über intransparente Kapitalmarktstrukturen und -produkte wurde das Finanzsystem weltweit mit Risiken infiziert, die insbesondere auf dem amerikanischen Immobilienmarkt entstanden. Zu den ersten Maßnahmen nach Ausbruch der Finanzmarktkrise zählten daher verschärfte Offenlegungspflichten für Verbriefungen (Basel II.5). In der EU (und später auch in den USA) wurden zudem durch Einführung obligatorischer Risiko-Selbstbehalte für die Banken wieder Anreize für eine vorsichtigere Kreditvergabe geschaffen.

Generell hat sich die G20 darauf verständigt, dass zukünftig kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt, von dem Risiken für die Stabilität des gesamten Finanzsystems ausgehen können, ohne angemessene Überwachung und Regulierung bleiben darf. Dieser Grundsatz ist insbesondere mit Blick auf das sogenannte Schattenbankensystem von Bedeutung. In der Europäischen Union wurden hierfür wichtige Gesetzgebungsvorhaben angestoßen. Ein Beispiel ist die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds, mit der u. a. Manager von Hedgefonds europaweit einheitlich reguliert wurden.

Das Ziel einer verbesserten Transparenz wird auch mit den neuen Vorschriften zum Derivatehandel verfolgt. Geschäfte mit Derivaten müssen in der Europäischen Union seit Februar 2014 speziellen Transaktionsregistern gemeldet werden. Nationale Aufsichtsbehörden, Zentralbanken sowie die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) erhalten anhand der Meldedaten einen besseren Überblick über die Geschäfte und deren Risiken. Ferner müssen standardisierte Derivate, die außerbörslich ("over the counter") gehandelt werden, künftig über zentrale Kontrahenten abgewickelt werden, für die strenge Aufsichtsanforderungen gelten.

Im Zusammenspiel mit den ebenfalls neu eingeführten Pflichten zur Risikominimierung bei Derivaten, die nicht zentral abgewickelt werden, bewirken die Abwicklungspflichten eine deutliche Verringerung der Risiken für das Finanzsystem.

Im Juni dieses Jahres wurde die Überarbeitung der europäischen Finanzmarktrichtlinie (MiFID II) abgeschlossen. Diese regelt umfassend die Wertpapiergeschäfte von Finanzinstituten und anderen Marktteilnehmern (z. B. Börsen oder elektronische Handelsplattformen). Deutschland ist hier zum Teil vorangegangen, wie z.B. in der Regulierung des Hochfrequenzhandels oder bei der Verbesserung des Anlegerschutzes. Zudem schränkt die MiFID II exzessive Handelsaktivitäten auf Warenderivatemärkten ein, indem sie Positions limits beim Kauf und Verkauf von Derivaten auf Rohstoffe vorschreibt. Weitere europäische Regulierungsmaßnahmen im Wertpapierbereich werden zukünftig Insidergeschäfte und Marktmanipulation erschweren (Marktmissbrauchsrichtlinie und -verordnung) sowie Fehler oder gar missbräuchliches Verhalten bei der Erstellung von Referenzwerten, z.B. dem LIBOR oder dem Euribor, eindämmen (Benchmarkverordnung). Darüber hinaus wurde die EU-Transparenz-Richtlinie überarbeitet und insbesondere um einheitliche Vorgaben zur Offenlegung des Beteiligungserwerbs unter Einsatz neuartiger Finanzinstrumente ergänzt.

Die G20 hat sich dazu verpflichtet, Ratingagenturen zukünftig zu regulieren und zu beaufsichtigen. Insbesondere sollen Ratingprozesse transparenter ausgestaltet werden. Um Interessenskonflikte zu vermeiden, sollen von den Agenturen keine Beratungsleistungen mehr für die von ihnen bewerteten Unternehmen erbracht werden dürfen. Darüber hinaus soll die Bedeutung externer Ratings für regulatorische Zwecke eingeschränkt werden. Die Umsetzung dieser Vorgaben erfolgte in der Europäischen Union mit der Ratingverordnung,

Zwischenbil anz Finanzmarktregul ierung: Bestandsaufnahme und Perspektive

die in den vergangenen Jahren stetig fortentwickelt wurde. Für alle Ersteller von Kreditratings besteht nunmehr eine Registrierungspflicht, die mit einem Prüfungsund Genehmigungsverfahren verbunden ist. Jede Ratingagentur, die in der Europäischen Union tätig ist, wird seit 2011 laufend von der ESMA beaufsichtigt.

Eine Lehre aus der Finanzmarktkrise ist, dass Regulierung nur so stark sein kann wie der Aufseher, der sie durchsetzt. Die internationale Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden wurde daher mit der Einrichtung von Aufsichtskollegien gestärkt. In der Europäischen Union sind drei eigenständige Aufsichtsbehörden für den Banken-, Versicherungs- und Wertpapierhandelsbereich gegründet worden. In Deutschland wurden die Kompetenzen und Befugnisse der Aufsicht erweitert. Sie ist heute in der Lage, frühzeitiger einzugreifen, um Gefahren für das Finanzsystem abzuwenden.

Ergänzt wird die mikroprudenzielle Aufsicht um neue makroprudenzielle Aufsichtsgremien, wie den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) und in Deutschland den Ausschuss für Finanzstabilität, der sich aus Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen, der BaFin und der Deutschen Bundesbank zusammensetzt. Diese gewährleisten, dass neben der individuellen Institutsaufsicht auch die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Systems als Ganzes im Auge behalten wird.

Ein Risiko für die Stabilität des Finanzsystems stellt das andauernde Niedrigzinsumfeld dar. Für Banken und Versicherer sind die niedrigen Zinsen eine große Herausforderung. Mit dem Lebensversicherungsreformgesetz, das am 7. August 2014 in Kraft getreten ist, hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, die es den Lebensversicherern ermöglichen, auch in Zukunft ihre Garantiezinszusagen zu erfüllen. Mit dem Gesetz werden die Überschüsse zwischen den Versicherungsunternehmen und den Versicherten gerechter verteilt und das Risikomanagement der Versicherer sowie

die Handlungsmöglichkeiten der Aufsicht gestärkt.

# 4 Ausblick: Weitere Regulierungsmaßnahmen erforderlich

Seit Herbst 2008 wurden auf europäischer und auf nationaler Ebene jeweils über 40 Maßnahmen zur Regulierung des Finanzsektors ergriffen. Die Banken sind heute wesentlich besser mit Kapital ausgestattet, und die Märkte sind sehr viel sicherer als vor Ausbruch der Krise. Vertrauen – ein unentbehrliches Gut für funktionierende Finanzmärkte – kehrt allmählich zurück.

Dennoch: Die Reformen sind noch nicht abgeschlossen. Nach wie vor lässt sich eine große Unsicherheit in Teilen des Bankensektors beobachten. Noch immer herrschen nicht die Strukturen auf dem Markt, die eine erneute Krise hinreichend sicher ausschließen. Die Bundesregierung wird daher keine Regulierungspause einlegen, sondern ihre Reformen fortführen.

Dabei wird nicht zuletzt angesichts der anhaltenden Wachstumsschwäche in einigen Ländern Europas zunehmend die Forderung laut, die Finanzmärkte stärker zur Wachstumsfinanzierung nutzbar zu machen. Die Finanzmarktregulierung kann zur Behebung der Wachstumsschwäche einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie die richtigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung der Unternehmen etabliert. Notwendige Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kann sie aber nicht ersetzen. Zugleich gilt, dass stets eine angemessene Balance zwischen der Förderung des Wachstums und der Stabilität der Finanzmärkte herzustellen ist. Nur stabile Finanzmärkte können eine nachhaltige Finanzierung der Unternehmen, Haushalte und Staaten in der Europäischen Union gewährleisten.

Zwischenbil anz Finanzmarktregulierung: Bestandsaufnahme und Perspektive

Besonders wichtig bleibt die weitere Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Stabilität des Bankensektors, damit die Banken ihrer Aufgabe bei der Kreditfinanzierung verlässlich und nachhaltig nachkommen können. Mit den Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals, zur Verbesserung der Aufsicht und zur Abtrennung besonders riskanter Geschäfte wurden dabei bereits wichtige Fortschritte erzielt. Auf internationaler Ebene (G20, FSB) werden zurzeit Maßnahmen entwickelt, die zu einer weiteren Verbesserung der Abwicklungsfähigkeit von Banken in Schieflage führen werden. Die verbindliche Vorgabe eines zusätzlichen Kapitalpuffers, um die Verlustabsorptionsfähigkeit von Banken zu erhöhen, ist ein Kernelement zur Bewältigung des "too-big-to-fail"-Problems. Die G20 wird hierzu auf ihrem Gipfel in Brisbane (November 2014) maßgebliche Beschlüsse fassen.

Neben der bankbasierten Finanzierung erhält die kapitalmarktbasierte Finanzierung zunehmend eine größere Bedeutung. Finanzierungsinstrumente außerhalb des Bankensektors, z. B. Kreditverbriefungen, stellen vielfach eine nützliche Alternative oder Ergänzung zur bankenbasierten Kreditfinanzierung dar. Insbesondere im Hinblick auf kleinere und mittlere Unternehmen besteht hier noch Verbesserungsbedarf. Dies gilt vor allem für jene Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Bankensektor weniger diversifiziert und leistungsfähig ist. Aber auch darüber hinaus wird die Bedeutung der Kapitalmarktfinanzierung wegen des weiterhin erforderlichen Bilanzabbaus der europäischen Banken zunehmen. Daher müssen weitere Schritte unternommen werden, um die Leistungsfähigkeit der marktbasierten Finanzierung dauerhaft sicher zu stellen. Bereits im März 2013 hat die Europäische Kommission ein Grünbuch veröffentlicht, in dem Vorschläge zur Verbesserung der langfristigen

Finanzierungssituation vorgestellt wurden. Mit dem Verordnungsentwurf über Europäische langfristige Investmentfonds (ELTIF), den die Europäische Kommission im Juni 2013 vorgelegt hat, sollen langfristige Investitionen in Unternehmen und Projekte erleichtert und gefördert werden. Deutschland hat darüber hinaus zusammen mit Frankreich eine Initiative zu Hochqualitätsverbriefungen ergriffen, mit der sowohl die Lehren aus der Finanzkrise gezogen als auch die Chancen berücksichtigt werden sollen, die diese Instrumente für die Finanzierung der Realwirtschaft bieten.

Die Stärkung der kapitalmarktbasierten Finanzierung darf jedoch nicht zu neuen Lücken in Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte führen. Vor diesem Hintergrund arbeiten die G20 und die Europäische Union an einer besseren Überwachung und, wo erforderlich, Regulierung von Kreditaktivitäten außerhalb des klassischen Bankensystems. Die G20 hat vor rund einem Jahr auf deutsche Initiative hin mit der "Roadmap Shadowbanking" konkrete Zielund Zeitvorgaben vereinbart, auf deren Basis verbleibende Arbeiten gesteuert werden. Diese Roadmap wurde bisher zeitgerecht abgearbeitet und soll auf dem G20-Gipfel in Brisbane fortgeschrieben werden.

Stärker in den Fokus der Finanzmarktregulierung rückt auch der finanzielle Verbraucherschutz. Er ergänzt die dargestellten Maßnahmen, die zur Regulierung der Finanzmärkte ergriffen wurden. Diese zeigen deutlich: Wichtige regulatorische Lehren aus der Finanzmarktkrise wurden gezogen. Nur durch umfassende Regulierungsmaßnahmen lässt sich eine Wiederholung derartiger Krisen verhindern. Deutschland wird sich daher auch zukünftig den Herausforderungen stellen, die aus der Dynamik der Finanzmärkte erwachsen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

 $Zwischenbil\, anz\, Finanz marktregul\, ierung:\, Bestandsaufnahme\, und\, Perspektive$ 

Tabelle 1: Wichtigste Vorhaben der Finanzmarktregulierung seit Oktober 2008 national

Vorhaben	Inkrafttreten	Ziele/wesentlicher Inhalt
Finanzmarktstabilisierungsgesetz	18. Oktober 2008	Stabilisierung des deutschen Finanzmarkts, Schaffung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und der Finanzmarktstabilisierungsanstalt.
Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz	8. April 2009	Schaffung des Rettungsübernahmegesetzes als "ultima ratio" für die Enteignung von Bank-Aktionären.
Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung	23. Juli 2009	Errichtung von institutsspezifischen Bad Banks für die Übertragung von strukturierten Wertpapieren auf hierfür eingerichtete Zweckgesellschaften.
Gesetz zur Verstärkung der Finanzmarkt- und der Versicherungsaufsicht	3. August 2009	Verstärkung der Eingriffsbefugnisse der BaFin in Krisenzeiten.
Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen	27. Juli 2010	Umsetzung der vom Financial Stability Board entwickelten internationalen Vergütungsstandards.
Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte	27. Juli 2010	Gesetzliches Verbot von ungedeckten Leerverkäufen deutscher Aktien und Staatsschuldtiteln der Eurozone sowie von Credit Default Swaps (CDS) auf Staatsanleihen der Eurozone, die keinen Absicherungszwecken dienen.
Restrukturierungsgesetz	Gestaffeltes Inkrafttreten zwischen dem 15. Dezember 2010 und dem 1. Januar 2011	Neue Instrumente zur Restrukturierung und Reorganisation von Banker sowie Errichtung eines Restrukturierungsfonds (Bankenabgabe) zur Finanzierung der neuen Maßnahmen.
Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes	Gestaffeltes Inkrafttreten zwischen dem 8. April 2011 und dem 1. November 2012	Errichtung einer Datenbank über Anlageberater, vertriebsverantwortliche und Compliance-Beauftragte bei der BaFin; Einführung von Produktinformationsblättern.
Gesetz zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts	Gestaffeltes Inkrafttreten zwischen dem 13. Dezember 2011 und dem 1. Januar 2013	Stärkung des Anlegerschutzes im Bereich des grauen Kapitalmarkts.
Gesetz zur Stärkung der deutschen Finanzaufsicht	Gestaffeltes Inkrafttreten zwischen 1. Januar 2013 und 1. März 2013	Einrichtung eines Ausschusses für Finanzstabilität sowie Einsetzung eines Verbraucherbeirats bei der BaFin.
Hochfrequenzhandelsgesetz	15. Mai 2013	Hochfrequenzhändler werden unter die Aufsicht der BaFin gestellt.
Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen	Gestaffeltes Inkrafttreten zwischen 13. August 2013 und 2. Januar 2014	Regelungen zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen, Trennung des Kundengeschäfts von Risiken aus spekulativen Geschäften sowie Strafbarkeitsregeln für Geschäftsleitungen von Banken und Versicherungen.
Lebensversicherungsreformgesetz	7. August 2014	An passung des regulatorischen Rahmens für Lebensversicherungen an die Herausforderungen des Niedrigzinsumfelds.
Kleinanlegerschutzgesetz	Derzeit in Vorbereitung; Inkrafttreten angestrebt für 1. Hälfte 2015	Verbesserter Schutz von Kleinanlegern, insbesondere am sogenannten Grauen Kapitalmarkt.

 $Zwischenbil\, anz\, Finanz marktregul\, ierung:\, Bestandsaufnahme\, und\, Perspektive$ 

Tabelle 2: Wichtigste Vorhaben der Finanzmarktregulierung seit Oktober 2008 Europäische Union

Vorhaben	Anwendung zum bzw. Umsetzung bis	Ziele/wesentlicher Inhalt
Verordnung über außerbörslich gehandelte Derivate (EMIR)	Gestaffelte Anwendung seit 16. August 2012	Umsetzung von G20-Vorgaben zum außerbörslichen Derivatehandel in Bezug auf Meldung und zentrale Abwicklung von Geschäften sowie Risikominderung bei nicht zentral abgewickelten Geschäften.
Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM)	22. Juli 2013	Europäischer Regelungsrahmen für Verwalter aller Investmentfonds, die nicht bereits der RL über Organismen für die gemeinsame Anlage in Wertpapieren (OGAW) unterfallen, d.h. u.a. Hedgefonds und Private-Equity-Fonds.
EU-Verordnung über Europäische Risikokapitalfonds (EuVECA)	22. Juli 2013	Einheitliche Regeln für den Vertrieb, die Zusammensetzung der Portfolios, die zulässigen Anlageinstrumente und Anlagetechniken sowie für Organisation, Verhaltensweise und Transparenz der Manager europäischer Risikokapitalfonds.
EU-Verordnung über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (EuSEF)	22. Juli 2013	Einheitliche Standards für die Zusammensetzung der Portfolien, möglicher Finanzinstrumente und geeigneter Anlageziele von Europäischen Fonds für soziales Unternehmertum (EuSEF). Ziel ist es, den Kapitalfluss an Sozialunternehmen zu verbessern.
Kapitaladäquanzverordnung und -richtlinie ("CRD-IV-Paket")	1. Januar 2014	Europäische Umsetzung von Basel III: Stärkung der Eigenkapitalbasis und Einführung von Liquiditätskennziffern bei Banken. Kappung der variablen Vergütung.
Verordnung zur Einrichtung eines Rahmenwerks für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen zuständigen Behörden und den nationalen benannten Behörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM-Rahmenverordnung)	15. Mai 2014	Aufteilung der Aufgaben innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) zwischen der EZB und den nationalen Aufsichtsbehörden.
Verordnung zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (SSM-Verordnung)	Übernahme der Aufsichtstätigkeit durch die EZB: 4. November 2014	Einrichtung eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM); Übertragung der direkten Aufsicht über bedeutende Banken und Bankengruppen im Euroraum auf die EZB.
Überarbeitung der Ratingverordnung	In Kraft seit 20. Juni 2013, zugehörige Richtlinie 2013/14/EU ist bis 21. Dezember 2014 umzusetzen	Reduzierung der Bezugnahme auf externe Ratings und Erhöhung ihrer Transparenz.
Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (BRRD)	1. Januar 2015	Einführung einer "Haftungskaskade" bei der Abwicklung von Banken. Bevor Abwicklungsfonds oder öffentliche Mittel eingesetzt werden können, ist Bail-in durch Gläubiger von mindestens 8 % der Gesamtverbindlichkeiten erforderlich.
Verordnung für einen einheitlichen Abwicklungs- mechanismus und einen einheitlichen Bankenabwicklungsfonds (SRM-Verordnung)	Schrittweise ab 1. Januar 2015; volle Übernahme ab 1. Januar 2016	Errichtung eines europäischen Abwicklungsfonds für Banken. Haftungskaskade/Gläubigerbeteiligung entsprechend BRRD.
Überarbeitung der Einlagensicherungsrichtlinie (DGSD)	1. Januar 2015	Weitere Harmonisierung der Anforderungen an nationale Einlagensicherungssysteme.
Richtlinie betreffendAufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II)	Umsetzung bis 31. März 2015; Anwendung ab 1. Januar 2016	Modernisierung und Harmonisierung der Versicherungsaufsicht.
Verordnung über Benchmarks	Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2015 angestrebt	Umfassende Vorgaben für die Ersteller, die Datenzulieferer und den Gebrauch von Benchmarks und Indizes.
Überarbeitung der TransparenzRichtlinie	26. November 2015	Überarbeitung der Vorgaben an Regelberichterstattung kapitalmarktorientierter Unternehmen sowie erweiterte Vorgaben zur Offenlegung des Erwerbs wesentlicher Beteiligungen.
Überarbeitung der Finanzmarktrichtlinie (MiFID II)	3. Juli 2016	Umfassende Regulierung des Wertpapiergeschäftes von Finanzinstituten und des Geschehens auf den Finanzmärkten (Börsen, elektronische Handelsplattformen).

 $Zwischenbil\, anz\, Finanz marktregul\, ierung:\, Bestandsaufnahme\, und\, Perspektive$ 

# noch Tabelle 2: Wichtigste Vorhaben der Finanzmarktregulierung seit Oktober 2008 Europäische Union

Vorhaben	Anwendung zum bzw. Umsetzung bis	Ziele/wesentlicher Inhalt
Überarbeitung der Marktmissbrauchsrichtlinie, Marktmissbrauchsverordnung	3. Juli 2016	Stärkung der Marktintegrität im Wertpapierbereich durch Verbot von Insider-Geschäften und Marktmanipulation.
Überarbeitung der Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (IORP II)	Umsetzung bis 31. Dezember 2016 (geplant), Anwendung ab 1. Januar 2017 (geplant)	Verbesserung der Geschäftsorganisation und Transparenz der Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung.
Verordnung zur Bankenstrukturreform	Noch offen	Bei Überschreitung von Schwellenwerten generelles Verbot des Eigengeschäfts und Beteiligung an Hedgefonds sowie Abtrennung risikoreicher Handelstätigkeiten und Übertragung auf eine separate rechtliche Einheit.
Verordnung über Geldmarktfonds	Noch offen	Erhöhung der Liquidität und der Stabilität von Geldmarktfonds.
Verordnung über Europäische Langfristige Investmentfonds (ELTIF)	Noch offen	Erleichterung und Förderung von langfristigen Investitionen in kleine und mittlere Unternehmen sowie Infrastrukturprojekte.
Verordnung zur Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften	Noch offen	Umsetzung von G20-/FSB-Vorgaben zur Schattenbankenregulierung.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die Bundesregierung erwartet für 2014 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um preisbereinigt 1,2 % (2015: 1,3 %). Damit fällt das Wachstum geringer aus als im April prognostiziert. Die seit mehreren Monaten verschlechterten Wirtschaftsdaten sprechen für eine vorübergehende konjunkturelle Verlangsamung im mittleren Jahresabschnitt.
- Der Arbeitsmarkt befindet sich weiterhin in einer soliden Verfassung. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen saisonbereinigt weiter zu und überschritten das Vorjahresniveau deutlich. Die Stimmungsindikatoren deuten auf einen sich moderat fortsetzenden Beschäftigungsaufbau hin.
- Im September belief sich die jährliche Inflationsrate auf 0,8 %. Weiterhin dämpften die Preise für Mineralölprodukte die Gesamtpreisentwicklung.

Die ungünstige Entwicklung der "harten" Industrieindikatoren und die Verschlechterung der Stimmung in den Unternehmen sprechen derzeit für eine vorübergehende Wachstumspause im mittleren Abschnitt dieses Jahres. Dabei waren in den Sommermonaten einige Konjunkturindikatoren durch Sondereffekte geprägt. So trug insbesondere die Lage der Ferien zu Verzerrungen bei, die die Konjunkturanalyse erschwerten.

Zuletzt dürften Vertrauensverluste der Marktteilnehmer im Gefolge der verschärften Sanktionen gegenüber Russland sowie die Fortdauer anderer geopolitischer Krisen die gesamtwirtschaftliche Aktivität gebremst haben. Ferner schlägt negativ zu Buche, dass sich die Wirtschaft im Euroraum und in einigen Schwellenländern schwächer entwickelte als erwartet.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung hängt entscheidend davon ab, inwieweit sich die Verunsicherung legt und der Optimismus wieder die Oberhand gewinnt. Darüber hinaus ist für die deutschen Unternehmen besonders wichtig, dass die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Euroraum, der wichtigsten Handelsregion deutscher Exporteure, wieder an Kraft gewinnt.

Die Indikatoren zusammengenommen ergeben derzeit ein ungünstigeres Konjunkturbild als dasjenige, das der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zugrunde gelegt wurde. Daher hat die Bundesregierung ihre Herbstprojektion (14. Oktober 2014) deutlich nach unten korrigiert. Für dieses Jahr wird eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität um preisbereinigt 1,2 % (Frühjahr: + 1,8 %) erwartet. Für das Jahr 2015 wird mit 1.3 % ein leicht höheres Wirtschaftswachstum als in diesem Jahr projiziert (Frühjahr: + 2,0 %). Auch die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose von einem geringeren BIP-Anstieg als im Frühjahr aus. Sie erwarten für 2014 eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität um preisbereinigt 1,3 % und für 2015 um 1,2 %.

Der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung der Bundesregierung liegt folgendes Bild zugrunde: Das Wirtschaftswachstum wird voraussichtlich in beiden Jahren rein rechnerisch von der Inlandsnachfrage getragen werden. Stützend wirkt dabei weiterhin der private Konsum, der im Jahr 2015 an Schwung gewinnen dürfte. Er profitiert von den deutlich steigenden verfügbaren Einkommen, die insbesondere aus einer

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Ausweitung der monetären Sozialleistungen und der Bruttolöhne und -gehälter resultieren. Im nächsten Jahr wird auch eine Zunahme der Selbständigen- und Vermögenseinkommen die verfügbaren Einkommen begünstigen. Darüber hinaus stärkt ein moderater Preisniveauanstieg die Kaufkraft der Verbraucher. Auch von den Investitionen werden im Prognosezeitraum positive Impulse ausgehen. Mit einem günstiger werdenden außenwirtschaftlichen Umfeld dürften die Ausrüstungsinvestitionen ab Ende dieses Jahres moderat expandieren. Die Investitionen in Bauten setzen ihren Aufwärtstrend fort. wobei vor allem der Wohnungsbau stützend wirkt. Dabei wird der Wohnungsbau von den steigenden Einkommen der privaten Haushalte und den niedrigen Zinsen begünstigt. Auch der Wirtschaftsbau dürfte allmählich an Kraft gewinnen. Positive Wachstumsimpulse werden ebenfalls von einer moderaten Ausweitung der Exporte erwartet. Diese stärken über verschiedene Transmissionskanäle auch die Binnenwirtschaft. Daher wird erwartet, dass die Importe kräftiger steigen als die Ausfuhren. Damit dürfte der Außenbeitrag in beiden Jahren rein rechnerisch negativ sein.

Für einen moderaten Exportanstieg sprechen die aktuellen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. So geht der Internationale Währungsfonds (IWF) in seiner jüngsten Prognose (Oktober 2014) zwar von einem Anstieg des Welt-BIP um 3,3 % in diesem und 3,8 % im nächsten Jahr aus, aber die Erwartungen vom Juli wurden damit leicht nach unten revidiert. Dabei wurde berücksichtigt, dass die Erholung im Euroraum nur schleppend erfolgt. Auch einige Schwellenländer zeigen eine ungünstigere Entwicklung als noch im Juli angenommen. Positiv ist jedoch der sich abzeichnende deutliche Aufschwung in den USA und Großbritannien zu vermerken. Trotz eines Rückgangs im August zeigen die Auftragseingänge aus den Ländern außerhalb des Euroraums einen Aufwärtstrend. Insgesamt dämpften rückläufige Auftragseingänge aus den Euroländern

jedoch die Auslandsnachfrage. Für eine verhaltene Exportdynamik spricht auch die Verschlechterung der Stimmungsindikatoren (ifo Exporterwartungen, ifo Exportklima), die besonders von einer Verunsicherung aufgrund der anhaltenden geopolitischen Krisen geprägt sein dürfte.

Am aktuellen Rand (August) gingen die nominalen Warenexporte gegenüber dem Vormonat in saisonbereinigter Betrachtung um 5,8 % zurück. Die nominalen Warenimporte verringerten sich im August den zweiten Monat in Folge. Die Ausfuhrund Einfuhrtätigkeit im August wurde insbesondere durch die späte Lage der Ferien gedämpft. Im Zweimonatsvergleich (saisonbereinigt Juli/August gegenüber Mai/Juni) wurden die Exporte dennoch merklich ausgeweitet, während die Importe leicht rückläufig waren.

Nach Ursprungswerten war kumuliert über den Zeitraum Januar bis August eine Ausweitung der Ausfuhren um 2,8 % und der Einfuhren um 1,8 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau zu beobachten. Nach Regionen stieg der Außenhandel (Ursprungslandprinzip Januar bis Juli) mit den Ländern der EU gegenüber dem Vorjahr kräftig an. Dabei expandierte das Export- und Importgeschäft mit den Ländern des Nicht-Euroraums der EU sehr deutlich (um + 10,1% beziehungsweise um + 8,1%). Der Handel mit den Ländern des Euroraums wurde ebenfalls ausgeweitet, jedoch in geringerem Tempo (+ 2,9 % beziehungsweise + 2,4 %). Die Exporte in Drittländer nahmen geringfügig zu (+ 0,5 %), während die Importe stagnierten.

Der Leistungsbilanzüberschuss lag kumuliert über den Zeitraum Januar bis August bei 126,1 Mrd. € und überschritt damit das entsprechende Vorjahresniveau um 13,5 Mrd. €. Dies resultierte vor allem aus einem höheren Überschuss im Warenhandel – zu dem nicht zuletzt auch die niedrigen Importpreise für Öl und Erdgas beitrugen –, aber auch aus einer weniger negativen Dienstleistungsbilanz.

 $Konjunkturentwicklung\,aus\,finanzpol\,it is cher\,Sicht$ 

# Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2013	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt	Vorjahr				
	bzw. Index	Vorjahr in %	4. Q. 13	1. Q. 14	2. Q. 14	4. Q. 13	1. Q. 14	2. Q. 14		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,1	+0,1	+0,4	+0,7	-0,2	+1,0	+2,5	+0,8		
jeweilige Preise	2 809	+2,2	+0,9	+1,2	+0,3	+2,9	+4,5	+2,6		
Einkommen										
Volkseinkommen	2 100	+2,2	+1,0	+1,6	-0,3	+3,3	+4,9	+2,1		
Arbeitnehmerentgelte	1 428	+2,8	+0,9	+1,1	+0,7	+2,8	+3,8	+3,6		
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	672	+0,9	+1,3	+2,7	-2,2	+4,5	+7,0	-1,2		
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 682	+1,8	-0,5	+0,6	+0,7	+1,8	+2,3	+2,1		
Bruttolöhne und -gehälter	1 166	+3,0	+0,7	+1,2	+0,7	+3,0	+3,9	+3,7		
Sparen der privaten Haushalte	157	-1,3	-1,5	+2,9	-0,0	+1,6	+3,5	+2,9		
		2013			Veränderung ir	n % gegenüb	er			
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjahr			
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Jul 14	Aug 14	Zweimonats- durchschnitt	Jul 14	Aug 14	Zweimonats durchschnit		
in jeweiligen Preisen										
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1 094	-0,2	+4,8	-5,8	+2,2	+8,5	-1,1	+3,9		
Waren-Importe	896	-1,1	-1,4	-1,3	-0,3	+1,0	-2,4	-0,6		
in konstanten Preisen von 2010										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	106,4	+0,1	+1,6	-4,0	-0,3	+2,7	-2,8	+0,0		
Industrie <sup>2</sup>	107,8	+0,3	+2,3	-4,8	-0,0	+4,5	-2,2	+1,3		
Bauhauptgewerbe	105,6	-0,2	+1,0	-2,0	+0,7	-0,7	-2,6	-1,6		
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)										
Industrie <sup>2</sup>	105,8	-0,0	+0,8	-2,9	-0,2	+4,6	-0,1	+2,3		
Inland	103,2	-1,5	+1,3	-4,1	-0,2	+3,3	-2,3	+0,5		
Ausland	108,5	+1,4	+0,4	-1,7	-0,0	+5,9	+2,3	+4,2		
Auftragseingang (Index 2010 = 100)										
Industrie <sup>2</sup>	106,1	+2,8	+4,9	-5,7	+0,6	+5,9	-1,3	+2,4		
Inland	101,8	+0,9	+1,5	-2,0	-0,3	+1,5	-2,2	-0,3		
Ausland	109,5	+4,2	+7,5	-8,4	+1,3	+9,3	-0,6	+4,6		
Bauhauptgewerbe	111,3	+2,2			+8,1	-4,8		-7,6		
Umsätze im Handel										
(Index 2010 = 100) Einzelhandel	101,4	+0,2	-1,1	+2,5	+0,7	+1,0	+0,1	+0,5		
(ohne Kfz und mit Tankstellen) Handel mit Kfz	101,9	-1,3	+0,6		-0,2	+2,8		+0,8		

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$ 

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2013	Veränderung in Tausend gegenüber								
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorp	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr							
	Mio.	Vorjahr in %	Jul 14	Aug 14	Sep 14	Jul 14	Aug 14	Sep 14			
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,95	+1,8	-12	+4	+13	-43	-44	-41			
Erwerbstätige, Inland	42,28	+0,6	+43	+26		+341	+355				
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,62	+1,1	+30			+528					
		2013	Veränderung in % gegenüber								
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber Vorjahr in %		Vorperiode Vorjahr							
2010 - 100			Jul 14	Aug 14	Sep 14	Jul 14	Aug 14	Sep 14			
Importpreise	105,9	-2,6	-0,4	-0,1		-1,7	-1,9				
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	106,9	-0,1	-0,1	-0,1		-0,8	-0,8				
Verbraucherpreise	105,7	+1,5	+0,3	+0,0	+0,0	+0,8	+0,8	+0,8			
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden						
gewerbliche Wirtschaft	Feb 14	Mrz 14	Apr 14	Mai 14	Jun 14	Jul 14	Aug 14	Sep 14			
Klima	+14,8	+13,7	+14,7	+13,1	+11,7	+8,5	+5,3	+2,3			
Geschäftslage	+17,1	+18,6	+18,8	+17,8	+17,8	+14,2	+10,9	+9,7			
Geschäftserwartungen	+12,6	+8,9	+10,7	+8,5	+5,8	+3,1	-0,2	-4,8			

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Die industrielle Aktivität schwächte sich im bisherigen Verlauf des 3. Quartals ebenfalls ab. So wurde die Industrieproduktion im August saisonbereinigt kräftig zurückgefahren, was vor allem auf einen Rückgang der Investitionsgüterherstellung um saisonbereinigt 8,8 % zurückzuführen war. Im Zweimonatsvergleich stagnierte die Industrieproduktion jedoch. Stützend wirkte dabei eine leichte Ausweitung der Konsumgüterherstellung, während die Produktion von Investitionsgütern gedämpft durch einen spürbar rückläufigen Kraftfahrzeugbau - ein leichtes Minus verzeichnete und die Vorleistungsgütererzeugung auf dem Niveau der Vorperiode verharrte.

Mit der rückläufigen Industrieproduktion im August ging ein Umsatzminus einher, das im Inland höher ausfiel als im Ausland (saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat). Im Zweimonatsvergleich stagnierten die saisonbereinigten Umsätze insgesamt sowie auf inländischen und ausländischen Märkten nahezu. Dabei wirkte der Anstieg des Auslandsumsatzes mit dem Euroraum um 2,1% stützend, während der Umsatz gegenüber den Ländern außerhalb des Euro-Währungsgebiets rückläufig war (-1,4%).

Die Abschwächung der industriellen Aktivität im August ist insbesondere auf die Wirkung von Sondereffekten zurückzuführen.
Nachdem die Industrieproduktion im Juli durch den späten Ferienbeginn begünstigt wurde und die Auftragseingänge von einem überdurchschnittlich hohen
Volumen an Großaufträgen profitierten, zeigte sich im August eine Gegenreaktion.
Im Zweimonatsvergleich werden die Effekte durch die Lage der Ferien und die Großaufträge nahezu ausgeglichen. Dennoch war die industrielle Aktivität insgesamt schwach, was insbesondere aus spürbar negativen Impulsen aus dem Bereich des

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Kraftfahrzeugbaus resultierte. Stützend wirkte dagegen der Maschinenbau, bei dem sowohl die Produktion als auch die Inlandsaufträge im Juli und im August deutlich ausgeweitet wurden (Zweimonatsvergleich saisonbereinigt + 2,5 % beziehungsweise + 4,6 % gegenüber der Vorperiode).

Die Bauproduktion ging im August saisonbereinigt merklich zurück. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich dennoch eine leichte Aufwärtsbewegung. Diese resultiert jedoch ausschließlich aus der Produktionsausweitung im Ausbaugewerbe (+ 2,5 % gegenüber der Vorperiode). Die Produktion im Tiefbau und im Hochbau war mit jeweils 1,0 % rückläufig. Die Indikatoren für das Baugewerbe deuten in unterschiedliche Richtungen, sodass es schwierig ist, eine mögliche Entwicklungstendenz zu erkennen. Die Baugenehmigungen im Hochbau sowie der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe stiegen im Juli deutlich an. Bei beiden Indikatoren zeigt sich allerdings im Zweimonatsvergleich (Juni/Juli gegenüber Vorperiode) ein Abwärtstrend. Bei den Aufträgen war dies auf rückläufige Bestellungen im Tief- und im Wohnungsbau zurückzuführen. Der Hochbau ohne Wohnungsbau zog dagegen im Juni/Juli an. Die Stimmung im Bauhauptgewerbe trübte sich im 3. Quartal jedoch merklich ein.

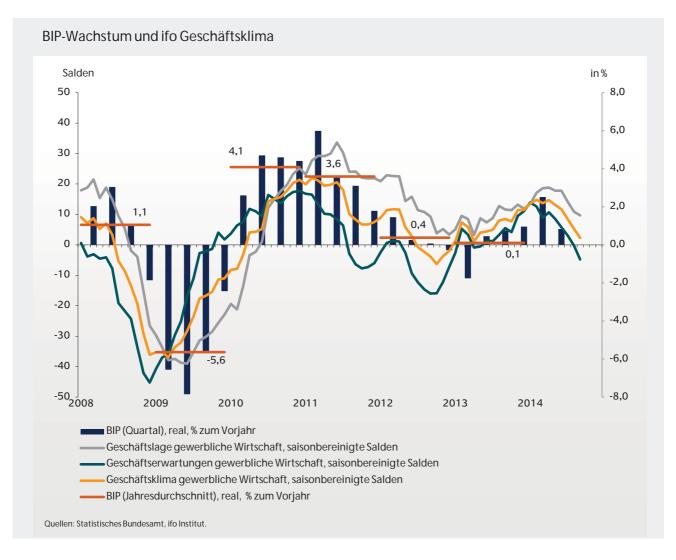
Der private Konsum dürfte auch im 3. Quartal die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität begünstigt haben. So zeigen in saisonbereinigter Betrachtung der Einzelhandelsumsatz ohne Kraftfahrzeuge sowie die Neuzulassungen von privaten Kraftwagen einen leichten Aufwärtstrend, nachdem sie im August um 2,5 % beziehungsweise 5,1% gegenüber dem Vormonat angestiegen waren. Die Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) belegt, dass die Stimmung der Verbraucher nach wie vor gut ist und sich auf einem hohen Niveau befindet. Allerdings erwarten die Konsumforscher für Oktober zum zweiten Mal in Folge eine leichte

Verschlechterung des Stimmungsindikators. Dabei spricht der erneute deutliche Rückgang der Konjunkturerwartungen für die zunehmende Sorge der Verbraucher hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund der sinkenden Konjunkturaussichten verringerten sich auch die Einkommenserwartungen und infolgedessen die Anschaffungsneigung. Eine wesentliche Ursache für die weniger optimistische Stimmung der Verbraucher dürften die geopolitischen Krisenherde und die konjunkturelle Schwäche im Euroraum sein. Die Beschäftigungsexpansion und steigende Einkommen bei niedriger Inflation stützen dagegen die Einkommenserwartungen sowie die Anschaffungsneigung und halten das GfK-Konsumklima weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Anschaffungsneigung wird auch durch die niedrigen Zinsen begünstigt, die dazu beitragen, dass die Konsumenten gemäß GfK-Umfrage weniger sparen wollen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor günstig. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen saisonbereinigt weiter zu. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen stieg im August um 26 000 Personen an, nach 43 000 Personen im Juli und 25 000 im Juni. Der Aufwärtstrend setzt sich somit fort. Nach Ursprungswerten lag die Erwerbstätigenzahl bei 42,82 Millionen Personen. Das Vorjahresniveau wurde somit um 0,8 % überschritten.

Nach Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit belief sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Juli auf 30,12 Millionen Personen. Gegenüber dem Vorjahr waren 528 000 Personen (+ 1,8 %) mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Insbesondere die Wirtschaftszweige Immobilien, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, Heime und Sozialwesen, Metall- und Elektroindustrie sowie das Gesundheitswesen konnten dabei die größten Anstiege verzeichnen.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



Saisonbereinigt überschritt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung das Vormonatsniveau um 30 000 Personen.

Für die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ergab sich im September ein leichter Anstieg von 12 000 Personen gegenüber dem Vormonatsniveau. Hierzu dürfte zum Teil eine geringere Entlastungswirkung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beigetragen haben. Im Durchschnitt des 3. Quartals nahm die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl um 9 000 Personen gegenüber dem Vorquartal zu. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach Ursprungswerten betrug im September 2,81 Millionen Personen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,1 Prozentpunkte gegenüber September 2013. Im 3. Quartal

waren insgesamt rund 43 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr.

Die Stimmungsindikatoren deuten auf eine moderate Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus hin. Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften ist weiterhin hoch, wie der wiederholte Anstieg des BA-X-Stellenindex zeigt. Laut des ifo Beschäftigungsbarometers dürfte sich der moderate Beschäftigungsaufbau fortsetzen, wenngleich die Einstellungsbereitschaft zuletzt leicht zurückging. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg das Beschäftigungsbarometer nach drei Rückgängen in Folge wieder an. Der Personalbedarf im Dienstleistungssektor ist hingegen leicht rückläufig, dennoch können aufgrund des hohen Niveaus des Indikators weiterhin Neueinstellungen erwartet werden.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt stabil bleibt. So dürfte im Jahr 2014 die Arbeitslosigkeit um 40 000 Personen und im Jahr 2015 um 20 000 Personen leicht zurückgehen. Die Erwerbstätigkeit wird dagegen voraussichtlich in diesem Jahr deutlich steigen (+ 0,8 %). Für das nächste Jahr wird angesichts des bereits erreichten hohen Beschäftigungsniveaus eine weniger dynamische Aufwärtsentwicklung erwartet (+ 0,4 %).

Auch im Prognosezeitraum setzt sich die Tendenz fort, dass die positive Beschäftigungsentwicklung sich nicht mehr in einem entsprechend deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit widerspiegelt. Zum einen speist sich der Beschäftigungsaufbau zu einem großen Teil aus einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund von Zuwanderung und gestiegener Erwerbsneigung. Zum anderen weisen die Profile der Arbeitslosen in berufsfachlicher, qualifikatorischer und regionaler Hinsicht eine unzureichende Übereinstimmung mit der Arbeitskräftenachfrage auf.

Im September war ein moderater Anstieg des Verbraucherpreisniveaus zu verzeichnen. Mit 0,8 % war die jährliche Inflationsrate genauso hoch wie in den beiden Monaten zuvor. Verantwortlich hierfür ist vor allem die weitere Verbilligung von Energieprodukten. So hat sich die Entlastungswirkung des Energiepreises mit einem Rückgang in Höhe von 2,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat weiter erhöht (Energiepreise Juli - 1,5 %, August - 1,9 %). Dies zeigt sich auch im weiteren Rückgang des Rohölpreises auf dem Weltmarkt. Der Preis für ein Barrel Öl der Sorte Brent in US-Dollar lag im September 14 % unter seinem Vorjahresniveau (August 10%). Ursache für diese Entwicklung dürfte die moderate weltweite konjunkturelle Entwicklung und die gute Angebotslage auf dem Weltölmarkt sein. Die geopolitischen

Spannungen führten bisher nicht zu einer Verknappung des Erdölangebots.

Auf den dem privaten Verbrauch vorgelagerten Preisstufen hielt der Preisniveaurückgang im August an. Der Erzeugerpreisindex unterschritt das Vorjahresniveau wie auch bereits im Juli um 0,8 %. Dies war vor allem auf eine Verbilligung der Erzeugerpreise für Energiegüter zurückzuführen (- 3,1% gegenüber dem Vorjahr). Die Erzeugerpreise ohne Berücksichtigung von Energie lagen um 0,2 % höher als im August 2013. Der Rückgang der Importpreise setzte sich im August mit 1,9 % gegenüber dem Vorjahr fort. Der Verbilligung der Einfuhr von Energieprodukten (-11,2 % gegenüber Vorjahresmonat) hatte den größten Einfluss auf die Entwicklung des Gesamtpreisniveaus der Importe. Insbesondere die Preise für Erdgas (- 22,5 %), aber auch für Erdöl (-7,6%) und Mineralölerzeugnisse (-6,9%) sanken spürbar. Der Einfuhrindex ohne Energie verringerte sich im August gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,1%.

Eine deutliche Zunahme der Inflation auf der Konsumentenstufe wird nicht erwartet, da die Import- und Erzeugerpreise bis zuletzt gesunken sind. Sollte sich die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar fortsetzen, könnte es zu einer Verteuerung der Importe aus den Ländern außerhalb des Euroraums kommen. Die Befragung der GfK hinsichtlich der Preiserwartung ergab, dass die Verbraucher für den September ihre Preiserwartungen wiederum senkten und damit von einer moderaten Entwicklung der Verbraucherpreise ausgehen. Dies erwartet auch die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion mit einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um 1,1 % im Jahr 2014 und um 1,6 % im nächsten Jahr. Die Kerninflation (Verbraucherpreisindex ohne Preise für Energie und Nahrungsmittel) dürfte dabei leicht über ihrem zehnjährigen Durchschnitt liegen (1,6 % bzw. 1,4 %).

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2014

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2014

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im September 2014 im Vorjahresvergleich insgesamt um 4,7 % gestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 % zu. Zu dieser Entwicklung trugen bis auf die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge alle gemeinschaftlichen Steuern bei. Das Ergebnis der nichtveranlagten Steuern vom Ertrag (+ 38,3 %) ist allerdings aufgrund eines Sondereffekts überzeichnet. Die Bundessteuern konnten um 2,8 % zulegen; das Aufkommen der Ländersteuern nahm um 16,8 % zu. Die Zölle - als reine EU-Einnahmen - lagen um 5,6 % über dem Vorjahreswert.

#### Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im September 2014 um 8,9 % über dem Vorjahresniveau. Hierzu trugen neben den Steuereinnahmen auch geringere EU-Eigenmittelabrufe (- 55,2 %) bei. Für das Gesamtjahr wird jedoch weiterhin mit einem leichten Anstieg um 2,8 % gerechnet. Das Aufkommen des Bundes aus den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 4,8 %. Die ausschließlich dem Bund zustehenden Bundessteuern lagen 2,8 % im Plus.

Die Steuereinnahmen der Länder legten im Monat September 2014 um 5,1% zu. Auch hier schlug die positive Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern zu Buche. Zudem konnten die reinen Ländersteuern im direkten Vorjahresvergleich um 16,8 % zulegen.

Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 3,9 % an.

#### Entwicklung im Zeitraum Januar bis September 2014

In den Monaten Januar bis September 2014 stieg das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne reine Gemeindesteuern) um 3,0 %. Die gemeinschaftlichen Steuern konnten sich bis September 2014 um 3,8 % verbessern. Die Bundessteuern verringerten sich – insbesondere aufgrund der Auswirkungen der den Unternehmen nach Beschluss des Finanzgerichts Hamburg gewährten Aussetzung der Vollziehung auf das Aufkommen der Kernbrennstoffsteuer – um 2,3 %. Die Ländersteuern legten um 12,2 % zu; die Zölle stiegen um 6,8 %.

#### Gemeinschaftliche Steuern

Die anhaltend gute Beschäftigungslage und steigende Löhne sorgten bei der Lohnsteuer weiterhin für wachsende Einnahmen. Im Berichtsmonat ergab sich ein Plus von 5,2 % gegenüber dem Vorjahr. Das aus dem Aufkommen der Lohnsteuer gezahlte Kindergeld war leicht um 0,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken. Somit ergab sich ein Bruttoaufkommen von + 4,0 %. Im Zeitraum Januar bis September 2014 sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 6,2 % gestiegen.

Bei der veranlagten Einkommensteuer bestimmt im Monat September das Ergebnis der Vorauszahlungen die Einnahmeentwicklung. Die laufenden Vorauszahlungen weisen einen Zuwachs von über 5 % auf. Leicht dämpfend wirkte sich der Rückgang der aus den laufenden Veranlagungen resultierenden nachträglichen

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2014

#### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2014	September	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis September	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2014 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjah
2014	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	12 485	+5,2	120 341	+6,2	167 700	+6,0
veranlagte Einkommensteuer	10 902	+3,3	33 792	+6,8	45 450	+7,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	997	+38,3	13 543	-6,4	16 000	-7,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	316	-16,3	6345	-8,1	8 399	-3,1
Körperschaftsteuer	4357	+11,1	14992	+1,6	18 050	-7,5
Steuern vom Umsatz	17312	+2,9	150 847	+3,1	203 400	+3,3
Gewerbesteuerumlage	2	Х	2 094	+1,2	3 932	+3,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2	Х	1 736	+0,4	3 3 3 3 0	+2,4
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	46 374	+4,8	343 690	+3,8	466 261	+3,7
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 560	+0,6	24572	+1,3	39 450	+0,2
Tabaksteuer	1 251	-3,4	9 9 2 1	+4,4	14300	+3,5
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	170	-5,2	1 525	-2,1	2 060	-2,0
Versicherungsteuer	559	+7,4	10 161	+4,4	11 950	+3,4
Stromsteuer	562	+5,6	4 985	-7,8	6 8 5 0	-2,3
Kraftfahrzeugsteuer	838	+36,0	6 642	+0,0	8 400	-1,1
Luftverkehrsteuer	98	+17,1	683	+0,5	980	+0,2
Kernbrennstoffsteuer	172	-39,5	-1 876	Х	1 300	+1,2
Solidaritätszuschlag	1 690	+4,9	11 030	+3,8	14900	+3,6
übrige Bundessteuern	115	+2,0	1 070	-1,4	1 478	+0,3
Bundessteuern insgesamt	9 017	+2,8	68 713	-2,3	101 668	+1,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	459	+21,7	4147	+21,8	5 187	+12,0
Grunderwerbsteuer	838	+20,8	6921	+10,1	9 150	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	129	-0,8	1 275	+3,0	1 735	+6,1
Biersteuer	56	-13,4	521	+1,8	680	+1,7
Sonstige Ländersteuern	29	+3,4	331	+3,9	383	-2,1
Ländersteuern insgesamt	1 512	+16,8	13 194	+12,2	17 135	+9,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	433	+5,6	3 338	+6,8	4300	+1,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	135	-21,2	3 233	+72,0	4140	+98,8
BNE-Eigenmittel	701	-58,7	16815	-13,3	23 480	-5,3
EU-Eigenmittel insgesamt	1 269	-44,3	23 386	-4,1	31 920	+2,6
Bund <sup>3</sup>	27 935	+8,9	191 737	+2,9	268 197	+3,2
Länder <sup>3</sup>	24 240	+5,1	186 919	+3,7	252 207	+3,3
EU	1 269	-44,3	23 386	-4,1	31 920	+2,6
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 891	+3,9	26 892	+5,5	37 040	+5,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	57 335	+4,7	428 935	+3,0	589 364	+3,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $<sup>^3</sup>$  Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2014.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2014

Vorauszahlungen für das Vorjahr um mehr als 25 % aus. Nachzahlungen und Erstattungen (ohne Arbeitnehmererstattungen) haben sich per Saldo gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Das Bruttoaufkommen stieg gegenüber September 2013 um 3,4 %. Die vom Bruttoaufkommen abzuziehenden Arbeitnehmererstattungen stiegen um 4,3 %, wohingegen die Auszahlungsbeträge von Investitionszulage und Eigenheimzulage das Aufkommen nur noch sehr geringfügig beeinflussen. Die Nettoeinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer legten um 3,3 % zu. In kumulierter Betrachtung des Zeitraums Januar bis September 2014 ist nunmehr eine Erhöhung der Kasseneinnahmen von insgesamt 6,8 % zu verzeichnen.

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer entwickelte sich im September weiterhin unerwartet gut. Neben den Vorauszahlungendie ein Plus von fast 6 % verzeichnetentrugen hierzu die Nachzahlungen für weiter zurückliegende Jahre mit einem erheblichen Zuwachs bei. Insgesamt ergab sich ein Anstieg der Kasseneinnahmen um 11,1 %. Damit stiegen im Zeitraum Januar bis September die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer um 1,6 % auf rund 15,0 Mrd. €.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag konnten im Berichtsmonat starken Einnahmenzuwachs von + 38,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnen. Allerdings war diese Entwicklung lediglich das Ergebnis eines Sondereffekts in Höhe von 0,4 Mrd. €. Ohne diesen Sondereffekt wäre das Aufkommen auch im September zurückgegangen. Die Bruttoeinnahmen stiegen um 49,7 %. Die aus dem Aufkommen geleisteten Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern summierten sich auf 0,2 Mrd. €. In kumulierter Betrachtung liegt das Gesamtaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im bisherigen Jahresverlauf um 6,4 % unter dem Vorjahresniveau.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge sind

im September 2014 zum Vorjahr um 16,3 % gesunken. Für den Zeitraum Januar bis September 2014 ergibt sich ein Minus von 8,1%. Das anhaltend niedrige Zinsniveau führt zu einem allmählichen Rückgang des Durchschnittszinses im Bestand an festverzinslichen Wertpapieren – dies führt zu erheblichen Einnahmeeinbußen bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge.

Die Steuern vom Umsatz legten im Berichtsmonat September 2014 um 2,9 % auf 17,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr zu. Während die (Binnen-)Umsatzsteuer um 4,0 % anstieg, entwickelte sich die Einfuhrumsatzsteuer mit 0,6 % leicht rückläufig. Die Steuern vom Umsatz weisen nun im Zeitraum Januar bis September 2014 kumuliert einen Zuwachs von 3,1 % gegenüber dem Vorjahr aus.

#### Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern verbesserte sich im September 2014 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr. In kumulierter Betrachtung bis September 2014 liegen die Bundessteuern jedoch um 2,3 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum, was im Wesentlichen auf die Rückzahlung von Kernbrennstoffsteuer für vergangene Jahre infolge der aufgrund des Beschlusses des Finanzgerichts Hamburg gewährten Aussetzung der Vollziehung der Kernbrennstoffsteuer zurückzuführen ist.

Im September 2014 waren Einnahmezuwächse, insbesondere bei der Energiesteuer (+ 0,6 %), der Versicherungsteuer (+ 7,4 %), dem Solidaritätszuschlag (+ 4,9 %), der Luftverkehrsteuer (+ 17,1 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (+ 36,0 %) zu verzeichnen. Das kumulierte Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer in den Monaten Januar bis September 2014 liegt nunmehr auf dem Niveau des Vorjahres. Die Übertragung der Verwaltungshoheit dieser Steuerart auf die Bundeszollverwaltung

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2014

ist somit erfolgreich abgeschlossen. Aufkommensrückgänge ergaben sich im September bei der Tabaksteuer (- 3,4 %) und der Branntweinsteuer (- 5,2 %).

#### Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat einen Zuwachs von 16,8 %. So konnten die Erbschaftsteuer um 21,7 %, die Feuerschutzsteuer um 7,1 % und die Grunderwerbsteuer um 20,8 % zulegen. Die Rennwett- und Lotteriesteuer verringerte sich um 0,8 %; die Biersteuer um 13,4 %. In kumulierter Betrachtung bis einschließlich September 2014 entwickelten sich die Ländersteuern mit + 12,2 % weiterhin deutlich besser als die Bundessteuern.

Die Gemeinden profitierten – ebenso wie Bund und Länder - von der guten Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern. Ihr Aufkommen aus diesen Steuern wuchs im September 2014 um 3,9 % und hat damit im bisherigen Jahresverlauf 2014 einen Zuwachs von 5,5 % erreicht.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2014

# Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2014

#### Ausgabenentwicklung

Mit 227,8 Mrd. € liegt das Ergebnis bis einschließlich September 2014 um 0,5 Mrd. € (-0,2%) unter dem des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Der Rückgang der Zinsausgaben im Vergleich zum Vergleichszeitraum des Vorjahres war hier ausschlaggebend.

#### Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 209,0 Mrd. € bis einschließlich September 2014 um 6,9 Mrd. € (+ 3,4 %) über den Einnahmen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen lagen mit 190,1 Mrd. € um 5,4 Mrd. € (+ 2,9 %) über dem Ergebnis vom September 2013. Die Verwaltungseinnahmen stiegen im Betrachtungszeitraum um 1,5 Mrd. € (+ 8,3 %) gegenüber dem Ergebnis bis einschließlich September 2013 auf 18,9 Mrd. € an.

#### Finanzierungssaldo

Eine belastbare Vorhersage des voraussichtlichen Jahresergebnisses lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt auch wegen des aufkommensstarken Dezembers weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem aktuellen Finanzierungssaldo in Höhe von -18,8 Mrd. € ableiten.

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2013	Soll 2014	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> September 2014
Ausgaben (Mrd. €)	307,8	296,5	227,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-0,2
Einnahmen (Mrd. €)	285,5	289,8	209,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+3,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	259,8	268,2	190,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,9
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,3	-6,7	-18,8
Finanzierung durch:	22,3	6,7	18,8
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	21,2
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,2	0,1
$Net to kreditauf nahme/unter jähriger Kapital marktsaldo^2 (Mrd. \ref{Mrd.})$	22,1	6,5	-2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2014

# Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

					Ist-Entw	vicklung	Untoriöbrige
		st 013		oll 013	Januar bis September 2013	Januar bis September 2014	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
Allgemeine Dienste	72 647	23,6	69 602	22,6	51 220	51 320	+0,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 899	1,9	6324	2,1	4006	3 892	-2,8
Verteidigung	32 269	10,5	32 366	10,5	23 321	23 411	+0,4
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 205	4,3	13 949	4,5	10360	10 797	+4,2
Finanzverwaltung	3 865	1,3	4 004	1,3	2 793	2 839	+1,7
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 684	6,1	19 304	6,3	12 665	12 756	+0,7
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 686	0,9	2 708	0,9	2 094	2 005	-4,2
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 150	3,3	10 598	3,4	6 2 4 7	6 291	+0,7
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 706	47,3	147 876	48,0	114 774	118 728	+3,4
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	98 701	32,1	99 691	32,4	79 996	82 155	+2,7
Arbeitsmarktpolitik	32 680	10,6	31 400	10,2	24 406	24 170	-1,0
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 484	6,3	19 200	6,2	14923	15 172	+1,7
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 685	1,5	3 900	1,3	3 586	3 059	-14,7
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 548	2,1	7 3 4 3	2,4	4944	5 597	+13,2
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 340	0,8	2 300	0,7	1 779	1 706	-4,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 633	0,5	2 008	0,7	1 087	1 160	+6,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 304	0,7	2 192	0,7	1 511	1 341	-11,3
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 660	0,5	1 680	0,5	1316	1 206	-8,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	904	0,3	960	0,3	396	387	-2,2
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 900	1,3	4 180	1,4	2 806	3 038	+8,3
Regionale Förderungsmaßnahmen	796	0,3	603	0,2	411	376	-8,4
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 492	0,5	1 621	0,5	1 341	1 435	+7,0
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 406	5,3	16 421	5,3	10 083	10 152	+0,7
Straßen	7 399	2,4	7 435	2,4	4 444	4912	+10,5
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 597	1,5	4 553	1,5	2 804	2 536	-9,6
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 017	14,9	33 957	11,0	34 003	29 209	-14,1
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,0	28 953	24 087	-16,8
Ausgaben zusammen	307 843	100,0	296 500	96,3	228 296	227 810	-0,2

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2014

# Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

					Ist-Entw	Unterjährige	
		st 013	Sc 20	oll 114	Januar bis September 2013	Januar bis September 2014	Veränderung ggü. Vorjahi
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in %
Konsumtive Ausgaben	274 366	89,1	268 544	90,6	209 410	208 689	-0,3
Personalausgaben	28 575	9,3	28 907	9,7	22 035	22 430	+1,8
Aktivbezüge	20938	6,8	21 119	7,1	15 953	16115	+1,0
Versorgung	7 637	2,5	7 788	2,6	6 0 8 2	6315	+3,8
Laufender Sachaufwand	23 152	7,5	24 196	8,2	15 056	15 011	-0,3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 453	0,5	1 289	0,4	961	877	-8,7
Militärische Beschaffungen	8 550	2,8	9 989	3,4	5 174	5 151	-0,4
Sonstiger laufender Sachaufwand	13 148	4,3	12918	4,4	8 922	8 983	+0,7
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,3	28 953	24 087	-16,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	190 781	62,0	187 196	63,1	142 969	146 646	+2,6
an Verwaltungen	27 273	8,9	20718	7,0	14222	14748	+3,7
an andere Bereiche	163 508	53,1	166 478	56,1	128 799	131 898	+2,4
darunter:							
Unternehmen	25 024	8,1	26707	9,0	18 860	19 123	+1,4
Renten, Unterstützungen u. a.	27 055	8,8	27 471	9,3	20 754	21 562	+3,9
Sozialversicherungen	103 693	33,7	104320	35,2	83 476	85 833	+2,8
Sonstige Vermögensübertragungen	555	0,2	628	0,2	396	515	+30,1
Investive Ausgaben	33 477	10,9	29 853	10,1	18 886	19 120	+1,2
Finanzierungshilfen	25 582	8,3	22 044	7,4	14 497	14 385	-0,8
Zuweisungen und Zuschüsse	14772	4,8	16 264	5,5	8 954	9 272	+3,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 032	0,7	1 294	0,4	1 144	712	-37,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	8 778	2,9	4 486	1,5	4 400	4 401	+0,0
Sachinvestitionen	7 895	2,6	7 809	2,6	4 388	4 736	+7,9
Baumaßnahmen	6264	2,0	6 2 7 3	2,1	3 775	4 145	+9,8
Erwerb von beweglichen Sachen	1 020	0,3	996	0,3	481	491	+2,1
Grunderwerb	611	0,2	541	0,2	132	99	-25,0
Globalansätze	0	0,0	-1 897	-0,6	0	0	
Ausgaben insgesamt	307 843	100,0	296 500	100,0	228 296	227 810	-0,2

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2014

# Entwicklung der Einnahmen des Bundes

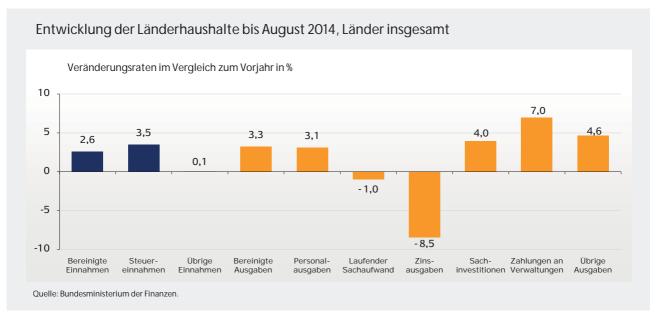
					Ist-Entv		
	ls 20		Sc 20		Januar bis September 2013	Januar bis September 2014	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	259 807	91,0	268 197	92,6	184 682	190 101	+2,9
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	213 199	74,7	220 890	76,2	155 777	161 654	+3,8
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	107 340	37,6	111 310	38,4	77 610	80 960	+4,3
davon:							
Lohnsteuer	67 174	23,5	71 273	24,6	46 518	49 545	+6,5
veranlagte Einkommensteuer	17 969	6,3	19316	6,7	13 449	14362	+6,8
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 631	3,0	8 000	2,8	7 2 3 0	6 765	-6,4
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 812	1,3	3 696	1,3	3 038	2 792	-8,1
Körperschaftsteuer	9 754	3,4	9 025	3,1	7 3 7 5	7 496	+1,6
Steuern vom Umsatz	104 283	36,5	107 951	37,3	77 308	79 827	+3,3
Gewerbesteuerumlage	1 575	0,6	1 629	0,6	858	868	+1,2
Energiesteuer	39364	13,8	39 450	13,6	24 245	24572	+1,3
Tabaksteuer	13 820	4,8	14300	4,9	9 504	9 9 2 1	+4,4
Solidaritätszuschlag	14378	5,0	14900	5,1	10630	11 030	+3,8
Versicherungsteuer	11 553	4,0	11 950	4,1	9 735	10 161	+4,4
Stromsteuer	7 009	2,5	6 8 5 0	2,4	5 409	4985	-7,8
Kraftfahrzeugsteuer	8 490	3,0	8 400	2,9	6 641	6 642	+0,0
Kernbrennstoffsteuer	1285	0,5	1 300	0,4	850	-1 876	Х
Branntweinabgaben	2 104	0,7	2 062	0,7	1 559	1 526	-2,1
Kaffeesteuer	1 021	0,4	1 040	0,4	739	739	+0,0
Luftverkehrsteuer	978	0,3	980	0,3	680	683	+0,4
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 792	-3,8	-10 450	-3,6	-8 025	-8 000	-0,3
BNE-Eigenmittel der EU	-24787	-8,7	-23 480	-8,1	-19391	-16815	-13,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 083	-0,7	-4 140	-1,4	-1 880	-3 233	+72,0
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 191	-2,5	-7 299	-2,5	-5 393	-5 474	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,1	-6 744	-6 744	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	25 645	9,0	21 585	7,4	17 402	18 854	+8,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4886	1,7	6847	2,4	3 350	5 3 5 5	+59,9
Zinseinnahmen	191	0,1	245	0,1	169	163	-3,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 9 7 8	2,1	2 380	0,8	3 171	2 2 1 7	-30,1
Einnahmen zusammen	285 452	100,0	289 782	100,0	202 085	208 955	+3,4

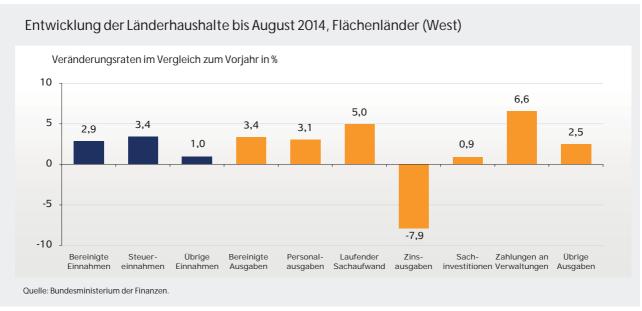
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2014

# Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2014

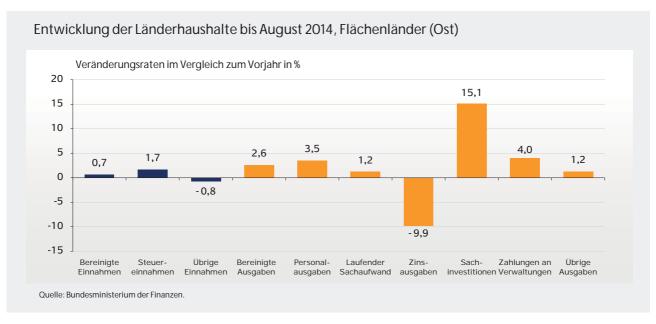
Das BMF legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich August 2014 vor.

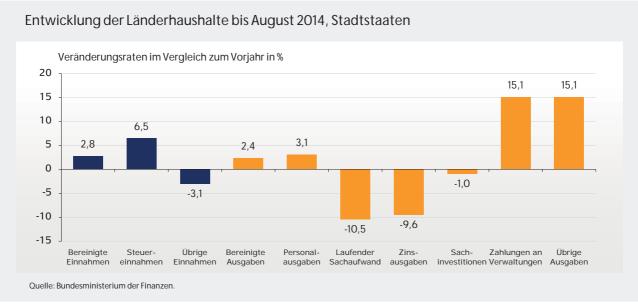
Die Einnahmen der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,6 %, während sich die Ausgaben um 3,3 % erhöhten. Die Steuereinnahmen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % zu. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug Ende August rund - 3,3 Mrd. € und liegt damit gut 1,3 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Derzeit planen die Länder für das Jahr 2014 ein Defizit von knapp - 10,8 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2014





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im September durchschnittlich 1,64 % (1,74 % im August).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende September 0,95 % (0,89 % Ende August).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende September auf 0,08 % (0,16 % Ende August).

Die Europäische Zentralbank hat in ihrer Ratssitzung am 2. Oktober 2014 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 9 474 Punkte am 30. September (9 470 Punkte am 29. August). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 173 Punkten am 29. August auf 3 226 Punkte am 30. September.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im August bei 2,0 % nach 1,8 % im Juli und 1,6 % im Juni. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Juni bis August 2014 bei 1,8 %, verglichen mit 1,5 % in der Zeit von Mai bis Juli 2014.



Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat August auf - 1,9 % (- 1,9 % im Vormonat). In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,23 % im August gegenüber 0,88 % im Juli.

#### Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

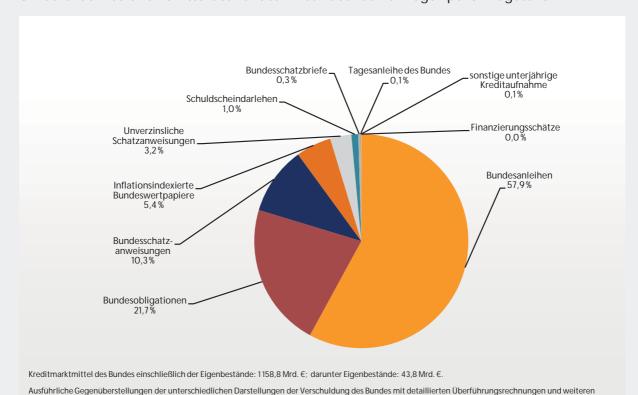
Im August 2014 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 151,4 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 140,0 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 8,0 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Verkauf von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 2,9 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2014" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 170,1 Mrd. € (davon 145,5 Mrd. € Tilgungen und 24,6 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 18,7 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 149,1 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts und von 2,1 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und 0,1 Mrd. € für die Finanzierung des Investitionsund Tilgungsfonds eingesetzt...

#### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. August 2014



Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. $\in$

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. €	Ē					
Inflations indexierte Bundeswert papiere	-	-	-	-	-	-	-	-					-
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	25,0	-					49,0
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-	-					19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-					30,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	6,0	6,0	6,0	3,0	5,0	5,0					45,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2					1,2
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					0,1
Tagesanleihe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	-	0,0	-	0,1	-	-					0,1
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,0	-	-	0,1	-	-					1,1
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,2	7,2	22,1	25,2	6,1	18,3	30,2	5,2					145,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

# Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. $\in$

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen	9,5	1,1	-0,1	2,4	0,1	0,2	11,1	0,2					24,6
Entschädigungsfonds													

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$ 

# ${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2014 Kapitalmarktinstrumente

			3. Quartal 2014 insgesamt	38 Mrd. €	38 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137479 WKN 113747	Aufstockung	17. September 2014	2 Jahre/fällig 16. September 2016 Zinslaufbeginn 22. August 2014 erster Zinstermin 16. September 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Neuemission	10. September 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Neuemission	3. September 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137479 WKN 113747	Neuemission	20. August 2014	2 Jahre/fällig 16. Septemer 2016 Zinslaufbeginn 22. August 2014 erster Zinstermin 16. September 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112358 WKN 110235	Aufstockung	13. August 2014	10 Jahre/fällig 15. Mai 2024 Zinslaufbeginn 15. Mai 2014 erster Zinstermin 15. Mai 20115	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141695 WKN 114169	Aufstockung	6. August 2014	5 Jahre/fällig 12. April 2019 Zinslaufbeginn 12. April 2014 erster Zinstermin 12. April 2015	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102358 WKN 110235	Aufstockung	16. Juli 2014	10 Jahre/fällig 15. Mai 2024 Zinslaufbeginn 15. Mai 2014 erster Zinstermin 15. Mai 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137461 WKN113746	Aufstockung	9. Juli 2014	2 Jahre/fällig 10. Juni 2016 Zinslaufbeginn 16. Mai 2014 erster Zinstermin 10. Juni 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141695 WKN 114169	Aufstockung	2. Juli 2014	5 Jahre/fällig 12. April 2019 Zinslaufbeginn 12. April 2014 erster Zinstermin 12. April 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen Ist

 $<sup>^{1}</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2014 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119287 WKN 111928	Neuemission	14. Juli 2014	6 Monate/fällig 14. Januar 2015	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119295 WKN 111929	Neuemission	28. Juli 2014	12 Monate/fällig 29. Juli 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119303 WKN 111930	Neuemission	11. August 2014	6 Monate/fällig 11. Februar 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119311 WKN 111931	Neuemission	25. August 2014	12 Monate/fällig 26. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119329 WKN 111932	Neuemission	8. September 2014	6 Monate/fällig 11. März 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119337 WKN 111933	Neuemission	29. September 2014	12 Monate/fällig 30. September 2015	ca. 2 Mrd. €	
			3. Quartal 2014 insgesamt	ca. 12 Mrd. €	

 $<sup>^{1}</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

### Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2014 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahres-vorschau)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpaiere insgesamt 2014	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag einmal im Monat außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
davon im 3. Quartal	4 Mrd. €				
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	8. Juli 2014	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 nächster Zinstermin 10. Juni 2015		1 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030559 WKN 103055	Aufstockung	9. September 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 nächster Zinstermin 15. April 2015		1Mrd.€

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

## ☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Termine, Publikationen

# Termine, Publikationen

# Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

23./24. Oktober 2014	Europäischer Rat in Brüssel
6./7. November 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
13. bis 15. November 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Brisbane
15./16. November 2014	G20-Gipfel in Brisbane
21. November 2014	Eurogruppe in Brüssel
8./9. Dezember 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
18./19. Dezember 2014	Europäischer Rat in Brüssel
26./27. Januar 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
·	·

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2015 und des Finanzplans bis 2018

12. März 2014	Kabinettbeschluss zu den Eckwerten Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
6 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
28. Mai 2014	Stabilitätsrat
2. Juli 2014	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
8. August 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
9 12. September 2014	1. Lesung Bundestag
19. September 2014	1. Beratung Bundesrat
4 6. November 2014	Steuerschätzung in Wismar
25 28. November 2014	2./3. Lesung Bundestag
Anfang Dezember 2014	Stabilitätsrat
19. Dezember 2014	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2014	Verkündung im Bundesgesetzblatt

## □ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Termine, Publikationen

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten 1

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
November 2014	Oktober 2014	21. November 2014
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014
Januar 2015	Dezember 2014	30. Januar 2015
Februar 2015	Januar 2015	20. Februar 2015
März 2015	Februar 2015	24. März 2015
April 2015	März 2015	23. April 2015
Mai 2015	April 2015	22. Mai 2015
Juni 2015	Mai 2015	22. Juni 2015
Juli 2015	Juni 2015	20. Juli 2015
August 2015	Juli 2015	20. August 2015
September 2015	August 2015	21. September 2015
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015

 $<sup>^{1}\,\</sup>text{Nach\,IWF-Special\,Data\,Dissemination\,Standard\,(SDDS)}, siehe\,http://dsbb.imf.org.$ 

#### Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
Telefax: 03018 10 272 2721

#### Internet:

 $http:/\!/www.bundes finanz ministerium.de$ 

http://www.bmf.bund.de

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

# Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	75
1	Kreditmarktmittel	75
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2013 bis 2018	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015	
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktione Soll 2014	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014	88
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	90
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	92
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	94
12	Entwicklung der Staatsquote	95
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	96
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	98
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	99
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	100
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	101
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	102
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	103
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	104
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	105
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	106
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014	106
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	107
2	des Bundes und der Länder bis August 2014	
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2014	109

 $\ddot{\text{U}} bersichten \, und \, Grafiken \, zur \, finanzwirtschaftlichen \, Entwicklung$ 

Gesa	amtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	113
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	114
2	Produktionspotenzial und -lücken	115
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	116
4	Bruttoinlandsprodukt	117
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
6	Kapitalstock und Investitionen	
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
8	Preise und Löhne	125
Ken	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	127
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	127
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	129
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	133
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	134
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	135
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	136
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden,	
	Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	140

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 31. Juli 2014	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. August 2014			
Gliederung nach Schuldenarten							
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	62 000	-	0	62 000			
Bundesanleihen	667 405	4 000	-	671 405			
Bundesobligationen	249 000	3 000	-	252 000			
Bundesschatzbriefe	3 567	-	237	3 3 3 1			
Bundesschatzanweisungen	114 000	5 000	-	119 000			
Unverzinsliche Schatzanweisungen	37971	4001	4 996	36975			
Finanzierungsschätze	7	-	3	4			
Tagesanleihe	1 250	-	9	1 241			
Schuldscheindarlehen	12 137	-	-	12 137			
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	665	-	-	665			
Kreditmarktmittel insgesamt	1 148 003			1 158 758			

	Stand: 31. Juli 2014		Stand: 31. August 2014
Gliederu	ng nach Restlaufzeite	en	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	198 685		197 551
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	370 109		375 060
langfristig (mehr als 4 Jahre)	579 210		586 148
Kreditmarktmittel insgesamt	1 148 003		1 158 758

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $<sup>^2\,</sup>Bundesschatzbriefe\,der\,Typen\,A\,und\,B.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. September 2014	Belegung am 30. September 2013
		in Mrd. €	
Ausfuhren	165,0	140,5	132,2
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	65,0	44,3	42,2
FZ-Vorhaben	16,7	9,7	5,7
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	107,6	107,7
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,2
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	ment Operations		
	Ausgaben	Ausgaben Einnahmen Finanzierungs- saldo Kassenmittel Münzein- nahmen				Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2014 Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 5 7 9
Juli	184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	- 18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	- 126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534
2013 Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 3 6 7
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
Oktober	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
September	193 833	156 426	-37 352	-19849	123	-17 379
August	184 344	153 957	-30 335	-24804	122	-5 408
Juli	148 013	129 741			107	
Juni			-18 231	-1 608 6 350		-16515 10 105
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	- 250

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

		Central Government Operations						
	Ausgaben	Ausgaben Einnahmen Finanzierungs- saldo Kassenmittel Münzein- nahmen						
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing		
			in Mio	. €/€ m				
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343		
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280		
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712		
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244		
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851		
Juli	185 285	150 535	-34709	-4344	162	-30 202		
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335		
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 3 0 0	94	-36 257		
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544		
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	- 41	-16 554		
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	- 93	-11 841		
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861		
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011		
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733		
Oktober	254887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421		
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755		
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341		
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471		
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 4 6 5	78	-37 264		
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870		
April	107 094	74 930	-32 137	-2 388	-38	-29 788		
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	-93	-31 633		
Februar	60 455	31 940	-28 499	- 653	- 115	-27 962		
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118		

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten					
		Outstand	ding debt	debt		
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed	
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	Debt guaranteeu	
		in Mio	). €/€ m		in Mrd. €/€ bn	
2014 Dezember	-	-	-	-	-	
November	-	-	-	-	-	
Oktober	-	-	-	-	-	
September	-	-	-	-	459	
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-	
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-	
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452	
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-	
April	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-	
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449	
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-	
Januar	194906	361 641	587 112	1 143 659	-	
2013 Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443	
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-	
Oktober	204212	364 644	579 937	1 148 592	-	
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-	
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-	
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-	
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-	
März	216723	368 251	558 954	1 143 928	472	
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-	
Januar	219615	357 434	554 028	1 131 078	-	
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470	
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-	
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-	
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508	
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-	
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-	
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459	
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	_	
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	_	
März	214 444	351 945	545 695	1112084	454	
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	_	
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	_	

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

		C	entral Government D	ebt			
	Kr	Kredit mark tmittel, GliederungnachRestlaufzeiten					
		Outstanding debt					
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	- Debt guaranteed		
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	Debt guaranteeu		
		in Mic	o. €/€ m		in Mrd. €/€ bn		
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378		
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-		
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-		
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376		
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-		
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-		
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361		
Mai	232 210	364702	534 474	1 131 385	-		
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-		
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348		
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-		
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-		
2010 Dezember	234 986	335 073	534 991	1 105 505	343		
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-		
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-		
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336		
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-		
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-		
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335		
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-		
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-		
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311		
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-		
Januar	245 822	328 119	480 327	1054 268	-		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2013 bis 2018 Gesamtübersicht

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplan	
			Mrd	d. €		
1. Ausgaben	307,8	296,5	299,5	310,6	319,9	329,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,3	- 3,7	+ 1,0	+ 3,7	+ 3,0	2,9
2. Einnahmen <sup>1</sup>	285,5	289,8	299,2	310,3	319,6	329,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 1,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,9
darunter:						
Steuereinnahmen	259,8	268,2	278,5	292,9	300,7	311,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,5	+ 3,2	+ 3,9	+ 5,2	+ 2,7	+ 3,7
3. Finanzierungssaldo	-22,4	-6,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	7,3	2,3	0,1	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>2</sup> (-)	238,6	204,3	189,5	207,0	186,8	197,5
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	7,9	2,6	-1,0	-3,1	0,8	0,2
6. Tilgungen (+)	224,4	200,3	188,5	203,9	187,6	197,7
7. Nettokreditaufnahme	22,1	6,5	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Münzelnnahmen	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	33,5	29,9	26,1	27,2	27,9	27,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,8	- 10,8	- 12,6	+ 4,3	+ 2,6	- 2,4
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Juli 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Gemäß § 13 Abs. 4 Nr. 3 BHO.

 $<sup>^2\,</sup> Nach\, Ber \ddot{u}ck sichtigung\, der\, Eigenbestands veränderung.$ 

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart		Ist			Soll	RegEntwurf <sup>1</sup>
			in Mi	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 856	28 046	28 575	28 907	29 839
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 119	21 943
Ziviler Bereich	9 443	9 2 7 4	9 289	9 599	10974	11 993
Militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	10 145	9 950
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7788	7 896
Ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2 619	2 694	2 737
Militärischer Bereich	4 620	4682	4889	5018	5 094	5 159
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 703	23 152	24 196	24 340
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 384	1 453	1 289	1 3 6 7
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	9 989	9 685
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	12 918	13 288
Zinsausgaben	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	26 969
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	26 969
Sonstige	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	26 969
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	27 576	26927
an Ausland	8	- 0	-	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	187 734	190 781	187 196	192 150
an Verwaltungen	14 114	15 930	17 090	27 273	20 718	22 543
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	13 976	15 663
Gemeinden	17	12	8	8	7	6
Sondervermögen	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	13 829	6734	6 873
Zweckverbände	1	1	1	0	1	0
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 478	169 607
Unternehmen	24212	23 882	24 225	25 024	26 707	26 840
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	26718	26 307	27 055	27 471	27 826
an Sozialversicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104320	107310
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 960	1 955
an Ausland	4216	3 958	5 017	6 0 7 5	6018	5 675
an Sonstige	3	2	2	5	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	269 971	273 811	267 916	273 299

 $<sup>^1</sup> Stand: Kabinett be schluss vom \, 2. \, Juli \, 2014.$ 

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart		lst			Soll	RegEntwurf
			in Mic	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 760	7 895	7 809	7 766
Baumaßnahmen	6 242	5814	6 1 4 7	6 2 6 4	6 273	6 241
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	996	1 040
Grunderwerb	503	492	629	611	541	486
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	16 005	15 327	16 892	17 446
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14589	15 524	14772	16264	16 770
an Verwaltungen	5 209	5 2 4 3	5 789	4924	4805	4 923
Länder	5 142	5 178	5 152	4873	4736	4836
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	69	86
Sondervermögen	-	-	581	-	1	1
an andere Bereiche	9 735	9346	9 735	9848	11 459	11 848
Sonstige - Inland	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6393	6 3 3 1	6 790
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 128	5 057
Sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	628	676
an andere Bereiche	406	695	480	555	628	676
Unternehmen - Inland	0	260	4	7	30	30
Sonstige - Inland	137	123	129	141	134	136
Ausland	269	311	348	406	464	510
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	3 613	13 040	10 810	5 780	1 552
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2 736	2 032	1 294	1 551
an Verwaltungen	1	1	1	0	1	1
Länder	1	1	1	0	1	1
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 293	1 551
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	905	1 154
Ausland	1 587	1710	1 666	1 435	388	397
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10304	8 778	4 486	1
Inland	13	0	0	91	143	1
Ausland	797	788	10304	8 687	4 3 4 3	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	36 804	34 032	30 481	26 764
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	25 378	36324	33 477	29 853	26 089
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-1 897	- 564
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 775	307 843	296 500	299 500

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Stand: Kabinettbeschluss vom 2. Juli 2014.

 $\ddot{\textbf{U}} \textbf{bersichten} \, \textbf{zur} \, \textbf{finanzwirtschaftlichen} \, \textbf{Entwicklung}$ 

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	69 602	59 699	25 128	19 681	-	14 890
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 949	13 662	3 854	1 623	-	8 185
02	Auswärtige Angelegenheiten	14 451	5 557	549	199	-	4808
03	Verteidigung	32 366	32 173	15 239	15 836	-	1 098
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4355	3 968	2 482	1 220	-	267
05	Rechtsschutz	478	445	270	131	-	43
06	Finanzverwaltung	4 004	3 894	2 733	672	-	489
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	19 304	16 016	516	960	-	14 540
13	Hochschulen	4947	3 952	12	10	-	3 931
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	2 708	2 703	-	0	-	2 703
15	Sonstiges Bildungswesen	281	211	10	73	-	128
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 598	8 558	494	866	-	7 199
19	Übrige Bereiche aus 1	769	591	1	10	-	580
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	147 876	147 272	180	242	-	146 850
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	99 691	99 691	36	0	-	99 655
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 3 4 3	7 3 4 2	-	0	-	7 3 4 2
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 300	1 828	-	3	-	1 824
25	Arbeitsmarktpolitik	31 400	31 282	1	73	-	31 208
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	354	351	-	25	-	326
29	Übrige Bereiche aus 2	6 789	6779	143	141	-	6 495
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 008	1 140	354	461	-	325
31	Gesundheitswesen	597	531	207	238	-	86
32	Sport und Erholung	135	119	0	4	-	116
33	Umwelt- und Naturschutz	671	311	89	160	-	62
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	605	179	58	59	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 192	819	-	12	-	807
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 680	809	-	2	-	807
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	508	10	-	10	-	0
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	0	-	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	960	543	15	225	-	302
52	Landwirtschaft und Ernährung	932	516	-	216	-	300
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	131	131	-	103	-	28
529	Übrige Bereiche aus 52	802	386	-	113	-	272
599	Übrige Bereiche aus 5	28	27	15	9	_	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaber
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	996	4 175	4 732	9 903	9 888
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	229	57	-	286	286
02	Auswärtige Angelegenheiten	123	4039	4732	8 894	8 893
03	Verteidigung	141	52	-	193	178
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	359	27	-	387	387
05	Rechtsschutz	33	-	-	33	33
06	Finanzverwaltung	110	0	-	110	110
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	140	3 148	-	3 288	3 288
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	5	-	5	5
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	137	1 902	-	2 040	2 040
19	Übrige Bereiche aus 1	1	178	-	179	179
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	8	596	1	604	22
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	-	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	470	1	473	8
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	-	10	10
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	481	386	-	868	868
31	Gesundheitswesen	57	9	-	66	66
32	Sport und Erholung	0	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	354	-	360	360
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	418	8	-	426	426
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 369	4	1 373	1 373
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	867	4	871	871
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	497	-	497	497
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	416	1	417	417
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	416	1	416	416
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52		416	1	416	416
599	Übrige Bereiche aus 5	1	1	_	1	1

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 180	2 540	68	423	-	2 050
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 621	1 591	-	0	-	1 591
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	428	376	-	35	-	341
65	Handel und Tourismus	376	376	-	313	-	62
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 005	95	-	41	-	54
69	Regionale Fördermaßnahmen	603	11	-	10	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	80	79	68	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 421	4 071	1 019	1 952	-	1 101
72	Straßen	7 435	1 041	-	898	-	143
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 785	902	547	284	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 553	79	-	5	-	74
75	Luftfahrt	355	211	58	25	-	127
799	Übrige Bereiche aus 7	2 294	1 839	413	740	-	686
8	Finanzwirtschaft	33 957	35 815	1 627	240	27 618	6 330
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 675	5 675	-	-	-	5 675
82	Steuern und Finanzzuweisungen	693	655	-	-	-	655
83	Schulden	27 621	27 621	-	3	27618	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	577	577	577	-	-	-
88	Globalposten	-847	1 050	1 050	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	238	238	-	237	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	296 500	267 916	28 907	24 196	27 618	187 196

 $\ddot{\textbf{U}} \textbf{bersichten} \, \textbf{zur} \, \textbf{finanzwirtschaftlichen} \, \textbf{Entwicklung}$ 

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	738	900	1 639	1 609
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz		25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	30	-	30	30
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	52	-	52	52
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	30	-	30	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	10	900	910	910
69	Regionale Fördermaßnahmen		592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 182	6 025	143	12 350	12 350
72	Straßen	4976	1 418	-	6 3 9 4	6 3 9 4
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	883	-	-	883	883
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		4 474	-	4 474	4 474
75	Luftfahrt	1	-	143	144	144
799	Übrige Bereiche aus 7	322	133	-	455	455
8	Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen		38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten		-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8		-	-	-	-
Summe a	ıller Hauptfunktionen	7 809	16 892	5 780	30 481	29 853

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degenstand der Nachweisung				I	st-Ergebniss	е			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+ 12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	-0,1	- 0,4	- 27,1	-0,2	- 0,7	-0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-	-	-		-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	-6,2	-4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>		7.2	12.1	16.1	17.1	20.1	240	20.1	22.6
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	-1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen <sup>3</sup>	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	- 3,4	+3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Steueraufkommen <sup>4</sup>									_
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>2</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
degenstand der Nachweisung			Is	t-Ergebnisse				Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	296,5	299
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	0,3	-3,7	1,
Einnahmen	Mrd.€	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	289,8	299
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	1,5	3
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	- 6,7	- 0
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	-22,1	- 6,5	0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	-0,3	-0,3	- 0,3	-0,3	- 0,3	-0,2	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-		-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	28,9	29
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,9	1,2	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,7	10
Anteil an den Personalausgaben des	0/	15.0	140	140	12.1	12.0	12.7	12.5	12
öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,5	12
Zinsausgaben	Mrd. €	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	27,6	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	2,7	- 11,8	- 2
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	9,3	9
Anteil an den Zinsausgaben des öffentllichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	59,7	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	47,6	48
Investive Ausgaben	Mrd. €	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,9	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-7,2	11,5	-3,8	- 2,7	43,1	- 7,8	- 10,8	- 12
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	10,1	8
Anteil an den investiven Ausgaben des									
öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	37,1	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	35,1	31
Steuereinnahmen <sup>3</sup>	Mrd. €	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	268,2	278
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1,5	3,2	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	90,5	93
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	92,6	93
Anteil am gesamten	%	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	41,9	41
Steueraufkommen <sup>4</sup> Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	- 6,5	0
Anteil an den Bundesausgaben	Wird. €	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	2,2	0
Anteil an den investiven Ausgaben des									
Bundes	%	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	21,8	0
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 111,2	- 38,0	- 55,9	- 67,0	-83,4	- 169,9	- 162,5	0
öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	70	,	,5	,3	2.,3	,.	,5	,0	
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>2</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd. €	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0		
darunter: Bund	Mrd. €	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Stand: Kabinettbeschluss vom 2. Juli 2014.

 $<sup>^2</sup>$  Stand Juli 2014; 2014 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 $<sup>^3\,\</sup>mathrm{Nach}\,\mathrm{Abzug}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Erg\ddot{a}nzungszuwe}\mathrm{isungen}\,\mathrm{an}\,\mathrm{L\ddot{a}nder}.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ab 1991 Gesamtdeutschland.

Tabelle 9:	Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts
------------	--

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,9	780,2	786,3
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	751,9	753,1	772,6
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,6
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	45,8	51,4	68,4	55,3	80,9	70,0	75,3
Einnahmen	44,0	45,5	47,7	48,6	86,2	70,5	83,1
Finanzierungssaldo	-1,8	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	7,8
Bund insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	307,9	322,5	344,5	346,4	362,5	359,4	357,2
Einnahmen	291,3	304,8	289,3	295,3	350,1	337,1	342,6
Finanzierungssaldo	-16,5	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-14,5
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	48,4	44,2	46,3
Einnahmen	-	-	-	-	48,0	44,8	48,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-0,4	0,6	1,7
Länder insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,0	195,6
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	188,8	197,3
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	1,8	1,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,6	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4
Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6
Gemeinden insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	163,9	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7
Einnahmen	172,2	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8
Finanzierungssaldo	8,3	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			Veränderun	gen gegenübei	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,6	0,3	0,8
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,7	0,2	2,6
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-5,7	12,1	33,2	-19,1	46,2	-13,5	7,6
Einnahmen	0,9	3,5	4,7	1,9	77,5	-18,2	17,9
Bund insgesamt							
Ausgaben	1,4	4,7	6,8	0,5	4,6	-0,9	-0,6
Einnahmen	7,7	4,6	-5,1	2,1	18,6	-3,7	1,6
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-8,7	4,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-6,7	7,0
Länder insgesamt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	15,1	2,2	4,3
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1	4,7
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,3	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0
Einnahmen	2,6	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2
Einnahmen	6,0	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Juli 2014.

 $Bis\,2010\,sind\,als\,Extra haushalte\,ausge w\"{a}hlte\,Sonderverm\"{o}gen\,der\,jeweiligen\,Ebene\,ausge wiesen.$ 

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen						
	inconcernt.		dav	on					
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern				
Jahr		in Mrd. €		in	%				
	Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990								
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4				
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7				
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2				
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7				
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4				
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2				
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5				
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7				
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2				
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3				
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1				
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0				
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7				
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9				
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6				
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5				
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3				
		Bundesrepublik	Deutschland						
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1				
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0				
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8				
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7				
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2				
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8				
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6				
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0				
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1				

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Steueraufkommen											
	inomonomet		dav	on							
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern						
Jahr		in Mrd. €		in	%						
		Bundesrepublil	k Deutschland								
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9						
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0						
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1						
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5						
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2						
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6						
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5						
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4						
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3						
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6						
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8						
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7						
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4						
2013 <sup>2</sup>	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3						
2014 <sup>2</sup>	639,9	332,3	307,6	51,9	48,1						
2015 <sup>2</sup>	666,6	351,1	315,5	52,7	47,3						
2016 <sup>2</sup>	690,6	368,2	322,4	53,3	46,7						
2017 <sup>2</sup>	712,4	384,4	328,1	54,0	46,0						
2018 <sup>2</sup>	738,5	403,4	335,1	54,6	45,4						

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1977); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2014.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der V	olkswirtschaftlicher	Gesamtrechnungen <sup>2</sup>	Abgr	enzung der Finanzs	tatistik <sup>3</sup>
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation 2	zum BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,8	21,4	15,4
1992	39,1	22,4	16,7	37,9	22,1	15,8
1993	39,5	22,3	17,2	38,2	21,9	16,3
1994	40,1	22,4	17,7	38,5	21,9	16,6
1995	40,1	22,0	18,1	38,8	22,0	16,8
1996	40,5	21,8	18,7	38,7	21,3	17,4
1997	40,5	21,5	19,0	38,5	20,8	17,7
1998	40,7	22,0	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,5	23,0	18,5	39,2	22,0	17,2
2000	41,3	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,5	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,9	21,0	17,9	36,6	20,0	16,6
2003	39,2	21,1	18,1	36,8	20,0	16,8
2004	38,3	20,6	17,7	35,9	19,5	16,4
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,7	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,1	20,4	15,7
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	36,9	21,3	15,6
2010	38,0	21,4	16,5	35,9	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,2
2012	39,1	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,3	22,7	16,6	38	22,6	15,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1, 2</sup>

		Ausgaben des Staates	
		darunte	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherung <sup>3</sup>
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,0	28,5	17,5
1992	47,0	28,3	18,7
1993	47,8	28,5	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 <sup>4</sup>	48,1	28,1	20,0
1995	54,6	34,6	20,0
1996	48,8	28,0	20,9
1997	48,0	27,3	20,7
1998	47,6	27,1	20,6
1999	47,6	27,0	20,6
2000 <sup>5</sup>	47,1	26,5	20,6
2000	44,7	24,1	20,6
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,2	21,0
2003	47,8	26,4	21,4
2004	46,3	25,7	20,6
2005	46,1	25,9	20,2
2006	44,6	25,3	19,3
2007	42,7	24,3	18,4
2008	43,5	25,0	18,4
2009	47,4	27,1	20,4
2010	47,2	27,5	19,7
2011	44,6	25,8	18,8
2012	44,2	25,4	18,8
2013	44,3	25,4	19,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

 $<sup>^5\,</sup>Ohne\,Erl\"{o}se\,aus\,der\,Versteigerung\,von\,Mobilfunkfrequenzen.\,In\,der\,Systematik\,der\,VGR\,\,wirken\,diese\,Erl\"{o}se\,ausgabensenkend.$ 

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$ 

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sch	ulden (in Mio. €	)		
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i. w. S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 53
Kreditmarktmittel i. w. S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel i. w. S.	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 03
Kreditmarktmittel i. w. S.	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel i. w. S.	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 394 972	1 464 845	1 534 966	1 583 743	1 592 903	1 660 237	1 778 45
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse		-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_		-			7 49

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (in Mio. €	(1)		
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite		-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
			Anteila	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung		-	-	-		-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	er Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,1	64,8	64,7	61,8	61,7	69,0
Bund	37,3	38,3	39,3	39,8	38,1	38,5	42,9
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,5	37,5	37,5	40,4
Extrahaushalte	2,7	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,9	4,9	5,0	4,7	4,4	4,3	4,6
Gesetziche Sozialversicherung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	24,0	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,1
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,6	66,8	66,3	63,5	64,9	72,4
			Schul	den insgesamt (	in €)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 2 1 7	2 268	2 298	2 3 9 0	2510	2 558	2 457
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $<sup>^1</sup> Kredit markt schulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.\\$ 

 $\label{thm:Quellen:Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$ 

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik <sup>1</sup>

	2010	2011	2012	2013
		in N	⁄lio.€	
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 037 956
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6	72,5
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 293
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 257 284
Kassenkredite	16 256	7313	14338	20 009
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 085 775
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 518
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24328
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	39
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624914
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948
Kassenkredite	4930	3 748	6304	3 966
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 539
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 118
Wertpapierschulden und Kredite	84363	85 613	87 758	87 735
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383
Kernhaushalte	115 253	121 092	126331	125 904
Zweckverbände <sup>3</sup> und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846	9 2 1 5
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625
Kassenkredite	0	58	4	6
Kernhaushalte	506	735	627	598
Extrahaushalte <sup>4</sup>	32	88	38	33
Schulden insgesamt (in €)				
je Einwohner	24 607	25 215	25 685	25 289
Maastricht-Schuldenstand	2 067 441	2 095 625	2 173 639	2 159 468
in Relation zum BIP in %	80,3	77,6	79,0	76,9
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 576	2 699	2 750	2 809
Einwohner (30. Juni)	81 750 716	80 327 900	80 523 746	80 585 684

 $<sup>^{1}</sup> Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$ 

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, Bundesministerium \, der \, Finanzen, \, eigene \, Berechnungen.$ 

 $<sup>^2 \,</sup> Einschließlich \, aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$ 

 $<sup>^3\,</sup>Zweck verbände \,des\,Staatssektors\,unabhängig\,von\,der\,Art\,des\,Rechnungswesens.$ 

 $<sup>^4</sup>$  Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzun	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesamt	rechungen <sup>2</sup>		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP in	א ר %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-44,9	-55,8	10,9	-2,8	-3,5	0,7	-62,7	-4,0
1992	-41,9	-39,9	-2,0	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-51,6	-54,2	2,6	-3,0	-3,1	0,1	-70,5	-4,0
1994	-44,6	-46,1	1,5	-2,4	-2,5	0,1	-59,5	-3,2
1995	-177,2	-169,4	-7,8	-9,3	-8,9	-0,4	-	-
1995 <sup>4</sup>	-57,6	-49,8	0,0	-3,0	-2,6	0,0	-55,9	-2,9
1996	-65,2	-57,9	-7,4	-3,4	-3,0	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-55,6	-55,8	0,2	-2,8	-2,8	0,0	-48,1	-2,4
1998	-48,9	-50,1	1,2	-2,4	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-31,7	-35,6	3,9	-1,5	-1,7	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	-30,1	-28,8	0,0	-1,4	-1,4	0,0	-	-
2000	20,7	22,0	-1,3	1,0	1,0	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-66,5	-61,2	-5,3	-3,1	-2,8	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-85,8	-78,5	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-90,3	-83,0	-7,3	-4,1	-3,7	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-83,1	-82,0	-1,1	-3,7	-3,6	0,0	-65,5	-2,9
2005	-75,0	-69,8	-5,1	-3,3	-3,0	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,0	-41,3	4,3	-1,5	-1,7	0,2	-40,5	-1,7
2007	7,8	-2,5	10,2	0,3	-0,1	0,4	-0,6	0,0
2008	-0,5	-7,0	6,4	0,0	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-74,5	-60,1	-14,4	-3,0	-2,4	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-104,8	-108,7	3,9	-4,1	-4,2	0,2	-78,7	-3,1
2011	-23,3	-38,7	15,4	-0,9	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,6	-15,7	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	4,2	-1,9	6,1	0,1	-0,1	0,2	-13	- 1/2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 2010 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2011: Rechnungsergebnisse, 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$ 

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	-1,0	-3,3	-4,2	-0,8	0,1	0,0	0,0	-0,1
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-3,8	-3,8	-4,1	-2,6	-2,6	-2,8
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	0,2	1,1	-0,2	-0,2	-0,5	-0,6
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	6,9	2,8	-2,5	-0,7	-1,8	-2,1	-2,3	-1,3
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,0	-5,2	-4,9	-4,3	-3,9	-3,4
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-10,9	-9,6	-8,9	-12,7	-1,6	-1,0
Irland	-	-10,6	-2,7	-2,0	4,7	1,7	-30,6	-13,1	-8,2	-7,2	-4,8	-4,2
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-4,5	-3,7	-3,0	-3,0	-2,6	-2,2
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-8,2	-3,5	-1,3	-1,0	-1,0	-1,1
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	0,2	0,0	0,1	-0,2	-1,4
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-3,5	-2,7	-3,3	-2,8	-2,5	-2,5
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,1	-4,3	-4,1	-2,5	-2,8	-1,8
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-4,5	-2,5	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,2	-6,5	-9,8	-4,3	-6,4	-4,9	-4,0	-2,5
Slowakei	-	-	0,0	-3,4	-12,3	-2,8	-7,5	-4,8	-4,5	-2,8	-2,9	-2,8
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-5,9	-6,4	-4,0	-14,7	-4,3	-3,1
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-9,6	-9,6	-10,6	-7,1	-5,6	-6,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-5,3	-6,3	-6,4	-5,4	-5,8	-6,1
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,2	-4,1	-3,7	-3,0	-2,5	-2,3
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-3,1	-2,0	-0,8	-1,5	-1,9	-1,8
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,5	-1,9	-4,2	-1,5	-1,9	-2,4
Kroatien	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-3,8	-0,8	-1,2	-2,7
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-7,2	-5,5	-5,0	-4,9	-3,8	-3,1
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,8	-5,1	-3,2	-2,2	-2,1	-1,6
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-6,8	-5,5	-2,1	-2,2	-2,9	-2,8
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	0,3	0,2	-3,9	-4,3	5,7	-2,9
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-4,7	-3,2	-3,0	-2,3	-2,2	-1,9
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,3	4,3	-0,6	-1,1	-1,8	-0,8
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-10,0	-7,6	-6,1	-5,8	-5,1	-4,1
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-6,5	-4,4	-3,9	-3,3	-2,6	-2,5
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-12,0	-10,6	-9,2	-6,2	-5,4	-4,7
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-8,3	-8,8	-8,7	-9,0	-7,4	-6,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

 $Quellen: F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1980\ bis\ 2005:\ EU-Kommission\ (Statistischer\ Annex),\ Mai\ 2013.$ 

Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

Stand: Mai 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	82,5	80,0	81,0	78,4	76,0	73,6
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	96,6	99,2	101,1	101,5	101,7	101,5
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	6,7	6,1	9,8	10,0	9,8	9,6
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	48,8	49,3	53,6	57,0	59,9	61,2
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	82,7	86,2	90,6	93,5	95,6	96,6
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	148,3	170,3	157,2	175,1	177,2	172,4
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	91,2	104,1	117,4	123,7	121,0	120,4
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	119,3	120,7	127,0	132,6	135,2	133,9
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	44,5	42,0	40,8	38,1	39,5	33,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	19,5	18,7	21,7	23,1	23,4	25,5
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,0	68,8	70,8	73,0	72,5	71,1
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	63,4	65,7	71,3	73,5	73,8	73,4
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	72,5	73,1	74,4	74,5	80,3	79,2
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	94,0	108,2	124,1	129,0	126,7	124,8
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	41,0	43,6	52,7	55,4	56,3	57,8
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	38,7	47,1	54,0	71,7	80,4	81,3
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	61,7	70,5	86,0	93,9	100,2	103,8
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	61,3	71,5	86,6	111,7	122,2	126,4
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,3	85,7	88,1	92,7	95,0	96,0	95,4
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	16,2	16,3	18,4	18,9	23,1	22,7
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	42,8	46,4	45,4	44,5	43,5	44,9
Kroatien	-	-	-	-	-	-	45,0	52,0	55,9	67,1	69,0	69,2
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	37,8	38,3	40,5	39,4	41,8	41,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	54,9	56,2	55,6	57,0	49,2	50,0
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	30,5	34,7	38,0	38,4	39,9	40,1
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	39,4	38,6	38,3	40,6	41,6	40,4
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	38,4	41,4	46,2	46,0	44,4	45,8
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	82,2	82,1	79,8	79,2	80,3	79,5
Vereinigtes Königreich	52,6	51,6	33,0	50,6	41,1	42,2	78,4	84,3	89,1	90,6	91,8	92,7
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	80,1	83,0	86,8	88,9	89,5	89,2
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	216,0	229,8	237,3	244,0	243,7	244,1
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	67,7	94,8	99,0	102,4	104,5	105,9	105,4

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2005 – EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013. Für die Jahre ab 2010 – EU-Kommission, Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

Stand: Mai 2014.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Lond					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,7	23,2
Belgien	21,3	27,5	30,3	29,2	30,8	30,1	30,1	28,7	29,5	29,9	30,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	47,7	47,6	47,9	46,8	46,8	46,4	46,7	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,9	31,1	31,0
Frankreich	22,5	21,1	24,3	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4	28,3
Griechenland	12,3	13,8	16,6	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,5	21,6	23,1
Irland	23,3	24,5	29,2	27,5	26,7	26,3	24,1	22,1	21,8	23,3	24,2
Italien	16,8	13,7	22,0	27,4	30,0	30,3	29,6	29,7	29,5	29,6	30,9
Japan	13,9	14,5	18,6	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	16,8	-
Kanada	23,8	28,3	27,6	30,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,8	25,9
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	27,3	29,1	25,8	26,7	27,3	26,5	26,0	26,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,8	23,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	31,3	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,0	32,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,6	27,8	28,3
Polen	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	20,9	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	21,5	22,9	24,0	23,7	21,7	22,3	23,7	23,5
Schweden	29,2	33,2	35,6	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,1	34,0
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,6	21,1
Slowakei	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5	16,1
Slowenien	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	23,0	22,1	22,2
Spanien	10,5	9,7	16,3	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,3	20,1	21,1
Tschechien	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	18,9	18,8	19,5	19,9
Ungarn	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,1	24,1	26,2
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	27,7	30,2	29,1	29,0	27,4	28,2	29,1	28,4
Vereinigte Staaten	21,4	19,6	18,4	20,1	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9

 $<sup>^{1}</sup> Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$ 

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

 $<sup>^3\,1970\,</sup>bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$ 

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Lond				9	Steuern und S	Sozialabgabe	en in % des BII	)			
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,6	34,3	36,1	37,2	37,5	36,1	36,5	37,4	36,2	36,9	37,6
Belgien	31,1	39,4	44,3	43,5	44,7	43,6	44,0	43,1	43,5	44,1	45,3
Dänemark	30,0	38,4	46,1	48,8	49,4	48,9	47,8	47,8	47,4	47,7	48,0
Finnland	30,4	36,6	39,8	45,7	47,2	43,0	42,9	42,8	42,5	43,7	44,1
Frankreich	34,2	35,5	42,8	42,9	44,4	43,7	43,5	42,5	42,9	44,1	45,3
Griechenland	18,0	19,6	25,8	29,1	34,3	32,5	32,1	30,5	31,6	32,2	33,8
Irland	24,9	28,4	34,2	32,1	30,9	31,1	29,2	27,6	37,4	27,9	28,3
Italien	25,5	25,4	33,6	39,9	42,0	43,2	43,0	43,4	43,0	43,0	44,4
Japan	17,8	20,4	26,7	26,4	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	-
Kanada	25,2	31,4	31,9	34,9	34,9	32,3	31,6	31,4	30,6	30,4	30,7
Luxemburg	27,7	32,8	39,5	37,1	39,1	35,6	37,3	39,0	37,3	37,0	37,8
Niederlande	32,8	40,7	42,4	41,5	39,6	38,7	39,2	38,2	38,9	38,6	-
Norwegen	29,6	39,2	42,6	40,9	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,5	42,2
Österreich	33,9	36,7	40,9	41,4	43,0	41,8	42,8	42,4	42,2	42,3	43,2
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,8	34,2	31,7	31,7	32,3	-
Portugal	15,9	19,1	24,5	29,3	30,9	32,5	32,5	30,7	31,2	33,0	32,5
Schweden	33,3	41,3	47,4	47,5	51,4	47,4	46,4	46,6	45,4	44,2	44,3
Schweiz	17,5	23,8	25,2	26,9	29,3	27,7	28,1	28,7	28,1	28,6	28,2
Slowakei	-	-	-	40,3	34,1	29,5	29,5	29,1	28,3	28,7	28,5
Slowenien	-	-	-	39,0	37,3	37,7	37,1	37,0	38,1	37,1	37,4
Spanien	14,7	18,4	27,6	32,1	34,3	37,3	33,1	30,9	32,5	32,2	32,9
Tschechien	-	-	-	35,9	34,0	35,9	35,0	33,8	33,9	34,9	35,5
Ungarn	-	-	-	41,5	39,3	40,3	40,1	39,9	38,0	37,1	38,9
Vereinigtes Königreich	30,4	34,9	37,0	33,6	36,4	35,7	35,8	34,2	34,9	35,7	35,2
Vereinigte Staaten	24,7	24,6	24,6	26,7	28,4	26,9	25,4	23,3	23,8	24,0	24,3

 $<sup>^{1}</sup> Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$ 

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP													
	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland <sup>1</sup>	43,6	54,9	45,1	46,9	45,3	43,5	44,1	48,3	47,9	45,2	44,7	44,7	44,6	44,5
Belgien	52,2	52,1	49,0	51,7	48,4	48,2	49,7	53,7	52,5	53,4	55,0	54,6	53,9	54,2
Estland	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,0	39,7	44,8	40,5	37,6	39,5	38,3	38,5	38,2
Finnland	48,2	61,5	48,3	50,2	49,1	47,4	49,2	55,9	55,5	54,8	56,3	58,1	58,6	58,3
Frankreich	49,6	54,4	51,7	53,5	52,9	52,6	53,3	56,7	56,5	55,9	56,7	57,0	56,8	56,1
Griechenland	45,2	46,2	47,1	44,4	45,1	47,2	50,5	54,0	51,3	51,8	53,3	58,5	47,4	45,5
Irland	42,3	40,9	31,2	34,0	34,5	36,7	42,8	48,2	65,5	47,2	42,7	43,1	40,5	39,4
Italien	52,6	52,2	45,8	47,9	48,5	47,7	48,6	52,0	50,6	49,8	50,7	50,8	50,3	49,8
Lettland	31,5	38,4	37,6	35,8	38,3	36,0	39,1	43,7	43,5	38,4	36,4	36,1	35,3	34,3
Luxemburg	37,8	39,7	37,6	41,5	38,6	36,3	39,1	45,2	43,5	42,6	43,9	43,5	43,1	44,0
Malta	-	38,5	39,5	43,6	43,2	41,8	43,3	42,5	41,2	41,3	43,1	43,9	44,1	43,8
Niederlande	54,9	56,4	44,2	44,8	45,5	45,2	46,2	51,4	51,4	49,9	50,5	49,9	49,8	49,5
Österreich	51,5	56,2	51,8	49,9	49,0	48,5	49,3	52,6	52,8	50,8	51,6	51,2	52,4	50,9
Portugal	38,5	41,9	41,6	46,6	45,2	44,3	44,7	49,7	51,5	49,3	47,4	48,6	47,1	45,6
Slowakei	_	48,6	52,1	38,0	36,5	34,2	34,9	41,6	39,8	38,9	38,2	38,7	38,0	37,5
Slowenien	_	52,3	46,5	45,1	44,3	42,3	44,1	48,7	49,5	49,9	48,4	59,4	49,5	47,4
Spanien	_	44,5	39,2	38,4	38,3	39,2	41,4	46,2	46,3	45,7	47,8	44,9	43,8	43,0
Zypern	-	33,4	37,1	43,1	42,6	41,3	42,1	46,2	46,2	46,3	45,8	45,8	47,1	46,1
Bulgarien	_	45,6	41,3	37,3	34,4	39,2	38,4	41,4	37,4	35,6	35,8	38,7	39,4	39,5
Dänemark	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,6	58,0	57,5	57,5	59,2	57,0	56,8	55,8
Kroatien	_	-	-	-	-	-	-	46,1	46,9	48,1	45,7	45,9	46,8	46,6
Litauen	_	34,4	39,8	34,0	34,2	35,3	37,9	44,9	42,2	38,7	36,0	34,4	34,2	33,3
Polen	_	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,6	45,4	43,4	42,2	41,9	41,3	41,2
Rumänien	_	34,1	38,6	33,6	35,5	38,2	39,3	41,1	40,1	39,4	36,7	35,0	34,8	34,7
Schweden	_	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,7	54,7	52,0	51,3	51,8	52,6	52,2	51,3
Tschechien	_	53,0	41,6	43,0	42,0	41,0	41,2	44,7	43,8	43,2	44,5	42,4	42,5	42,6
Ungarn	_	55,8	47,7	50,1	52,1	50,7	49,3	51,5	49,9	50,0	48,6	49,8	50,2	49,3
Vereinigtes Königreich	40,7	43,0	36,4	43,4	43,6	43,3	47,1	50,9	49,9	48,0	48,1	47,1	45,6	44,3
Euroraum <sup>2</sup>	_	53,0	46,1	47,3	46,6	46,0	47,1	51,2	51,0	49,5	49,9	49,8	49,2	48,7
EU-28	_	-	-	-	-	-	-	51,0	50,6	49,0	49,4	49,1	48,4	47,7
USA	37,0	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,0	38,8	38,3	38,3
Japan	31,1	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	42,0	42,5	42,3	41,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: Mai 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Einschließlich Lettland.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

		nalt 2013		EU-Haushalt 2014				
	Verpflichtungen		Zahlun	gen	Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26
Gesamtbetrag	151 718,0	100,0	144 465,6	100,0	142 640,5	100,0	135 504,6	100,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €			
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4		
	10	11	12	13		
Rubrik						
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4		
Bewahrung und     Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	-892,0	-1 609,1		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	- 22,1	-38,2		
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	- 749,9		
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	- 25,2	-24,0		
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	- 46,4	- 46,4		
Besondere Instrumente			456,2	350,0		
Gesamtbetrag	-6,0	-6,2	-9 077,6	-8 961,0		

 $Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan\,Nr.\,8/2013.$ 

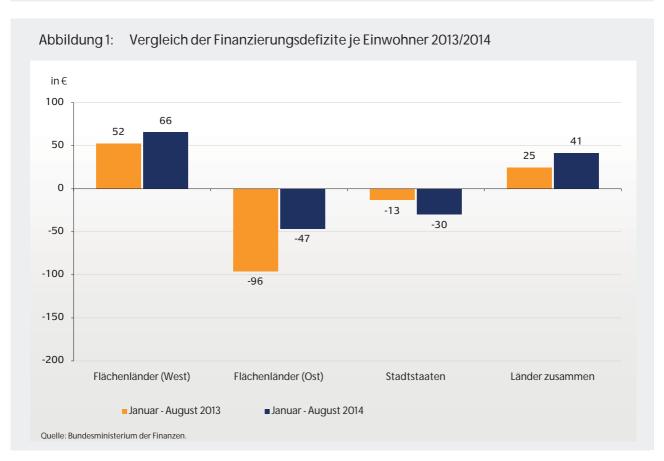
 $2014: Verabschiedeter\, Haushalt,\, Ratsdokument\, 16106/13\, ADD\, 1.$ 

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushal te

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014

	Flächenlän	der (West)	Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen			
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist		
		in Mio. €								
Bereinigte Einnahmen	223 042	146 157	53 205	34 084	38 475	26 459	307 989	201 960		
darunter:										
Steuereinnahmen	174534	113 097	31 099	20 478	24 635	16818	230 268	150 392		
Übrige Einnahmen	48 509	33 061	22 105	13 606	13 841	9 641	77 722	51 568		
Bereinigte Ausgaben	232 006	150 257	54 119	33 500	39 383	26 283	318 775	205 299		
darunter:										
Personalausgaben	90 241	60 355	13 471	8 710	11 547	8 412	115 259	77 47		
Laufender Sachaufwand	15 094	9 496	3 907	2 347	8 806	5 542	27 806	1738		
Zinsausgaben	12 192	8 127	2 445	1 452	3 734	2 308	18370	11886		
Sachinvestitionen	4 450	1 976	1 739	806	909	358	7 098	3 14		
Zahlungen an Verwaltungen	69 206	43 240	19018	12 450	818	659	82310	51 60		
Übrige Ausgaben	40 823	27 063	13 539	7 735	13 569	9 004	67 931	43 80		
Finanzierungssaldo	-8 964	-4 100	-914	585	- 898	176	-10 776	-3 34		



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2014

						in Mio. €					
			August 2013			Juli 2014		August 2014			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesami	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	176 302	196 823	359 736	159 069	177 871	324 984	180 504	201 960	369 31	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	172 949	189 160	362 108	156 797	170 831	327 628	178 034	194 230	372 26	
111	Steuereinnahmen	160 112	145 282	305 394	143 314	132 510	275 824	163 240	150 392	313 63	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 592	35 575	37 167	1 560	31 850	33 410	1 792	36389	38 18	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 398	1 398	-	1 667	1 667	-	1 667	1 66	
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 354	7 664	11 017	2 273	7 040	9312	2 470	7 730	10 19	
121	Veräußerungserlöse	1 783	204	1 987	1 071	780	1 851	1 088	789	1 87	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 669	70	1 739	886	674	1 561	886	674	1 56	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	490	4123	4613	397	3 764	4161	398	4038	4 43	
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende	206 802	198 812	392 225	184 378	182 660	355 081	205 597	205 299	397 74	
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	189 184	182917	372 100	168 282	167 840	336 122	187 789	188 398	376 18	
211	Personalausgaben	19611	75 129	94740	17 327	68 290	85 617	19842	77 477	97 31	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 784	22 586	28 370	5 228	20 989	26 217	5 950	23 821	29 77	
212	Laufender Sachaufwand	12 736	17 559	30 295	11 066	15 328	26394	12 601	17 385	29 98	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	7 675	11 316	18 990	6 607	10 361	16 968	7 554	11 754	1930	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	27 941	12 985	40 927	23 278	10 936	34213	23 300	11 886	35 18	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	12 228	42 930	55 158	10 851	41 768	52 619	12 072	46 205	58 27	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-134	- 134	-	183	183	-	267	26	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5	41 191	41 195	4	38 936	38 940	4	42 987	42 99	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	17 619	15 895	33 514	16 096	14820	30916	17807	16 901	3470	
221	Sachinvestitionen	3 638	3 021	6 659	3 268	2 614	5 882	4007	3 141	7 14	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 779	5 3 2 0	8 099	2 539	4810	7348	2 794	5 402	8 19	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	17 236	15 377	32 613	15 719	14344	30 063	17 402	16 406	33 80	

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2014

	<u> </u>					in Mio. €				
			August 2013		Juli 2014			August 2014		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- <b>30 478</b> <sup>2</sup>	-1 990	-32 467	-25 268 <sup>2</sup>	-4 789	-30 057	-25 052 <sup>2</sup>	-3 340	-28 39
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	164 458	51 099	215 557	121 542	45 303	166 845	132 542	46 130	178 67
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	157 408	64341	221 748	131 642	57 344	188 986	137 121	55 099	192 22
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	7 050	-13 242	-6 192	-10 100	-12 041	-22 141	-4579	-8 969	-13 54
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	4 709	4764	9 473	10 728	8 239	18 967	857	8 390	9 24
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16 001	16 001	-	17 003	17 003	-	16937	1693
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-4 709	-3 726	-8 435	-10727	-6 394	-17 121	-857	-5 097	-5 95

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2014

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup>	27 244	32 483	6 585	14 375	4 551	17 604	37 170	9 617	2 293
11	für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	26 267	31 561	6 213	14036	4 253	16 854	36011	9 297	2 253
111	Rechung Steuereinnahmen	20 479	25 860	4 0 0 5	11 505	2 685	13 030 <sup>4)</sup>	29 103	6 8 9 1	1 610
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4484	3 169	1 736	1 764	1 366	2 233	5 142	1 832	573
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	120	-	-	24	212	72	34
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	272	-	310	99	368	149	86
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	978	922	372	339	297	750	1 159	320	42
121	Veräußerungserlöse	406	0	8	11	3	215	10	39	3
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	405	-	0	-	-	214	0	38	2
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	439	672	154	317	113	450	665	159	32
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende	27 169	31 432 a	6 599	15 446	4 471	17 729	39 682	10 545	2 628
_	Haushaltsjahr	21 103	31 -32	0 333	15 440	44		33 002	10 5 45	2 020
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	24715	28 729 a	5910	14367	3 946	16 866	36 426	9 721	2 451
211	Personalausgaben	11 301	13 700	1 675	5 727	1 196	7 011 <sup>2</sup>	14888 <sup>2</sup>	4063	1 050
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 796	4 115	173	1 949	92	2 398	5 401	1 384	436
212	Laufender Sachaufwand	1320	2 308	383	1189	298	1 171	2 302	743	123
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 187	1 826	325	948	249	913	1 665	574	107
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 265	707 a	274	990	191	1 077	2519	685	361
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 161	9 060	2 468	4189	1 504	4815	9771	2 885	402
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	1 635	3 080	-	1 092	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5 461	5 857	2 107	2 954	1 265	4 667	9 561	2 839	396
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 455	2 703	689	1 079	525	863	3 257	824	177
221	Sachinvestitionen	401	849	42	323	150	122	174	36	22
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	807	906	237	436	235	136	1 173	259	38
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 414	2 567	689	1 027	525	863	3 106	794	165

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$ 

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2014

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	75	1 051 b	- 14	-1 071	79	- 125	-2 513	- 928	- 335
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 633	1 551 °	1 238	2 790	755	4654	11 114	4344	1 049
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 887	2 639 °	3 043	4 404	1 020	6 097	10 743	5 685	1 081
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 254	-1 088	-1 805	-1 613	- 265	-1 443	371	-1 342	-32
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	335	2 839	-	-	-	1 070	3
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 264	1 774	20	1 429	580	2 023	2 965	3	263
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	51	0	- 841	-1 256	596	-357	2 481	-1 044	- 105

 $<sup>^1</sup> In \, der \, L\"{a}n der summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}n dern \, im \, L\"{a}n der finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne September-Bezüge.

 $<sup>^3</sup>$  BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 277,0 Mio.  $\in$ , b -277,0 Mio.  $\in$ , c 92,0 Mio.  $\in$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2014

					in M	io. €			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup>								
1	für das laufende Haushaltsjahr	11 053	6 184	6 170	5 712	15 356	3 046	8 057	201 960
11	Einnahmen der laufenden Rechung	9 952	5 909	6 005	5 414	14791	2 985	7970	194230
111	Steuereinnahmen	6 645	3 598	4619	3 546	8 677	1 623	6518	150 392
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 912	1918	1 005	1617	4739	1 080	819	36 389
1121	darunter: Allgemeine BEZ	216	118	59	116	557	102	38	1 667
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	738	374	96	365	2 192	430	60	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 102	276	165	298	565	61	87	7 730
121	Veräußerungserlöse	0	2	2	9	77	0	5	789
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	4	10	-	-	674
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	327	208	96	150	153	50	55	4038
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	10 396	6 263	6 424	5 771	15 222	3 336	7 725	205 299
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	9 056	5 707	6 205	5 202	14 476	2 907	7 253	188 398
211	Personalausgaben	2 627	1 608	2 617	1 605	4994	975	2 443	77 477
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	181	149	976	129	1 362	344	936	23 821
212	Laufender Sachaufwand	646	632	341	388	3 798	526	1 218	17 385
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	458	187	287	238	1 629	240	920	11 754
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	188	407	523	393	1 409	405	493	11 886
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 5 1 0	1 791	1 941	1816	223	91	120	46 205
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	267
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 987	1 469	1 860	1 549	3	9	3	42 987
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 340	555	219	569	746	429	472	16 901
221	Sachinvestitionen	370	97	49	147	142	31	185	3 141
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	495	210	61	184	96	71	58	5 402
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 340	555	218	569	683	420	472	16 406

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2014

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	657	- 78	- 253	- 60	134	- 290	332	-3 340
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	1	1 478	782	5 085	4096	2 560	46 130
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	655	-3 869	2 170	998	5 636	4381	2 528	55 099
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 655	3 870	- 692	- 217	- 551	- 285	32	-8 969
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	3 096	-	-	8	989	50	8 3 9 0
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 5 7 5	96	-	200	494	124	1 130	16937
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-3 123	- 937	- 62	-	-865	364	-5 097

 $<sup>^1</sup> In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne September-Bezüge.

 $<sup>^3</sup>$  BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 277,0 Mio.  $\in$ , b -277,0 Mio.  $\in$ , c 92,0 Mio.  $\in$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

# Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2014

#### Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa. eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclicallyadjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung

- des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden - im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahrsprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment, NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2014 der Bundesregierung.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

 Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern können auch dazu genutzt werden, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen

Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der koniunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt in Mrd. € (nominal)	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente¹ in Mrd. € (nominal)
2015	3 015,8	2 991,4	-24,4	0,205	-5,0
2016	3 104,4	3 084,8	-19,6	0,205	-4,0
2017	3 193,8	3 181,2	-12,6	0,205	-2,6
2018	3 287,6	3 280,5	-7,1	0,205	-1,4
2019	3 383,0	3 383,0	0,0	0,205	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	nspotenzial		Produktionslücken					
	preisbe	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	nom	ninal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP		
1980	1 504,9		859,8		35,0	2,3	20,0	2,3		
1981	1 538,4	+2,2	915,7	+6,5	9,7	0,6	5,8	0,6		
1982	1 569,6	+2,0	977,0	+6,7	-27,6	-1,8	-17,2	-1,8		
1983	1 601,1	+2,0	1 024,6	+4,9	-34,8	-2,2	-22,3	-2,2		
1984	1 633,9	+2,0	1 066,4	+4,1	-23,4	-1,4	-15,3	-1,4		
1985	1 667,8	+2,1	1 111,7	+4,2	-19,8	-1,2	-13,2	-1,2		
1986	1 705,5	+2,3	1 170,9	+5,3	-19,9	-1,2	-13,6	-1,2		
1987	1 745,3	+2,3	1 213,5	+3,6	-36,0	-2,1	-25,0	-2,1		
1988	1 788,7	+2,5	1 264,7	+4,2	-16,0	-0,9	-11,3	-0,9		
1989	1 838,3	+2,8	1 337,3	+5,7	3,4	0,2	2,5	0,2		
1990	1 892,9	+3,0	1 423,8	+6,5	45,6	2,4	34,3	2,4		
1991	1 950,9	+3,1	1 512,6	+6,2	86,6	4,4	67,2	4,4		
1992	2 009,9	+3,0	1 640,8	+8,5	66,8	3,3	54,5	3,3		
1993	2 062,8	+2,6	1 753,6	+6,9	-6,0	-0,3	-5,1	-0,3		
1994	2 106,5	+2,1	1 829,5	+4,3	0,9	0,0	0,8	0,0		
1995	2 144,8	+1,8	1 899,5	+3,8	-1,6	-0,1	-1,5	-0,1		
1996	2 179,9	+1,6	1 942,5	+2,3	-20,0	-0,9	-17,8	-0,9		
1997	2 213,1	+1,5	1 977,0	+1,8	-13,8	-0,6	-12,3	-0,6		
1998	2 246,1	+1,5	2 018,4	+2,1	-3,5	-0,2	-3,2	-0,2		
1999	2 281,5	+1,6	2 056,7	+1,9	5,7	0,2	5,1	0,2		
2000	2 318,3	+1,6	2 080,2	+1,1	37,1	1,6	33,3	1,6		
2001	2 354,8	+1,6	2 139,9	+2,9	40,6	1,7	36,9	1,7		
2002	2 389,1	+1,5	2 200,3	+2,8	6,5	0,3	6,0	0,3		
2003	2 420,4	+1,3	2 256,3	+2,5	-42,1	-1,7	-39,2	-1,7		
2004	2 451,6	+1,3	2 310,1	+2,4	-45,1	-1,8	-42,5	-1,8		
2005	2 482,7	+1,3	2 354,0	+1,9	-59,2	-2,4	-56,2	-2,4		
2006	2 515,3	+1,3	2 392,0	+1,6	-1,9	-0,1	-1,8	-0,1		
2007	2 547,1	+1,3	2 463,3	+3,0	48,4	1,9	46,8	1,9		
2008	2 575,0	+1,1	2 5 1 1, 3	+1,9	47,9	1,9	46,7	1,9		
2009	2 593,8	+0,7	2 574,6	+2,5	-118,8	-4,6	-117,9	-4,6		
2010	2 614,4	+0,8	2 614,4	+1,5	-38,2	-1,5	-38,2	-1,5		
2011	2 640,5	+1,0	2 670,6	+2,1	28,2	1,1	28,5	1,1		
2012	2 670,9	+1,1	2 741,8	+2,7	7,9	0,3	8,1	0,3		
2013	2 703,3	+1,2	2 832,2	+3,3	-21,7	-0,8	-22,8	-0,8		
2014	2 738,0	+1,3	2 924,1	+3,2	-23,2	-0,8	-24,8	-0,8		
2015	2 773,1	+1,3	3 015,8	+3,1	-22,5	-0,8	-24,4	-0,8		
2016	2 805,2	+1,2	3 104,4	+2,9	-17,7	-0,6	-19,6	-0,6		
2017	2 836,1	+1,1	3 193,8	+2,9	-11,2	-0,4	-12,6	-0,4		
2018	2 868,9	+1,2	3 287,6	+2,9	-6,2	-0,2	-7,1	-0,2		
2019	2 901,0	+1,1	3 383,0	+2,9	0,0	0,0	0,0	0,0		

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % gegenüber Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,1	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	0,0	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,7	0,2	1,1
1993	+2,6	1,5	0,1	1,0
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	0,9
1996	+1,6	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,1	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,6
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,5
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,3	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,1	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,4	0,2	0,4
2012	+1,1	0,4	0,3	0,4
2013	+1,2	0,4	0,4	0,4
2014	+1,3	0,5	0,5	0,3
2015	+1,3	0,5	0,4	0,4
2016	+1,2	0,6	0,2	0,4
2017	+1,1	0,6	0,1	0,4
2018	+1,2	0,7	0,1	0,4
2019	+1,1	0,7	0,0	0,4

 $<sup>^{1}</sup> Abweichungen \ des \ ausgewiesen en \ Potenzial wachstums \ von \ der \ Summe \ der \ Wachstums beiträge \ sind \ rundungsbedingt.$ 

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	einigt <sup>1</sup>	nom	inal
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
1960	750,2		171,7	
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 037,5	+5,1	1 579,8	+8,4
1992	2 076,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 056,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 107,3	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 143,2	+1,7	1 898,1	+3,7
1996	2 159,9	+0,8	1 924,7	+1,4
1997	2 199,3	+1,8	1 964,7	+2,1
1998	2 242,6	+2,0	2 015,3	+2,6
1999	2 287,2	+2,0	2 061,8	+2,3

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	einigt <sup>1</sup>	nom	inal
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
2000	2 355,4	+3,0	2 113,5	+2,5
2001	2 395,4	+1,7	2 176,8	+3,0
2002	2 395,6	+0,0	2 206,3	+1,4
2003	2 378,4	-0,7	2 217,1	+0,5
2004	2 406,4	+1,2	2 267,6	+2,3
2005	2 423,5	+0,7	2 297,8	+1,3
2006	2 513,4	+3,7	2 390,2	+4,0
2007	2 595,5	+3,3	2 510,1	+5,0
2008	2 622,8	+1,1	2 558,0	+1,9
2009	2 475,0	-5,6	2 456,7	-4,0
2010	2 576,2	+4,1	2 576,2	+4,9
2011	2 668,7	+3,6	2 699,1	+4,8
2012	2 678,8	+0,4	2 749,9	+1,9
2013	2 681,6	+0,1	2 809,5	+2,2
2014	2 714,8	+1,2	2 899,3	+3,2
2015	2 750,7	+1,3	2 991,4	+3,2
2016	2 787,5	+1,3	3 084,8	+3,1
2017	2 824,8	+1,3	3 181,2	+3,1
2018	2 862,7	+1,3	3 280,5	+3,1
2019	2 901,0	+1,3	3 383,0	+3,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa <sup>-</sup>	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı
960	53 556			61,2	32 340	
1961	53 590	+0,1		61,8	32 791	+1,4
1962	53 724	+0,2		61,7	32 905	+0,3
1963	53 951	+0,4		61,7	32 983	+0,2
1964	54 131	+0,3		61,5	33 011	+0,1
1965	54 406	+0,5	61,1	61,5	33 199	+0,6
1966	54 694	+0,5	60,7	61,0	33 097	-0,3
1967	54 745	+0,1	60,3	59,9	32 019	-3,3
1968	54 849	+0,2	60,0	59,4	32 046	+0,1
1969	55 267	+0,8	59,8	59,4	32 545	+1,6
1970	55 471	+0,4	59,8	59,8	32 993	+1,4
1971	55 611	+0,3	59,8	60,0	33 143	+0,5
1972	56 000	+0,7	59,8	60,0	33 325	+0,6
1973	56386	+0,7	59,8	60,4	33 727	+1,2
1974	56 638	+0,4	59,6	60,0	33 408	-0,9
1975	56 675	+0,1	59,4	59,3	32 570	-2,5
1976	56 731	+0,1	59,3	59,1	32 434	-0,4
1977	56 913	+0,3	59,2	58,9	32 508	+0,2
1978	57 199	+0,5	59,4	59,1	32 829	+1,0
1979	57 581	+0,7	59,7	59,5	33 463	+1,9
1980	58 030	+0,8	60,1	60,1	34 024	+1,7
1981	58 421	+0,7	60,7		34 065	+0,1
	58 644			60,6		
1982 1983	58 751	+0,4	61,5	61,4	33 802	-0,8
1984	58 776		63,0			+0,9
1985	58 799	+0,0		63,1	33 783 34 257	+1,4
			63,8	64,0		
1986	58 911	+0,2	64,5	64,5	34915	+1,9
1987	59 008	+0,2	65,2	65,1	35 402	+1,4
1988	59 112	+0,2	65,8	65,8	35 906	+1,4
1989	59 374	+0,4	66,4	66,2	36 580	+1,9
1990	59 754	+0,6	66,8	67,2	37 733	+3,2
1991	60 217	+0,8	67,0	68,0	38 790	+2,8
1992	60 845	+1,0	67,0	67,1	38 283	-1,3
1993	61 445	+1,0	66,9	66,5	37 786	-1,3
1994 1995	61 780 61 966	+0,5 +0,3	66,9	66,6	37 798 37 958	+0,0
1995	62 092	+0,3	67,1	66,8	37 958	+0,4
1997	62 134	+0,1	67,1	67,2	37 969	-0,1
1998	62 133	-0,0	67,8	67,8	38 407	+1,2
1999	62 181	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

# noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	völkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä <sup>-</sup>	tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
2000	62 264	+0,1	68,5	69,1	39 917	+2,3	
2001	62 390	+0,2	68,8	68,9	39 809	-0,3	
2002	62 562	+0,3	69,0	69,0	39 630	-0,4	
2003	62 682	+0,2	69,2	68,8	39 200	-1,1	
2004	62 737	+0,1	69,4	69,3	39 337	+0,3	
2005	62 771	+0,1	69,7	69,9	39 326	-0,0	
2006	62 767	-0,0	69,9	69,9	39 635	+0,8	
2007	62 722	-0,1	70,1	70,0	40 325	+1,7	
2008	62 622	-0,2	70,3	70,2	40 856	+1,3	
2009	62 396	-0,4	70,6	70,7	40 892	+0,1	
2010	62 132	-0,4	70,9	70,8	41 020	+0,3	
2011	61 972	-0,3	71,2	71,1	41 570	+1,3	
2012	61 930	-0,1	71,6	71,6	42 033	+1,1	
2013	61 918	-0,0	71,9	72,0	42 281	+0,6	
2014	61 906	-0,0	72,2	72,3	42 606	+0,8	
2015	61 800	-0,2	72,6	72,6	42 776	+0,4	
2016	61 633	-0,3	72,9	72,9	42 869	+0,2	
2017	61 486	-0,2	73,2	73,2	42 963	+0,2	
2018	61 337	-0,2	73,5	73,4	43 056	+0,2	
2019	61 114	-0,4	73,7	73,8	43 150	+0,2	
2020	60 989	-0,2	74,0	74,0			
2021	60 904	-0,1	74,3	74,3			
2022	60 736	-0,3	74,6	74,6			

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$ 

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw	1 3			in % der Erwerbs-	NAWRU
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 167	•	25 152	•	1,4	
961			2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	
1962			2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	
1963			2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	
1964			2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	
1965	2 067		2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	1,
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26364	+0,6	1,7	1,0
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,
1971	1924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,:
1973	1872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	1,
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,
1980	1744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,
1981	1 729	-0,9	1724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,
1982	1713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	6,
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,8
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	7,
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	7,
1988	1612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,:
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,:
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34212	+3,4	6,0	7,
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,2	7,
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,
994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,1	7,
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,
1996	1512	-0,8	1 5 1 1	-1,1	34 115	-0,1	8,5	7,
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,1	7,
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,9	8,
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	8,0	8,

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

# noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	mer, Inland	Erwerbslos	e, Inländer	
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	v. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU <sup>2</sup>	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAVVKO	
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,3	8,3	
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,4	8,4	
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	8,2	8,5	
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	9,1	8,6	
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,6	8,5	
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34916	-0,5	10,4	8,5	
2006	1 416	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,7	8,3	
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	8,2	8,0	
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	7,1	7,6	
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,3	7,2	
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,7	6,8	
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 024	+1,3	5,7	6,3	
2012	1 377	-0,4	1 374	-1,4	37 489	+1,3	5,2	5,8	
2013	1 372	-0,3	1 362	-0,9	37 824	+0,9	5,1	5,3	
2014	1 369	-0,2	1 3 6 8	+0,4	38 177	+0,9	4,8	4,9	
2015	1 368	-0,1	1 3 6 9	+0,1	38 318	+0,4	4,7	4,4	
2016	1 366	-0,1	1 3 6 8	-0,1	38 393	+0,2	4,6	4,1	
2017	1 3 6 6	-0,1	1 3 6 7	-0,1	38 469	+0,2	4,5	4,1	
2018	1 3 6 5	-0,0	1 3 6 6	-0,1	38 545	+0,2	4,4	4,1	
2019	1 3 6 5	-0,0	1 3 6 5	-0,1	38 621	+0,2	4,3	4,1	
2020	1364	-0,0	1 3 6 4	-0,1					
2021	1 3 6 3	-0,0	1 3 6 3	-0,1					
2022	1 363	-0,0	1 363	-0,1					

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$ 

 $<sup>^2\,\</sup>mbox{NAWRU}\colon\mbox{Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment}.$ 

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	reinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 908,9	+3,0	444,9	+5,3	1,6
1992	10 225,8	+3,2	461,8	+3,8	1,5
1993	10 531,1	+3,0	442,5	-4,2	1,3
1994	10 824,7	+2,8	458,3	+3,6	1,6
1995	11 117,6	+2,7	457,7	-0,1	1,5
1996	11 398,7	+2,5	455,1	-0,6	1,6
1997	11 670,4	+2,4	458,6	+0,8	1,6
1998	11 942,8	+2,3	476,8	+4,0	1,8
1999	12 225,4	+2,4	499,4	+4,7	1,8
2000	12 515,4	+2,4	511,6	+2,4	1,8
2001	12 792,9	+2,2	499,2	-2,4	1,8
2002	13 031,0	+1,9	470,6	-5,7	1,8
2003	13 235,5	+1,6	464,0	-1,4	2,0
2004	13 425,3	+1,4	463,9	-0,0	2,
2005	13 603,5	+1,3	465,2	+0,3	2,
2006	13 789,8	+1,4	497,9	+7,0	2,3
2007	13 995,0	+1,5	519,8	+4,4	2,3
2008	14 204,6	+1,5	526,2	+1,2	2,3
2009	14379,9	+1,2	474,0	-9,9	2,
2010	14528,8	+1,0	497,2	+4,9	2,4
2011	14 691,0	+1,1	533,0	+7,2	2,6
2012	14 861,9	+1,2	529,5	-0,7	2,4
2013	15 024,0	+1,1	525,8	-0,7	2,4
2014	15 174,0	+1,0	542,4	+3,2	2,6
2015	15 328,6	+1,0	560,3	+3,3	2,7
2016	15 496,5	+1,1	574,8	+2,6	2,7
2017	15 676,4	+1,2	589,6	+2,6	2,6
2018	15 866,5	+1,2	604,8	+2,6	2,6
2019	16 066,9	+1,3	620,4	+2,6	2,0

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4272
1981	-7,4149	-7,4173
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3958
1984	-7,3840	-7,3835
1985	-7,3693	-7,3703
1986	-7,3597	-7,3562
1987	-7,3541	-7,3410
1988	-7,3329	-7,3244
1989	-7,3059	-7,3067
1990	-7,2745	-7,2884
1991	-7,2451	-7,2703
1992	-7,2332	-7,2536
1993	-7,2350	-7,2387
1994	-7,2187	-7,2256
1995	-7,2100	-7,2140
1996	-7,2037	-7,2035
1997	-7,1888	-7,1932
1998	-7,1826	-7,1831
1999	-7,1751	-7,1729
2000	-7,1566	-7,1623
2001	-7,1412	-7,1520
2002	-7,1396	-7,1427
2003	-7,1424	-7,1345
2004	-7,1367	-7,1270
2005	-7,1291	-7,1201
2006	-7,1087	-7,1135
2007	-7,0927	-7,1076
2008	-7,0933	-7,1026
2009	-7,1349	-7,0987
2010	-7,1085	-7,0942
2011	-7,0873	-7,0898
2012	-7,0859	-7,0856
2013	-7,0869	-7,0814
2014	-7,0858	-7,0769
2015	-7,0792	-7,0719
2016	-7,0706	-7,0663
2017	-7,0623	-7,0601
2018	-7,0541	-7,0536
2019	-7,0461	-7,0467

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	22,9		26,3		83,5	
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,1	75,4	+2,9	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,5	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,9	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,6	+2,0	84,2	+1,2	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,0	+1,0	1 021,9	+0,9
1996	89,3	+0,8	86,1	+1,2	1 021,9	+0,9
1998	89,9	+0,2	86,5	+0,5	1 048,3	+2,1
1996	90,1	+0,8	86,9	+0,4	1 048,3	+2,1

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,5	87,5	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,0	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,3	90,2	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	91,8	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,8	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,2	+1,6	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,4	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,3	+1,8	98,0	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,7	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	101,9	+1,9	1 336,7	+4,3
2012	102,7	+1,5	103,4	+1,5	1 387,6	+3,8
2013	104,8	+2,1	104,7	+1,3	1 426,2	+2,8
2014	106,8	+1,9	105,9	+1,1	1 477,8	+3,6
2015	108,8	+1,8	107,8	+1,7	1 531,5	+3,6
2016	110,7	+1,8	109,8	+1,9	1 576,6	+2,9
2017	112,6	+1,8	112,0	+1,9	1 623,1	+3,0
2018	114,6	+1,8	114,1	+1,9	1 671,1	+3,0
2019	116,6	+1,8	116,3	+1,9	1 720,3	+2,9

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)		
	Erwerbsta	ätige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>	
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%	
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9	
1992	38,3	-1,3	50,7	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	25,0	
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9	
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,1	+2,5	+2,4	+2,7	23,9	
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+1,9	23,3	
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,5	+0,8	+0,8	+1,9	22,8	
1997	37,9	-0,1	50,8	3,8	9,1	+1,8	+1,9	+2,6	22,4	
1998	38,4	+1,2	51,3	3,7	8,9	+2,0	+0,7	+1,1	22,6	
1999	39,0	+1,6	51,6	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9	
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0	
2001	39,8	-0,3	52,1	3,2	7,4	+1,7	+2,0	+2,7	21,7	
2002	39,6	-0,4	52,2	3,5	8,2	+0,0	+0,5	+1,2	20,1	
2003	39,2	-1,1	52,1	3,9	9,1	-0,7	+0,4	+0,8	19,6	
2004	39,3	+0,3	52,6	4,2	9,6	+1,2	+0,8	+1,0	19,2	
2005	39,3	-0,0	53,1	4,6	10,4	+0,7	+0,7	+1,5	19,1	
2006	39,6	+0,8	53,2	4,2	9,7	+3,7	+2,9	+1,9	19,7	
2007	40,3	+1,7	53,3	3,6	8,2	+3,3	+1,5	+1,5	20,1	
2008	40,9	+1,3	53,5	3,1	7,1	+1,1	-0,3	+0,2	20,3	
2009	40,9	+0,1	53,8	3,2	7,3	-5,6	-5,7	-2,6	19,1	
2010	41,0	+0,3	53,7	2,9	6,7	+4,1	+3,8	+2,5	19,3	
2011	41,6	+1,3	53,8	2,5	5,7	+3,6	+2,2	+2,0	20,1	
2012	42,0	+1,1	54,1	2,3	5,2	+0,4	-0,7	+0,6	20,0	
2013	42,3	+0,6	54,2	2,3	5,1	+0,1	-0,5	+0,4	19,7	
2008/03	39,8	+0,8	53,0	3,9	9,0	+1,6	1,3	+1,4	19,7	
2013/08	41,4	+0,7	53,9	2,7	6,2	+0,4	-0,2	+0,6	19,8	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2 \,</sup> Erwerbspersonen \, (inländische \, Erwerbst \"{a}tige + Erwerbslose \, [ILO]) \, in \, \% \, der \, Wohnbev\"{o}lkerung \, nach \, ESVG \, 2010.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

 $<sup>^4\,</sup>Anteil\,der\,Bruttoanlage investitionen\,am\,Bruttoinlandsprodukt\,(nominal).$ 

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2008/03	+2,9	+0,9	-1,0	+1,3	+1,4	+1,9	-0,3
2013/08	+1,9	+1,4	+0,1	+1,4	+1,2	+1,4	+2,2

 $<sup>^{1}</sup> Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2 \,</sup> Arbeitnehmerentgelte \, je \, Arbeitnehmerstunde \, dividiert \, durch \, das \, reale \, BIP \, je \, Erwerbst \, \ddot{a}tigenstunde \, (Inlandskonzept).$ 

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderur	ng in % p. a.	in Mr	d. €		Anteile	am BIP in %	
1991			-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0
2008/03	+9,0	+8,4	126,4	118,2	39,0	33,7	5,3	4,9
2013/08	+2,8	+3,1	143,8	167,8	43,3	37,9	5,4	6,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$ 

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen		Arbeitnehmer- entgelte	Lohno	quote	Bruttolöhne und -gehälter (je	Reallöhne (je	
		einkommen	(Inländer)	unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Arbeitnehmer)	Arbeitnehmer) <sup>3</sup>	
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	1.	in	1%	Veränderung in % p. a.		
1991				70,0	70,0			
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2	
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9	
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9	
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6	
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5	
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5	
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5	
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4	
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5	
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7	
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1	
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5	
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1	
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3	
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,8	-1,3	
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6	
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,3	+0,1	
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	+0,0	+0,5	
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9	
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5	
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1	
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6	
2008/03	+3,4	+7,1	+1,7	66,5	67,8	+1,1	-0,4	
2013/08	+2,0	+0,4	+2,8	67,0	68,3	+2,1	+0,9	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+4,0	+3,3	+0,7	+0,4	+1,8	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+2,3	+1,8	-0,1	+0,2	+1,4	+1,6
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	+2,6	+9,6	+3,9	+0,8	+1,9	+3,0
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+3,4	+2,8	-1,0	-1,4	+0,2	+1,0
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	+1,7	+2,0	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-4,9	-7,1	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-1,1	+2,2	+0,2	-0,3	+1,7	+3,0
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	+1,7	+0,4	-2,4	-1,9	+0,6	+1,2
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-1,3	+5,3	+5,2	+4,1	+3,8	+4,1
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+3,1	+1,9	-0,2	+2,1	+2,6	+2,7
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,1	+1,6	+0,6	+2,4	+2,3	+2,3
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,5	+0,9	-1,2	-0,8	+1,2	+1,4
Österreich	+2,5	+4,2	+2,7	+3,7	+2,4	+1,8	+2,8	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+1,9	-1,3	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+4,4	+3,0	+1,8	+0,9	+2,2	+3,1
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+1,3	+0,7	-2,5	-1,1	+0,8	+1,4
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-0,2	+0,1	-1,6	-1,2	+1,1	+2,1
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+1,3	+0,4	-2,4	-5,4	-4,8	+0,9
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+1,9	+1,6	-0,7	-0,4	+1,2	+1,7
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,6	+0,9	+1,7	+2,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,4	+1,1	-0,4	+0,4	+1,5	+1,9
Kroatien	-	-	-	-	-	-2,3	-0,2	-1,9	-1,0	-0,6	+0,7
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+1,6	+6,0	+3,7	+3,3	+3,3	+3,7
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+3,9	+4,5	+2,0	+1,6	+3,2	+3,4
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-1,1	+2,3	+0,6	+3,5	+2,5	+2,6
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	+6,6	+2,9	+0,9	+1,5	+2,8	+3,0
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+2,5	+1,8	-1,0	-0,9	+2,0	+2,4
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+1,1	+1,6	-1,7	+1,1	+2,3	+2,1
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	+1,7	+1,1	+0,3	+1,7	+2,7	+2,5
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+2,0	+1,6	-0,4	+0,1	+1,6	+2,0
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	+4,7	-0,5	+1,4	+1,5	+1,5	+1,3
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	+2,5	+1,8	+2,8	+1,9	+2,8	+3,2

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013. Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Lond			jährlic	he Veränderunge	en in %		
Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,6	+1,1	+1,4
Belgien	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,9	+1,3
Estland	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+1,5	+3,0
Finnland	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4
Frankreich	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+1,0	+1,1
Griechenland	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-0,8	+0,3
Irland	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1
Italien	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,7	+1,2
Lettland	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+1,2	+2,5
Luxemburg	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+1,4	+2,4
Malta	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+1,2	+1,9
Niederlande	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,7	+0,9
Österreich	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,6	+1,7
Portugal	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	+0,4	+1,1
Slowakei	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	+0,4	+1,6
Slowenien	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,7	+1,2
Spanien	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	+0,1	+0,8
Zypern	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4
Euroraum	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,3	+0,8	+1,2
Bulgarien	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-0,8	+1,2
Dänemark	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+1,0	+1,6
Kroatien	-	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,8	+1,2
Litauen	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8
Polen	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+1,1	+1,9
Rumänien	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+2,5	+3,3
Schweden	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,5	+1,5
Tschechien	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,8	+1,8
Ungarn	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+1,0	+2,8
Vereinigtes Königreich	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,9	+2,0
EU	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,5	+1,0	+1,5
Japan	-1,4	-0,7	-0,3	+0,0	+0,4	+2,5	+1,6
USA	-0,4	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,7	+1,9

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

land				iı	n % der zivile	en Erwerbsk	evölkerung	l			
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,1	5,9	5,5	5,3	5,1	5,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,2	7,6	8,4	8,5	8,2
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	16,7	12,3	10,0	8,6	8,1	7,5
Finnland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,4	7,8	7,7	8,2	8,5	8,4
Frankreich	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	9,3	9,2	9,8	10,3	10,4	10,2
Griechenland	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	12,6	17,7	24,3	27,3	26,0	24,0
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	14,7	13,1	11,4	10,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	8,4	8,4	10,7	12,2	12,8	12,5
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	19,5	16,2	15,0	11,9	10,7	9,6
Luxemburg	-	-	2,6	4,8	5,3	4,6	4,8	5,1	5,8	5,7	5,5
Malta	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	6,9	6,5	6,4	6,5	6,5	6,5
Niederlande	-	4,9	5,0	6,7	7,3	4,5	4,4	5,3	6,7	7,4	7,3
Österreich	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	4,4	4,2	4,3	4,9	4,8	4,7
Portugal	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	12,0	12,9	15,9	16,5	15,4	14,8
Slowakei	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	14,5	13,7	14,0	14,2	13,6	12,9
Slowenien	-	-	13,3	18,9	16,4	7,3	8,2	8,9	10,1	10,1	9,8
Spanien	-	-	6,9	6,7	6,5	19,9	21,4	25,0	26,4	25,5	24,0
Zypern	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,3	7,9	11,9	15,9	19,2	18,4
Euroraum	-	-	10,7	8,7	9,2	10,1	10,1	11,3	12,0	11,8	11,4
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	10,3	11,3	12,3	13,0	12,8	12,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	7,5	7,6	7,0	7,0	6,7	6,6
Kroatien	-	-	-	-	-	11,8	13,5	7,5	7,0	6,8	6,6
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	17,8	15,4	15,9	17,2	18,0	18,0
Polen	-	-	13,2	16,1	17,9	9,7	9,7	13,4	11,8	10,6	9,7
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	7,3	7,4	10,9	10,2	9,0	8,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,6	7,8	10,1	10,3	9,9	9,5
Tschechien	-	-	3,8	8,8	7,9	7,3	6,7	7,0	7,3	7,2	7,1
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	8,0	8,0	7,6	7,2
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,8	8,0	7,9	7,5	6,6	6,3
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,6	9,6	10,4	10,8	10,5	10,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	4,6	4,3	4,0	3,8	3,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,6	8,9	8,1	7,4	6,4	5,9

Quellen: Für die Jahre 2000 und 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013. Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoiı	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	erung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des no Bruttoinlan		i
	2012	2013	2014 <sup>1</sup>	2015 <sup>1</sup>	2012	2013	2014 <sup>1</sup>	2015 <sup>1</sup>	2012	2013	2014 <sup>1</sup>	2015 <sup>1</sup>
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+3,4	+2,2	+0,8	+1,6	+6,2	+6,4	+7,9	+7,9	2,5	0,6	1,9	2,
darunter												
Russische Föderation	+3,4	+1,3	+0,2	+0,5	+5,1	+6,8	+7,4	+7,3	3,5	1,6	2,7	3,
Ukraine	+0,3	-0,0	-6,5	+1,0	+0,6	-0,3	+11,4	+14,0	-8,1	-9,2	-2,5	-2,
Asien	+6,7	+6,6	+6,5	+6,6	+4,7	+4,7	+4,1	+4,2	1,0	1,0	1,0	1,
darunter												
China	+7,7	+7,7	+7,4	+7,1	+2,6	+2,6	+2,3	+2,5	2,6	1,9	1,8	2,
Indien	+4,7	+5,0	+5,6	+6,4	+10,2	+9,5	+7,8	+7,5	-4,7	-1,7	-2,1	-2,
Indonesien	+6,3	+5,8	+5,2	+5,5	+4,0	+6,4	+6,0	+6,7	-2,8	-3,3	-3,2	-2,
Malaysia	+5,6	+4,7	+5,9	+5,2	+1,7	+2,1	+2,9	+4,1	5,8	3,9	4,3	4,
Thailand	+6,5	+2,9	+1,0	+4,6	+3,0	+2,2	+2,1	+2,0	-0,4	-0,6	2,9	2,
Lateinamerika	+2,9	+2,7	+1,3	+2,2	+6,1	+7,1			-1,9	-2,7	-2,5	-2,
darunter												
Argentinien	+0,9	+2,9	-1,7	-1,5	+10,0	+10,6			-0,2	-0,8	-0,8	-1,
Brasilien	+1,0	+2,5	+0,3	+1,4	+5,4	+6,2	+6,3	+5,9	-2,4	-3,6	-3,5	-3,
Chile	+5,5	+4,2	+2,0	+3,3	+3,0	+1,8	+4,4	+3,2	-3,4	-3,4	-1,8	-1,
Mexiko	+4,0	+1,1	+2,4	+3,5	+4,1	+3,8	+3,9	+3,6	-1,3	-2,1	-1,9	-2,
Sonstige												
Türkei	+2,1	+4,1	+3,0	+3,0	+8,9	+7,5	+9,0	+7,0	-6,2	-7,9	-5,8	-6,
Südafrika	+2,5	+1,9	+1,4	+2,3	+5,7	+5,8	+6,3	+5,8	-5,2	-5,8	-5,7	-5,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2014.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9:	Übersicht Weltfina	
	LINORCIONT WOLTTING	$n = m = r \times r = r$
1 40000		117111A1KI

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	10. Oktober 2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
Dow Jones	16 544	16 577	-0,20	13 329	17 280
Euro Stoxx 50	2 992	3 109	-3,78	2 512	3 315
Dax	8 789	9 552	-7,99	7 460	10 029
CAC 40	4 074	4 296	-5,17	3 5 9 6	4 5 9 5
Nikkei	15 301	16 291	-6,08	10 487	16 374
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	10. Oktober 2014	2013	US-Bond	2013/2014	2013/2014
USA	2,29	3,05	-	1,63	3,05
Deutschland	0,89	1,95	-1,40	0,88	2,01
Japan	0,50	0,74	-1,79	0,45	0,94
Vereinigtes Königreich	2,23	3,07	-0,06	1,64	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	10. Oktober 2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
US-Dollar/Euro	1,26	1,38	-8,36	1,26	1,40
Yen/US-Dollar	107,65	105,30	2,23	87,03	109,75
Yen/Euro	136,27	144,72	-5,84	113,93	145,02
Pfund/Euro	0,79	0,83	-5,46	0,78	0,88

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	+0,7	+0,4	+1,8	+2,0	+2,1	+1,6	+1,1	+1,4	5,5	5,3	5,1	5,1
OECD	+0,9	+0,5	+1,7	+2,0	+2,1	+1,6	+1,1	+1,8	5,5	5,3	5,0	4,9
IWF	+0,9	+0,5	+1,7	+1,6	+2,1	+1,6	+1,4	+1,4	5,5	5,3	5,2	5,2
USA												
EU-KOM	+2,8	+1,9	+2,8	+3,2	+2,1	+1,5	+1,7	+1,9	8,1	7,4	6,4	5,9
OECD	+2,8	+1,7	+2,9	+3,4	+2,1	+1,5	+1,5	+1,7	8,1	7,4	6,5	6,0
IWF	+2,8	+1,9	+2,8	+3,0	+2,1	+1,5	+1,4	+1,6	8,1	7,4	6,4	6,2
Japan												
EU-KOM	+1,4	+1,5	+1,5	+1,3	+0,0	+0,4	+2,5	+1,6	4,3	4,0	3,8	3,8
OECD	+1,9	+1,8	+1,5	+1,0	-0,0	+0,4	+2,6	+2,0	4,3	4,0	3,8	3,7
IWF	+1,4	+1,5	+1,4	+1,0	-0,0	+0,4	+2,8	+1,7	4,3	4,0	3,9	3,9
Frankreich												
EU-KOM	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,0	+1,1	9,8	10,3	10,4	10,2
OECD	+0,0	+0,2	+1,0	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+1,1	9,4	9,9	9,9	9,8
IWF	+0,0	+0,3	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,0	+1,2	10,2	10,8	11,0	10,7
Italien												
EU-KOM	-2,4	-1,9	+0,6	+1,2	+3,3	+1,3	+0,7	+1,2	10,7	12,2	12,8	12,5
OECD	-2,6	-1,9	+0,6	+1,4	+3,3	+1,3	+0,5	+0,9	10,7	12,2	12,8	12,5
IWF	-2,4	-1,9	+0,6	+1,1	+3,3	+1,3	+0,7	+1,0	10,7	12,2	12,4	11,9
Vereinigtes												
Königreich												
EU-KOM	+0,3	+1,7	+2,7	+2,5	+2,8	+2,6	+1,9	+2,0	7,9	7,5	6,6	6,3
OECD	+0,1	+1,4	+2,4	+2,5	+2,8	+2,6	+2,0	+2,1	7,9	7,6	6,9	6,5
IWF	+0,3	+1,8	+2,9	+2,5	+2,8	+2,6	+1,9	+1,9	8,0	7,6	6,9	6,6
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+1,7	+1,7	+2,3	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	+1,8	7,3	7,1	6,9	6,6
IWF	+1,7	+2,0	+2,3	+2,4	+1,5	+1,0	+1,5	+1,9	7,3	7,1	7,0	6,9
Euroraum												
EU-KOM	-0,7	-0,4	+1,2	+1,7	+2,5	+1,3	+0,8	+1,2	11,3	12,0	11,8	11,4
OECD	-0,6	-0,4	+1,0	+1,6	+2,5	+1,3	+0,7	+1,1	11,2	11,9	11,7	11,4
IWF	-0,7	-0,5	+1,2	+1,5	+2,5	+1,3	+0,9	+1,2	11,4	12,1	11,9	11,6
EZB	-0,6	-0,4	+1,2	+1,5	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	11,4	12,1	11,9	11,6
EU-28												
EU-KOM	-0,4	+0,1	+1,6	+2,0	+2,6	+1,5	+1,0	+1,5	10,4	10,8	10,5	10,1
IWF	-0,3	+0,2	+1,6	+1,8	+2,6	+1,5	+1,1	+1,4	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

EZB: Eurosystem/EZB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2014 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 bis 2015 Mittelwertberechnung).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-0,1	+0,2	+1,4	+1,6	+2,6	+1,2	+0,9	+1,3	7,6	8,4	8,5	8,2
OECD	-0,3	+0,1	+1,1	+1,5	+2,6	+1,2	+0,8	+1,0	7,6	8,4	8,4	8,2
IWF	-0,1	+0,2	+1,2	+1,2	+2,6	+1,2	+1,0	+1,1	7,7	8,4	9,1	8,9
Estland												
EU-KOM	+3,9	+0,8	+1,9	+3,0	+4,2	+3,2	+1,5	+3,0	10,0	8,6	8,1	7,5
OECD	+3,9	+1,0	+2,4	+4,0	+4,2	+3,2	+0,7	+1,7	10,1	8,6	8,9	8,5
IWF	+3,9	+0,8	+2,4	+3,2	+4,2	+3,5	+3,2	+2,8	10,0	8,6	8,5	8,4
Finnland												
EU-KOM	-1,0	-1,4	+0,2	+1,0	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4	7,7	8,2	8,5	8,4
OECD	-0,8	-1,0	+1,3	+1,9	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4	7,7	8,2	8,4	8,4
IWF	-1,0	-1,4	+0,4	+1,1	+3,2	+2,2	+1,7	+1,5	7,7	8,1	8,1	7,9
Griechenland												
EU-KOM	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9	+1,0	-0,9	-0,8	+0,3	24,3	27,3	26,0	24,0
OECD	-6,4	-3,5	-0,4	+1,8	+1,0	-0,9	-1,1	-1,0	24,2	27,3	27,1	26,7
IWF	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9	+1,5	-0,9	-0,4	+0,3	24,2	27,3	26,3	24,4
Irland												
EU-KOM	+0,2	-0,3	+1,7	+3,0	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1	14,7	13,1	11,4	10,2
OECD	+0,1	+0,1	+1,9	+2,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,7	14,7	13,0	11,4	10,4
IWF	+0,2	-0,3	+1,7	+2,5	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1	14,7	13,0	11,2	10,5
Lettland												
EU-KOM	+5,2	+4,1	+3,8	+4,1	+2,3	+0,0	+1,2	+2,5	15,0	11,9	10,7	9,6
OECD	-	-	-	-	_	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,2	+4,1	+3,8	+4,4	+2,3	+0,0	+1,5	+2,5	15,0	11,9	10,7	10,1
Luxemburg												
EU-KOM	-0,2	+2,1	+2,6	+2,7	+2,9	+1,7	+1,4	+2,4	5,1	5,8	5,7	5,5
OECD	-0,2	+1,8	+2,3	+2,3	+2,9	+1,7	+1,0	+2,2	6,1	6,9	7,1	7,1
IWF	-0,2	+2,0	+2,1	+1,9	+2,9	+1,7	+1,6	+1,8	6,1	6,8	7,1	6,9
Malta												
EU-KOM	+0,6	+2,4	+2,3	+2,3	+3,2	+1,0	+1,2	+1,9	6,4	6,5	6,5	6,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,9	+2,4	+1,8	+1,8	+3,2	+1,0	+1,2	+2,6	6,4	6,5	6,3	6,2
Niederlande												
EU-KOM	-1,2	-0,8	+1,2	+1,4	+2,8	+2,6	+0,7	+0,9	5,3	6,7	7,4	7,3
OECD	-1,2	-1,1	-0,1	+0,9	+2,8	+2,6	+0,5	+0,8	5,2	6,6	7,6	7,6
IWF	-1,2	-0,8	+0,8	+1,6	+2,8	+2,6	+0,8	+1,0	5,3	6,9	7,3	7,1
Österreich												
EU-KOM	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,1	+1,6	+1,7	4,3	4,9	4,8	4,7
OECD	+0,6	+0,4	+1,7	+2,2	+2,6	+2,1	+1,4	+1,6	4,4	5,0	5,0	4,6
IWF	+0,9	+0,4	+1,7	+1,7	+2,6	+2,1	+1,8	+1,7	4,4	4,9	5,0	4,9

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5	+2,8	+0,4	+0,4	+1,1	15,9	16,5	15,4	14,8
OECD	-3,2	-1,7	+0,4	+1,1	+2,8	+0,4	-0,3	+0,4	15,6	16,3	15,1	14,8
IWF	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5	+2,8	+0,4	+0,7	+1,2	15,7	16,3	15,7	15,1
Slowakei												
EU-KOM	+1,8	+0,9	+2,2	+3,1	+3,7	+1,5	+0,4	+1,6	14,0	14,2	13,6	12,9
OECD	+1,8	+0,8	+1,9	+2,9	+3,7	+1,5	+0,4	+1,0	13,9	14,2	13,9	13,2
IWF	+1,8	+0,9	+2,3	+3,0	+3,7	+1,5	+0,7	+1,6	14,0	14,2	13,9	13,6
Slowenien												
EU-KOM	-2,5	-1,1	+0,8	+1,4	+2,8	+1,9	+0,7	+1,2	8,9	10,1	10,1	9,8
OECD	-2,5	-2,3	-0,9	+0,6	+2,8	+1,9	+0,7	+0,9	8,8	10,1	10,2	10,2
IWF	-2,5	-1,1	+0,3	+0,9	+2,6	+1,6	+1,2	+1,6	8,9	10,1	10,4	10,0
Spanien												
EU-KOM	-1,6	-1,2	+1,1	+2,1	+2,4	+1,5	+0,1	+0,8	25,0	26,4	25,5	24,0
OECD	-1,6	-1,3	+0,5	+1,0	+2,4	+1,5	+0,1	+0,5	25,0	26,4	25,4	24,4
IWF	-1,6	-1,2	+0,9	+1,0	+2,4	+1,5	+0,3	+0,8	25,0	26,4	25,5	24,9
Zypern												
EU-KOM	-2,4	-5,4	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	15,9	19,2	18,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,4	-6,0	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	16,0	19,2	18,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	+0,6	+0,9	+1,7	+2,0	+2,4	+0,4	-0,8	+1,2	12,3	13,0	12,8	12,5
OECD	_	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,6	+0,9	+1,6	+2,5	+2,4	+0,4	-0,4	+0,9	12,4	13,0	12,5	11,9
Dänemark												
EU-KOM	-0,4	+0,4	+1,5	+1,9	+2,4	+0,5	+1,0	+1,6	7,5	7,0	6,8	6,6
OECD	-0,4	+0,3	+1,6	+1,9	+2,4	+0,8	+0,7	+1,3	7,5	7,0	6,8	6,7
IWF	-0,4	+0,4	+1,5	+1,7	+2,4	+0,8	+1,5	+1,8	7,5	7,0	6,8	6,7
Kroatien												
EU-KOM	-1,9	-1,0	-0,6	+0,7	+3,4	+2,3	+0,8	+1,2	15,9	17,2	18,0	18,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,0	-0,6	+0,4	+3,4	+2,2	+0,5	+1,1	16,1	16,5	16,8	17,1
Litauen												
EU-KOM	+3,7	+3,3	+3,3	+3,7	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8	13,4	11,8	10,6	9,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,7	+3,3	+3,3	+3,5	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8	13,4	11,8	10,8	10,5
Polen												
EU-KOM	+2,0	+1,6	+3,2	+3,4	+3,7	+0,8	+1,1	+1,9	10,1	10,3	9,9	9,5
OECD	+2,1	+1,4	+2,7	+3,3	+3,6	+1,0	+1,1	+1,9	10,1	10,3	9,8	9,5
IWF	+1,9	+1,6	+3,1	+3,3	+3,7	+0,9	+1,5	+2,4	10,1	10,3	10,2	10,0
Rumänien												
EU-KOM	+0,6	+3,5	+2,5	+2,6	+3,4	+3,2	+2,5	+3,3	7,0	7,3	7,2	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,7	+3,5	+2,2	+2,5	+3,3	+4,0	+2,2	+3,1	7,0	7,3	7,2	7,0
Schweden												
EU-KOM	+0,9	+1,5	+2,8	+3,0	+0,9	+0,4	+0,5	+1,5	8,0	8,0	7,6	7,2
OECD	+1,3	+0,7	+2,3	+3,0	+0,9	-0,0	+0,1	+1,4	8,0	8,0	7,9	7,4
IWF	+0,9	+1,5	+2,8	+2,6	+0,9	-0,0	+0,4	+1,6	8,0	8,0	8,0	7,7
Tschechien												
EU-KOM	-1,0	-0,9	+2,0	+2,4	+3,5	+1,4	+0,8	+1,8	7,0	7,0	6,7	6,6
OECD	-1,0	-1,5	+1,1	+2,3	+3,3	+1,4	+0,1	+2,0	7,0	6,9	6,9	6,8
IWF	-1,0	-0,9	+1,9	+2,0	+3,3	+1,4	+1,0	+1,9	7,0	7,0	6,7	6,3
Ungarn												
EU-KOM	-1,7	+1,1	+2,3	+2,1	+5,7	+1,7	+1,0	+2,8	10,9	10,2	9,0	8,9
OECD	-1,7	+1,2	+2,0	+1,7	+5,7	+1,7	+0,5	+2,8	11,0	10,2	8,7	8,9
IWF	-1,7	+1,1	+2,0	+1,7	+5,7	+1,7	+0,9	+3,0	10,9	10,2	9,4	9,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e		Leistungs	sbilanzsaldo	)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,0	0,0	-0,1	81,0	78,4	76,0	73,6	7,0	7,4	7,3	7,0
OECD	0,1	0,0	-0,2	0,2	81,0	78,3	76,3	72,3	7,5	7,6	7,9	7,4
IWF	0,1	0,0	0,0	-0,1	81,0	78,1	74,6	70,8	7,4	7,5	7,3	7,1
USA												
EU-KOM	-9,2	-6,2	-5,4	-4,7	0,0	104,5	105,9	105,4	-2,7	-2,3	-2,2	-2,4
OECD	-9,3	-6,4	-5,8	-4,6	102,1	104,3	106,2	106,5	-2,7	-2,3	-2,5	-2,9
IWF	-9,7	-7,3	-6,4	-5,6	102,4	104,5	105,7	105,7	-2,7	-2,3	-2,2	-2,6
Japan												
EU-KOM	-8,7	-9,0	-7,4	-6,2	237,3	244,0	243,7	244,1	1,0	0,7	0,7	1,2
OECD	-8,7	-9,3	-8,4	-6,7	216,5	224,6	229,6	232,5	1,1	0,7	0,2	0,7
IWF	-8,7	-8,4	-7,2	-6,4	237,3	243,2	243,5	245,1	1,0	0,7	1,2	1,3
Frankreich												
EU-KOM	-4,9	-4,3	-3,9	-3,4	90,6	93,5	95,6	96,6	-2,1	-1,9	-1,8	-2,0
OECD	-4,9	-4,3	-3,8	-3,1	90,6	93,4	95,9	96,9	-2,2	-1,6	-1,6	-1,4
IWF	-4,8	-4,2	-3,7	-3,0	90,2	93,9	95,8	96,1	-2,2	-1,6	-1,7	-1,0
Italien												
EU-KOM	-3,0	-3,0	-2,6	-2,2	127,0	132,6	135,2	133,9	-0,4	0,9	1,5	1,5
OECD	-2,9	-2,8	-2,7	-2,1	127,0	132,6	134,3	134,5	-0,5	0,6	1,2	1,3
IWF	-2,9	-3,0	-2,7	-1,8	127,0	132,5	134,5	133,1	-0,4	0,8	1,1	1,1
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-6,1	-5,8	-5,1	-4,1	89,1	90,6	91,8	92,7	-3,8	-4,4	-3,8	-3,3
OECD	-6,3	-5,9	-5,3	-4,1	89,1	90,6	91,5	93,1	-3,8	-4,4	-3,7	-3,1
IWF	-8,0	-5,8	-5,3	-4,1	88,6	90,1	91,5	92,7	-3,7	-3,3	-2,7	-2,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-3,4	-3,0	-2,1	-1,2	96,1	93,6	94,2	93,6	-3,4	-3,2	-3,2	-2,9
IWF	-3,4	-3,0	-2,5	-2,0	88,1	89,1	87,4	86,6	-3,4	-3,2	-2,6	-2,5
Euroraum												
EU-KOM	-3,7	-3,0	-2,5	-2,3	92,7	95,0	96,0	95,4	1,8	2,6	2,9	2,9
OECD	-3,7	-3,0	-2,5	-1,8	92,9	95,1	96,0	95,2	2,1	2,8	3,1	3,2
IWF	-3,7	-3,0	-2,6	-2,0	92,8	95,2	95,6	94,5	2,0	2,9	2,9	3,1
EU-28												
EU-KOM	-3,9	-3,3	-2,6	-2,5	86,8	88,9	89,5	89,2	0,9	1,6	1,8	1,8
IWF	-4,2	-3,3	-2,9	-2,3	86,6	88,7	89,0	88,4	1,0	1,9	1,9	2,1

Quellen

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-4,1	-2,6	-2,6	-2,8	101,1	101,5	101,7	101,5	-0,2	-0,3	0,3	-0,3
OECD	-4,1	-2,7	-2,1	-1,2	101,1	101,6	101,7	100,3	-1,9	-1,7	-0,8	-0,2
IWF	-4,1	-2,8	-2,4	-2,1	99,8	99,8	99,8	99,6	-2,0	-1,7	-1,3	-1,0
Estland												
EU-KOM	-0,2	-0,2	-0,5	-0,6	9,8	10,0	9,8	9,6	-2,8	-1,8	-2,7	-2,8
OECD	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	9,8	10,0	9,9	9,7	-1,8	-0,5	-2,8	-3,2
IWF	-0,2	-0,4	-0,4	0,2	9,8	11,3	10,9	10,3	-1,8	-1,0	-1,3	-1,5
Finnland												
EU-KOM	-1,8	-2,1	-2,3	-1,3	53,6	57,0	59,9	61,2	-1,4	-0,8	-0,4	-0,2
OECD	-2,2	-2,5	-2,2	-0,9	53,7	57,0	59,9	60,7	-1,7	-0,8	-1,1	-0,5
IWF	-2,2	-2,6	-2,6	-1,9	53,6	57,0	60,2	62,1	-1,7	-0,8	-0,3	0,2
Griechenland												
EU-KOM	-8,9	-12,7	-1,6	-1,0	157,2	175,1	177,2	172,4	-4,6	-2,4	-2,3	-2,2
OECD	-8,9	-12,7	-2,5	-1,4	157,2	175,1	177,7	177,2	-2,4	0,7	0,2	0,8
IWF	-6,3	-2,6	-2,7	-1,9	157,2	173,8	174,7	171,3	-2,4	0,7	0,9	0,3
Irland												
EU-KOM	-8,2	-7,2	-4,8	-4,2	117,4	123,7	121,0	120,4	4,4	6,6	7,4	8,9
OECD	-8,1	-7,0	-4,7	-3,1	117,4	123,7	121,9	121,1	4,4	6,6	6,6	7,6
IWF	-8,2	-7,4	-5,1	-3,0	117,4	122,8	123,7	122,7	4,4	6,6	6,4	6,5
Lettland												
EU-KOM	-1,3	-1,0	-1,0	-1,1	40,8	38,1	39,5	33,4	-2,5	-0,8	-1,3	-2,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,1	-1,3	-1,1	1,3	36,4	32,1	32,7	29,3	-2,5	-0,8	-1,6	-1,9
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	0,1	-0,2	-1,4	21,7	23,1	23,4	25,5	5,8	5,2	6,4	5,0
OECD	0,0	0,1	0,3	-0,9	21,7	23,1	24,4	26,3	5,8	5,2	7,0	6,5
IWF	-0,6	0,0	0,1	-2,4	21,7	22,9	24,1	27,0	6,6	6,7	6,7	5,5
Malta												
EU-KOM	-3,3	-2,8	-2,5	-2,5	70,8	73,0	72,5	71,1	1,1	0,6	0,3	1,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-2,9	-3,1	-3,3	70,8	71,7	72,5	72,6	2,1	0,9	1,4	1,4
Niederlande												
EU-KOM	-4,1	-2,5	-2,8	-1,8	71,3	73,5	73,8	73,4	7,7	7,8	8,2	8,6
OECD	-4,0	-2,4	-2,7	-2,0	71,2	73,4	74,7	74,9	9,5	10,4	8,9	9,8
IWF	-4,0	-3,1	-3,0	-2,0	71,3	74,9	75,0	74,4	9,4	10,4	10,1	10,1
Österreich												
EU-KOM	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5	74,4	74,5	80,3	79,2	1,8	2,7	3,4	3,8
OECD	-2,6	-1,5	-2,8	-1,3	74,5	74,6	81,2	80,7	2,4	2,7	2,9	3,0
IWF	-2,5	-1,8	-3,0	-1,5	74,1	74,2	79,1	78,2	1,8	3,0	3,5	3,5

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-6,4	-4,9	-4,0	-2,5	124,1	129,0	126,7	124,8	-2,2	0,4	1,0	1,4
OECD	-6,5	-5,0	-4,0	-2,4	124,1	129,0	130,8	131,8	-2,0	0,5	0,8	1,1
IWF	-6,5	-4,9	-4,0	-2,5	124,1	128,8	126,7	124,8	-2,0	0,5	0,8	1,2
Slowakei												
EU-KOM	-4,5	-2,8	-2,9	-2,8	52,7	55,4	56,3	57,8	1,6	2,5	2,4	2,4
OECD	-4,5	-2,8	-2,7	-2,6	52,7	55,4	55,2	56,2	2,2	2,1	1,6	2,2
IWF	-4,5	-3,0	-3,8	-3,8	52,4	54,9	58,6	59,8	2,2	2,4	2,7	2,9
Slowenien												
EU-KOM	-4,0	-14,7	-4,3	-3,1	54,0	71,7	80,4	81,3	3,1	5,3	6,0	6,2
OECD	-4,0	-14,7	-4,1	-2,6	54,4	71,7	77,2	80,9	3,3	6,5	6,3	7,4
IWF	-3,2	-14,2	-5,5	-4,1	54,3	73,0	74,9	77,9	3,3	6,5	6,1	5,8
Spanien												
EU-KOM	-10,6	-7,1	-5,6	-6,1	86,0	93,9	100,2	103,8	-1,2	0,8	1,4	1,5
OECD	-10,6	-7,1	-5,5	-4,5	86,0	93,9	98,3	101,4	-1,1	0,7	1,6	2,0
IWF	-10,6	-7,2	-5,9	-4,9	85,9	93,9	98,8	102,0	-1,1	0,7	0,8	1,4
Zypern												
EU-KOM	-6,4	-5,4	-5,8	-6,1	86,6	111,7	122,2	126,4	-7,0	-1,4	0,0	0,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,4	-4,7	-5,2	-5,2	85,5	112,0	121,5	125,8	-6,8	-1,5	0,1	0,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	-0,8	-1,5	-1,9	-1,8	18,4	18,9	23,1	22,7	-0,9	1,9	1,0	0,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,5	-1,9	-1,9	-1,7	17,5	17,6	21,7	21,1	-0,9	2,1	-0,4	-2,1
Dänemark												
EU-KOM	-3,8	-0,8	-1,2	-2,7	45,4	44,5	43,5	44,9	6,0	7,3	6,9	6,8
OECD	-3,9	-0,9	-1,5	-3,0	45,4	44,5	45,8	48,6	6,0	7,3	7,2	7,3
IWF	-3,9	-0,4	-1,4	-2,7	45,6	45,2	45,6	46,9	6,0	6,6	6,3	6,3
Kroatien												
EU-KOM	-5,0	-4,9	-3,8	-3,1	55,9	67,1	69,0	69,2	-0,4	0,5	1,5	1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,9	-5,5	-4,6	-3,4	54,0	59,8	64,8	67,4	0,0	1,2	1,5	1,1
Litauen												
EU-KOM	-3,2	-2,2	-2,1	-1,6	40,5	39,4	41,8	41,4	-1,1	1,3	-0,8	-1,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-2,1	-1,9	-1,8	41,0	39,3	39,5	39,1	-0,2	0,8	-0,2	-0,6
Polen												
EU-KOM	-3,9	-4,3	5,7	-2,9	55,6	57,0	49,2	50,0	-3,4	-1,6	-1,7	-2,3
OECD	-3,9	-4,3	5,6	-2,9	55,6	57,1	50,2	51,7	-3,7	-1,3	-1,0	-1,1
IWF	-3,9	-4,5	-3,5	-3,0	55,6	57,5	49,5	50,1	-3,5	-1,8	-2,5	-3,0
Rumänien												
EU-KOM	-3,0	-2,3	-2,2	-1,9	38,0	38,4	39,9	40,1	-4,4	-1,1	-1,2	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-2,5	-2,2	-1,4	38,2	39,3	39,7	39,0	-4,4	-1,1	-1,7	-2,2
Schweden												
EU-KOM	-0,6	-1,1	-1,8	-0,8	38,3	40,6	41,6	40,4	6,5	6,6	6,1	6,0
OECD	-0,7	-1,3	-1,5	-0,8	38,3	40,5	42,0	41,7	6,0	6,2	6,0	6,2
IWF	-0,7	-1,0	-1,3	-0,5	38,3	41,4	41,5	40,0	6,1	5,9	6,1	6,2
Tschechien												
EU-KOM	-4,2	-1,5	-1,9	-2,4	46,2	46,0	44,4	45,8	-2,6	-1,2	-0,4	-0,2
OECD	-4,2	-1,5	-2,1	-2,6	46,1	46,0	47,8	49,8	-1,3	-1,5	-0,6	-0,3
IWF	-4,4	-2,9	-2,8	-2,5	45,7	47,9	49,2	49,9	-2,4	-1,0	-0,5	-0,5
Ungarn												
EU-KOM	-2,1	-2,2	-2,9	-2,8	79,8	79,2	80,3	79,5	1,1	3,1	3,0	2,7
OECD	-2,2	-2,3	-2,9	-2,9	79,7	78,8	79,7	79,5	0,8	3,0	3,6	3,9
IWF	-2,0	-2,4	-2,9	-2,9	79,8	79,2	79,1	79,2	1,0	3,1	2,7	2,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

# Impressum

#### Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

#### Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

#### Stand

Oktober 2014

#### Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

#### Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

#### Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

#### Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf\_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.